



19. Heft | 26. September 1917

ROBERT SCHMIDT · ZUR INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTSKONFERENZ IN BERN

AM 1. Oktober soll in Bern eine internationale Gewerkschaftskonferenz zusammentreten. Für ihr Gelingen bieten sich bessere Voraussetzungen als für das Zustandekommen der Stockholmer Sozialistenkonferenz, der von England und Amerika alle nur denkbaren Hindernisse in den Weg gelegt werden, da die Regierungen beider Länder vor allem die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den kontinentaleuropäischen Sozialisten zu verhindern suchen. Es ist anzunehmen, daß, abgesehen von den englischen, die Gewerkschaften aus ziemlich allen europäischen Ländern an der Berner Konferenz teilnehmen werden, sofern nicht auch hier diese oder jene Regierung die Abreise der Delegation verhindert. Die Vorarbeiten für diese Konferenz haben sich mit weniger Geräusch vollzogen als die für Stockholm. Ihre Aufgabe ist ja auch eine andere. Denn der Internationale Gewerkschaftsbund lehnt nach seinen Statuten die rein politische Tätigkeit ab. Gleichwohl wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Konferenz die Erörterung der Kriegs- und Friedensfragen nicht ganz ausschalten können. Eine Tagung, die es möglich macht, daß Vertreter der Arbeiter aus allen kriegführenden und neutralen Staaten des europäischen Festlands mit einander beraten, ist an sich schon ein Ereignis von nicht geringer Tragweite.

Die Konferenz hat nur 2 Punkte der Tagesordnung vorgesehen: 1. die Verlegung des Internationalen Sekretariats, 2. die Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongreß.

Der erstgenannte Punkt führt uns zu den Bemühungen zurück die internationale Verbindung der Gewerkschaften auch während des Krieges aufrechtzuerhalten. Bald nach Ausbruch des Krieges hat der internationale Sekretär, Legien, die Verlegung des Bureaus nach Holland vollzogen, um von einem neutralen Land aus möglichst ungestört die Pflege der Beziehungen, die dem Bureau obliegen, weiter betreiben zu können. Zum Teil geschah diese Verlegung wohl auch unter Berücksichtigung der politischen Lage, die es zweckmäßig erscheinen ließ das Mißtrauen hinwegzuräumen, das bei der verschiedenen Beurteilung des Krieges die Arbeiter der einzelnen Länder befangen hielt. In den Ententestaaten war man mit dieser Maßnahme nicht zufrieden. Schon im Februar 1915 verlangten englische

und französische Gewerkschafter bei einer Besprechung, die in London stattfand, daß das Sekretariat einem andern Land übertragen werden sollte. Sie beauftragten den Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Gompers, die Durchführung dieses Vorschlags zu bewirken. Die Bemühungen von dieser Seite, die auch sofort begannen, hatten indessen bei der Mehrheit der Landeszentralen, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen waren, keinen Erfolg. Man befürwortete die Entscheidung darüber einer internationalen Konferenz zu überlassen.

Am 5. Juli 1916 beschäftigte sich eine Gewerkschaftskonferenz in Leeds, an der Vertreter aus England, Frankreich, Italien und Belgien teilnahmen, mit einem Programm gewerkschaftlicher Forderungen, die bei einem Friedensvertrag als Unterlage von Verhandlungen dienen sollten. Man wollte hierfür auch die Zustimmung der übrigen Landeszentralen erlangen, ohne doch mit ihnen in weitere Verhandlungen zu treten. Dem widersprachen die Zentralen der skandinavischen Länder auf einer Tagung im November 1916. Sie befürworteten zugleich die Einberufung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz um die Mitte des Jahres 1917. Für das Zustandekommen einer solchen internationalen Konferenz war natürlich die Stellungnahme der Landeszentralen in den Ententestaaten von besonderer Bedeutung. Erfreulicherweise nahm der Kongreß der französischen Gewerkschaften, der am 24. und 25. Dezember 1916 in Paris tagte, eine ziemlich freundliche Haltung gegenüber diesem Plan ein, so daß man hoffen konnte, daß von jener Seite jedenfalls keine Schwierigkeiten bereitet werden würden, und daß die Franzosen das Bedürfnis einer internationalen Aussprache fühlten: eine Hoffnung, die auch durch die weitere Entwicklung der Sache bestätigt scheint. Dagegen waren die Aussichten, daß England und Amerika Vertreter entsenden würden, sehr gering. Unter der Einwirkung der Engländer verzichteten auch die Gewerkschafter der übrigen Ententestaaten einstweilen auf die Beteiligung. Die Bemühungen die Konferenz am 8. Juni in Stockholm zustandezubringen scheiterten daher. Doch wurde nunmehr die Schweizer Landeszentrale beauftragt die internationale Konferenz nach Bern einzuberufen.

Es zeigt sich mithin, daß von englischer Seite starke Widerstände aufgeboten werden, um die internationale Konferenz zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen. Die britischen Gewerkschaften sind auch bis jetzt bei ihrer ablehnenden Haltung geblieben; sie haben sie auf ihrem Landeskongreß bekräftigt, und sie haben jetzt wieder auf einer Konferenz der Gewerkschaften, die aus England, Frankreich, Italien, Belgien, Serbien, den Vereinigten Staaten und Canada beschickt war, ihren Standpunkt vollständig aufrechterhalten, ohne allerdings die Zustimmung der französischen Vertreter dort zu finden. Das Ziel der Engländer ist dahin gerichtet zunächst das Internationale Gewerkschaftssekretariat einem andern Land zu übertragen und sodann eine Konferenz einzuberufen, die ganz unter dem Einfluß der Ententeländer steht, also britischer Führung unterworfen ist. Die deutschen Gewerkschaften werden die Berner Konferenz beschicken, sie haben der internationalen Zusammenkunft nie ein Hindernis bereitet. Und man darf vorläufig annehmen, daß diesmal die französischen Gewerkschafter weder durch englische Wünsche noch durch Paßschwierigkeiten zurückgehalten werden.

So weit die Vorgeschichte der Konferenz, die wieder zu erkennen gibt, daß die Möglichkeit einer Annäherung der Arbeiter des europäischen Kontinents an sich sehr wohl gegeben ist. England schaltet sich selbst aus. Diese Stellungnahme der englischen Gewerkschaften braucht, auch abgesehen von der politischen Konsequenz, die ihr innewohnt, schon unter rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkten nicht zu überraschen. Die Engländer waren bereits vor dem Krieg nur wenig eifrige Befürworter der internationalen Verbindung der Gewerkschaften. Die Zahl der der gewerkschaftlichen Internationale angeschlossenen britischen Verbände war verhältnismäßig gering, und ihr Interesse war in der Regel auch erschöpft, wenn die internationalen Veranstaltungen zu Ende waren. Im eigenen Land unternahmen die englischen Gewerkschafter herzlich wenig zur Stärkung der internationalen Beziehungen. Die nämliche Erscheinung wie bei den Engländern können wir bei den Amerikanern wahrnehmen. Erst 1909 vollzog überhaupt Gompers den Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund. Zu näheren Beziehungen zwischen den amerikanischen und den europäischen Arbeitern ist es bis jetzt überhaupt nicht gekommen. Der Herrenstandpunkt der angelsächsischen Bourgeoisie, der während der ganzen Kriegsperiode starr festgehalten wurde: daß sie, die Gebieterin zweier Welten, uneingeschränkt ihre Herrschaft aufrichten müsse, ist auch in der angelsächsischen Arbeiterbewegung zu bemerken. Daher isoliert sie sich in ihrer politischen Anschauung und in ihrer ganzen Gedankenwelt immer mehr von der Auffassung der festländischen Arbeiter.

Die Verhandlungen der Berner Konferenz über den zweiten Punkt der Tagesordnung können leicht zu einem praktischen Ergebnis führen. Es handelt sich da um Vorschläge sozialpolitischer Forderungen, die bei einem Friedensabschluß international durch den Friedensvertrag erfüllt werden sollen. Sie sind auf der oben erwähnten Konferenz in Leeds im Juli 1916 angeregt und dann formuliert vom Internationalen Sekretariat der Konferenz unterbreitet worden.¹⁾ Die Differenzen der Anschauungen über diese sozialpolitischen Angelegenheiten sind unter Gewerkschaftern naturgemäß gering. Aber es ist kaum anzunehmen, daß die Debatte darüber sich streng nur im Rahmen dieser Sozialpolitik wird halten lassen.

Es ist schwer gegenwärtig ein Urteil darüber abzugeben, wie diese Konferenz zusammentreten, welchen Verlauf sie nehmen wird. Es wird sich zeigen, wie weit bei der erregten Kriegslieberstimmung eine sachliche Erörterung möglich ist. Hoffen wir, daß wenigstens an einer Stelle in der Arbeiterinternationale die Besonnenheit zurückkehrt und zunächst im Internationalen Gewerkschaftsbund der Friedensgedanke wieder zum Leben erwacht. Wenn die europäischen Gewerkschafter eine einheitliche Festlandsfront gegenüber den Gewerkschaftern der beiden angelsächsischen Weltreiche als den einzigen Gegnern einer internationalen Verständigung bilden, so bedeutet das eine Orientierung, die wir vom Standpunkt unserer eigenen wie der gesamteuropäischen Interessen, aber auch im Sinn einer die Zukunft menschlicher Arbeit und Kultur überhaupt fördernden Entwicklung begrüßen können.

¹⁾ Siehe Müller Die gewerkschaftliche Internationale und ihre Zukunftsaufgabe, in den Sozialistischen Monatsheften, 1917 II, Seite 615 ff.

MAX SCHIPPEL · EIGENHEITEN DER KOLONIALEN WIRTSCHAFTSWEISE UND POLITIK



ALLE koloniale Entfaltung wird in erster Linie dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht naturwüchsig sondern übertragen, aufgepfropft ist. Daraus ergeben sich, im Vergleich mit der sonst tonangebenden und vorbildlichen kapitalistischen Wirtschaft daheim, bestimmte Abweichungen in dem ganzen Aufbau des kolonialen Wirtschaftslebens, die zwar mannigfaltigen Wandlungen je nach der vorgefundenen überseeischen Entwicklungsgrundlage unterworfen sind, in denen allen sich jedoch schließlich der tieferliegende gemeinsame Grundzug widerspiegelt.

Sofort fällt vor allem die veränderte und gewaltig gesteigerte Aufgabe und Tätigkeit der Staatsgewalt ins Auge (wobei es an sich keinen Unterschied macht, ob die Staatsgewalt, wie früher mit Vorliebe ganze Menschenalter hindurch, von einer vorherrschenden überragenden Monopols-gesellschaft mit staatlichen Hoheitsrechten ausgeübt wird). Viele der wichtigsten Grundlagen alles höherstufigen sozialen Daseins, die sich sonst ruhig-stetig als das Ergebnis einer entsprechenden Vorvergangenheit herausbilden, lassen sich in den neuen Treibhausgebieten, gegen den Druck einer innerlich widerstrebenden, in ganz anderen wirtschaftsgeschichtlichen Voraussetzungen wurzelnden Umwelt nur durch eine unwiderstehliche zentrale Gewalt durchsetzen, durch die straff organisierte Zusammenfassung der sonst zersplitterten und in ihrer Zersplitterung ohnmächtigen sozialen und wirtschaftlichen Kräfte: von der ersten, notwendig vorangehenden Gebietsbesetzung und der Begründung einer, der neuen Wirtschaftsordnung halbwegs genügenden Rechtsordnung angefangen, bis zum Ausbau des, wie Licht und Luft zum Wachsen unentbehrlichen Netzes von Verkehrsmitteln, weiter bis zur immer wiederholten Ausfüllung von immer wieder schmerzlich empfundenen Lücken, für deren Beseitigung in den naturwüchsig-kapitalistischen europäischen Kernländern gewöhnlich der freie Wettbewerb der sich selbst überlassenen Einzelkräfte vollkommen ausreicht. Schon die viel größere Unsicherheit und viel geringere Stetigkeit der künstlich geweckten und künstlich fortgeführten kolonialen Entwicklung zwingt die organisierte Gemeinschaft häufig da in die Bresche zu springen, wo sonst das unternehmende Kapital keineswegs vor der selbständigen Übernahme des Risikos zurückzuschrecken brauchte. Nicht nur Australien, sondern alle Kolonien sind deshalb *Wunderländer des Staatssozialismus*, auch wenn sie sich, wie die Vereinigten Staaten, alter mutterländisch-europäischer Erziehung und Gepflogenheit getreu, noch so oft und noch so gern prinzipiell-theoretisch gegen jeden *Paternalismus* erklären. Und dieser Staatssozialismus der Neuländer hat dann gar nicht selten auf die alte Welt, trotz ihren grundverschiedenen Bedürfnissen und Hilfsmitteln, vorwärtstreibend zurückgewirkt.



FAST immer steht an der Spitze des Staatseingreifens die Landfrage. In allen Kolonien tritt selbstverständlich die gewerbliche Warenherstellung vorläufig und dauernd zurück. Im Vordergrund steht vielmehr noch auf lange hinaus die bloße Beschlagnahme (Okkupation) der Naturerzeugnisse, oder die Bergwerksausbeutung, oder endlich die Agrarproduktion, sei es tropischer sei es

mehr europäischer Art. Schon die Jagd (für die Beschaffung von Elfenbein, Pelzwerk, Hörnern, Fellen und Häuten, kostbaren Federn), der Binnenfischfang und die eigentliche Sammeltätigkeit (für Gewürze, Kautschuk, Kokos- und Erdnüsse; auch die einfachere Ausnutzung von Fundstätten bloßen Waschgoldes und ähnliches gehört schließlich hierher) bedingen jedoch einen ungehinderten, rechtlich geordneten und wirtschaftlich erleichterten Zutritt zu weiten Bodenflächen, die nicht länger von den Vertretern tieferstehender halb- und ganzbarbarischer Wirtschaftsordnungen nach alter Sitte und Rechtsübung, oder nach despotischer und kulturfeindlicher Eingeborenenwillkür gegen Fremde, Nichtstammesangehörige, verschlossen gehalten werden können. Die Bergwerksproduktion, ein unvergleichlicher Bahnbrecher der kolonialen Ausweitung der europäischen Produktionsvoraussetzungen, ist in der Wahl ihrer Sitze vollends ganz unfrei. Californische, australische und südafrikanische Edelmetallentdeckungen, überseeische Erz- und Petroleumfunde schleudern sie immer von neuem mitten hinein in den Herrschaftsbereich der auch geschichtlich weitentlegenen Vorkultur und Unkultur von Indianern, Australnegern und Zulukaffern, von Papuas und Malaien; und die Nutznießer der Bergwerksfelder und des Erdinnern lebten, wie man weiß, auch bei uns und bei jahrhundertlangem größern gegenseitigen Aneinandergewöhnen seit jeher in bitteren Interessenkonflikten mit den verdrängten und eingeschränkten ursprünglichen landwirtschaftlichen und sonstigen Grundeigentümern, den Nutznießern der pflanzen- und tiernährenden Außenschicht der Erde. Das Einnisten und Fortschreiten einer europäisch geleiteten Landwirtschaft, auf Plantagen oder vollends in rapid anschwellenden Siedelungen von altweltlichen Ackerbauern und Viehzüchtern, gipfelt dann regelmäßig und unvermeidlich in den erschütterndsten Eigentumssumwälzungen, für die der alten, zu überwindenden Gesellschaftsordnung jedes Verständnis und jede Handhabe fehlt, für die jedoch auch die revolutionär-sieghaft vordringenden fremdbürtigen Klassen abermals eine neue Landgesetzgebung und eine neue staatliche Landverwaltung schaffen müssen, weil alle heimischen Vorbilder hier versagen: sowohl das einfache tausendfältige Spiel von Landkauf und -verkauf wie die überlieferten europäischen Expropriationsregelungen verhältnismäßig allzu bescheidener und allzu konservativer Zwecksetzung.

Sofort nach ihrer Unabhängigkeit und Einigung traten die ehemals englischen, noch immer vorwiegend dem Meer zugekehrten Freistaaten Nordamerikas ihre unermeßlichen Hinterländer, die man vor dem Ankauf der französischen Louisiana bis zum Mississippi und den Großen Seen rechnete, an den gemeinsamen Bund als dessen große public domain ab, und weit über ein Jahrhundert hat dieser beispiellose Gemeinbesitz (nochmals um die unerschlossenen Prärien, Berg- und Küstenländer des fernen Westens vermehrt, einem Bundesamt unterstellt und in Landbezirke (townships) von 36 Quadratmeilen zu je 640 Acker wie ein Riesenschachbrett eingeteilt) einer Millionenschar von farmenden Engländern, Schotten und Irländern, dann von Deutschen und Skandinaviern und endlich von Slawen und Romanen jeder Schattierung, dazwischen immer auch von westwärts abwandernden eigenen Staatsangehörigen, die wirtschaftlich unentbehrliche Produktionsunterlage, und Millionen im alten Europa die unersetzliche Brot- und Fleischkammer gewährt. Selbst heute ist dieser Gemeinbesitz der euro-

päischen *Eindringlinge* noch nicht erschöpft, der den ohnmächtig sich auflehrenden Vorbesitzern, den Indianern, unauffhaltsam aus den schwachen und unfähigen Händen glitt. Wir rühmen uns immer, in seltsamem Verzicht auf jedes Augenmaß, der kleinen Bodeneigentumsrevolutionen, die dem überlebten feudalen Besitzrecht in Europa ein Ende bereiteten und der modernen bäuerlichen und kapitalistischen Agrarproduktion freiern Spielraum eröffneten. Aber viel weiter erstreckten sich und viel tiefer gehen in den kolonialen Außenzonen die gleichzeitigen und nachfolgenden Landeigentumsverschiebungen, die einer noch ungefesseltern Landwirtschaftsproduktion zum Dasein verhelfen, und alle diese Neugestaltungen haben die Durchgangsstufe einer ungeheuren, für europäische Vergleiche ganz unfaßbaren Staatsdomäne (public domain, nach englischer und britischkolonialer Rechtsprache trotz allen republikanischen Kolonialverfassungen: crown land, Kronland) und einer vorläufig abschließenden staatlichen Landverteilung und Landverschenkung zur Voraussetzung.

Denn nach den gleichen Grundzügen, nur den jedesmaligen besonderen Verhältnissen und späteren Erfahrungen mehr angepaßt, formte sich die Landpolitik in Canada, in Australien, selbst in Südafrika, und wo sonst noch der einwandernde weiße Farmer eine neue koloniale Gesellschaftsordnung an die Stelle rohester Produktionsweise und vollständiger Wildnis setzte. Selbst wo, wie in Argentinien und in fast allen Gebieten der spanisch-portugiesischen Kolonisation, eine alte Politik der Landverschleuderung (früher an weltliche und kirchliche Feudalherren und Eroberungsabenteurer, später an mehr kapitalistische Spekulanten) noch verhängnisvoll nachwirkt, ist das Ausmaß des jungfräulichen Bodens, den der Staat noch in Händen hält, ganz überraschend. Das dem Nationalterritorium, einschließlich dem Andengouvernement, zugewiesene, als noch nicht den entwickelteren Provinzen zugehörige Land wird hier auf 136,77 Millionen Hektar geschätzt, davon sind 83,68 Millionen Hektar, also 61 %, in Staatseigentum (das Deutsche Reich umfaßt eine Gesamtfläche von 54,09 Millionen Hektar). Aber selbst die ausgereifteste Provinz Buenos Aires verfügt noch über etwa 400 000 Hektar Staatsland (mehr als die Gesamtfläche des Herzogtums Braunschweig = 3672 Quadratkilometer = 367 200 Hektar).

Meist ist aber das Kronland auch die Voraussetzung der normalen Entwicklung von tropischen Kolonien: mag man hier Eingeborene oder von außen her herangezogene Farbige als bäuerliche Produzenten, in der Absicht bestimmter Produktionsförderungen, ansetzen oder zu zahlreicheren Plantagen unter unmittelbarer eigener Leitung von Weißen übergehen. Die (allerdings kaum sehr erfolgreiche) niederländische Bodengesetzgebung von 1870 machte alles herrenlose und alles wirtschaftlich nicht bestellte Land in Niederländisch Indien zu Kronland und vergrößerte so den bereits in der Hand der Regierung befindlichen umfangreichen Länderbesitz. Die deutsche Verordnung vom 26. November 1895 erklärte zum »herrenlosen Kronland« alles Land innerhalb Deutsch Ostafrikas »vorbehaltlich der Eigentumsansprüche oder sonstigen dinglichen Ansprüche, welche Private oder juristische Personen, Häuptlinge oder unter den Eingeborenen bestehende Gemeinschaften nachweisen können, sowie vorbehaltlich der durch Verträge mit der Kaiserlichen Regierung begründeten Okkupationsrechte Dritter«:

»Das Eigentum daran steht dem Reiche zu. Die Besitznahme von Kronland erfolgt durch die Regierung. Die Ermittlung und Feststellung des herrenlosen Landes (Kronlandes) erfolgt durch Landkommissionen, welche von dem Gouverneur unter Zuteilung des erforderlichen Vermessungspersonals zu bilden sind. . . Bei der Besitznahme von Kronland in der Umgebung bestehender Niederlassungen von Eingeborenen sind Flächen vorzubehalten, deren Nutzung den Unterhalt der Eingeborenen auch mit Rücksicht auf künftige Bevölkerungszunahme sichert. Was dann weiter die Veräußerung von Kronland betrifft, so erfolgt die Überlassung durch den Gouverneur, und zwar entweder durch Übertragung zum Eigentum oder durch Verpachtung. Bei der Überlassung von Kronland sind genügende Flächen für öffentliche Zwecke zurückzubehalten, worüber die Verordnung eingehende Bestimmungen trifft. . . Für das Schutzgebiet Kamerun ist die Landgesetzgebung in Übereinstimmung mit der wie oben wiedergegebenen Rechtsordnung für Deutsch Ostafrika erfolgt. . . In Südwestafrika verblieb bereits nach der Verordnung von 1898 das nicht zu den Reservaten verwendete Land der Regierung als Kronland, das heißt zur Verfügung des Gouvernements für die Ansiedelung von Kolonisten; durch die Einziehung der Reservate [infolge des Aufstandes] hat dieses Kronland nunmehr eine erhebliche Erweiterung erfahren.«¹⁾

Die b r i t i s c h koloniale Bodenpolitik geht für die tropischen und subtropischen Gebiete meist von ähnlichen Gesichtspunkten aus, und immer fällt in noch entwickelungsfähigen Teilen dem Vorbehalt und der spätern Weitergabe von Kronland eine hervorragende Rolle zu.



N OCH weniger jedoch als man (oft sogar im besondern Interesse der eingeborenen Vorbesitzer selber) den Eigentumserwerb und Eigentumswechsel dem freien Spiel der aufeinanderstoßenden Einzelkräfte überlassen kann, vermag das individuelle kapitalistische Gewinnstreben die allererste Voraussetzung jedes ersten und weitem kolonialen Aufschwungs genügend zu verwirklichen: die kleinen und großen Anstalten für den N a h - u n d F e r n v e r k e h r , für den Anschluß der aufkeimenden Produktion an den liefernden und beziehenden Weltmarkt. Das Eingreifen des Staates drängt sich hier so unabweisbar auf, daß gerade England, so lange der angesehenste Vorkämpfer der Privatbahnpolitik in Europa, in seinen kolonialen Außenzonen seit jeher zum Hauptverfechter und -verwirklicher des Staatsbahngedankens wurde.

Die koloniale Eisenbahn legt sich nicht, wie das gleichartige Verkehrsmittel in der Heimat, über eine gewinnergiebige Schicht von Zivilisation; sie zieht sich nicht, des Verkehrs sicher, von regsamem Ort zu Ort, von belebtem Handelsplatz zu Handelsplatz. Sie soll sich recht oft ihre eigene Lebensbedingung erst schaffen: eine ernstlich in Betracht kommende Produktion für den Fernabsatz und Weltmarkt und eine zahlreichere, konsumkräftigere Anwohnerschaft. Sie arbeitet sich unter Umständen erst mühsam gegen die Wildnis durch, vielleicht nach irgendeinem, die weiteren Verbindungen vermittelnden See oder Fluß, nach einem strategisch wichtigen Punkt oder einem fruchtbarern Innengebiet, das zum Kern einer größern Weißbenniederlassung zu werden verspricht. In allen diesen Fällen ist sie in sich nicht lohnend sondern zweckentsprechend und erfolgreich nur durch die Förderung außerhalb liegender Ziele, die wohl für die Allgemeinheit und Zukunft, nicht aber für die Gegenwart einer selbständig für sich dastehenden Bahngesellschaft einen Ausgleich der langjährigen Opfer bieten können. Mehr als irgendwo sonst bleibt in den Kolonien, weil sie auf lange Zeit hinaus keine größere Dichtigkeit des Verkehrsnetzes zu erwarten haben, den Bahnen, als dem

¹⁾ Stehe K ö b n e r Einführung in die Kolonialpolitik /Jena 1908/, Seite 217 ff.

einzig, ganzen weitesten Landstrichen zur Verfügung stehenden Transportmittel, ein monopolistisches Übergewicht, das, rein nach privatem Ermessen und Gewinnstreben ausgenutzt, die verhängnisvollsten Schädigungen für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung nach sich ziehen muß. Die Linienabsteckung und Bauausführung sind in den Kolonien häufig noch mit der Entfaltung von staatlicher Gewalt gegen Eingeborene verbunden. Die ganze Anlage fällt mit der ersten großen politischen Sicherung des Inlands zusammen. Ist alle Kolonialentwicklung Pflanzkultur, so ist der eiserne Schienenstrang das wichtigste Mittel ebenso der anfänglichen Übertragungen und Verpflanzungen wie des spätern engern Verwachsens zwischen autochthoner Grundlage und fremdstämmiger Oberschicht. Solche schwerwiegenden Verantwortlichkeiten in der Gegenwart zu übernehmen und für solche weitgesteckten Ziele der Allgemeinenentwicklung und der Zukunft zu sorgen ist einzig die politische Leitung selber die berufene Stelle, nicht das privatkapitalistische Gewinnstreben, das sich entweder durch die lange Dauer der Ertragslosigkeit ganz und gar abschrecken läßt, oder dessen rein egoistische Erwägungen allzu leicht in eine sehr unerwünschte Richtung hineinzudrängen drohen. Konnte in Europa und im Mutterland die Entscheidung noch zweifelhaft sein, so mußte sie in den kolonialen Außenzonen mit geradezu überwältigender Kraft zugunsten des staatlichen Baus und Betriebs sich vollziehen; oder doch mindestens zugunsten von Privatbahnen, denen als Gegenleistung für unvermeidliche Staatszuwendungen, in Geld oder Ländereien, zugleich außergewöhnliche, rein staatlich bestimmte Verpflichtungen auferlegt sind. Mit solchen Zweiseelengebildeten hat man aber selten gute Erfahrungen gemacht.

Die überzeugendste Bestätigung für die innere Folgerichtigkeit dieses ganzen kolonialen Staatssozialismus bietet, wie gesagt, England, das Heimatland des Manchestertums, selber. Nach einer statistischen Übersicht E. A. Pratts besaß das Mutterland 23 387 Meilen Eisenbahn, allesamt, also 100 %, im Eigentum von Aktiengesellschaften.²⁾ Dagegen lauteten die Ziffern (in englischen Meilen) für die kolonialen Randgebiete wie folgt:

Kolonie	Staatsbesitz	Gesellschaftseigentum	Prozentualer Anteil des Staates
Indien	24 445	7 627	76,2
Ägypten	2 791	881	76,1
Südafrika			
Kapkolonie	3 316	454	87,9
Natal	1 093	—	100
Zentralsüdafrika	2 589	—	100
Rhodesien ³⁾	2 190	—	100
Australien			
Neuseeland	2 715	30	98,9
Victoria	3 488	14	99,6
Neusüdwales	3 640	142	96,2
Südaustralien	1 912	170	91,8
Queensland	3 659	351	91,3
Tasmanien	469	164	74,1
Westaustralien	2 144	276	88,6

²⁾ Siehe Pratt *The World's Railways*, in den *Times* vom 1. Oktober 1912.

³⁾ Rhodesien untersteht einer der letzten Kolonialgesellschaften mit staatlichen Hoheitsrechten. Obwohl die Eisenbahnen einer besondern Tochtergesellschaft übertragen sind, kann man sie ruhig zu den Staatsbahnen rechnen.

Als am 31. Mai 1910 in Südafrika die Eisenbahnen der 4 vereinigten Provinzen, zusammen mit der Leitung der Häfen Kapstadt, Port Elisabeth, Ostlondon und Durban, zu einer großen Verwaltungseinheit verschmolzen wurden, feierten die Times diesen Sieg des Staatsbahngedankens:

»Die Machtfülle des Board of Commissioners . . . ist in der Tat ungeheuer. Die südafrikanischen Eisenbahnen stellen eines der größten zentralisierten Bahnunternehmen der Welt dar. Das beste, wenn nicht das einzige Gegenstück finden wir in der zentralen Staatsleitung der russischen und preußischen Eisenbahnen, den umfassendsten Gebilden dieser Art. Die Kapitalsanlage für die vereinten südafrikanischen Bahnen betrug etwa 75 Millionen Pfund Sterling, für die Häfen etwa 12 Millionen Pfund. In ein paar Jahren werden sicher die 100 Millionen voll sein. 1909 betragen die Rohüberschüsse 10,2 Millionen Pfund Sterling, die Reineinnahmen 4,7 Millionen. Der beschäftigte Stab umfaßte im gleichen Jahr 21 000 Europäer und über 16 000 Farbige. Hierin sind die Ziffern für Rhodesien nicht enthalten, weil dieses außerhalb der Union geblieben ist. Aber Rhodesien hat weiter ein Bahnnetz von fast 2500 Meilen, das von Mafeking im Süden und Beira im Osten weit über die Grenzen der Zivilisation nach dem Congo im Norden ausläuft. Wenn eines Tages nicht nur das Eisenbahnnetz sich hier überall verdichtet, sondern auch Rhodesien sein Schicksal mit dem der Union verbunden hat, so wird, wie man sieht, der Umfang des einheitlichen südafrikanischen Bahnbetriebes ganz gigantisch sein. . . Wer jemals in Südafrika gelebt hat, fühlt wie instinktmäßig heraus, daß die Kontrolle über die Eisenbahnen niemals in privaten Händen bleiben konnte. Denn keiner Person und keiner Gesellschaft könnten jemals ruhig Vollmachten anvertraut werden, die jene der Regierung selber fast in den Schatten stellen.«⁴⁾



IN anderes großes staatssozialistisches Betätigungsfeld in den Kolonien ist das der Wasserwirtschaft. Alteren festgefügt und in gewissem Sinn stets verknöcherteren Staaten fällt es verhältnismäßig viel schwerer dem Lauf ihrer Ströme neue Bahnen zu weisen oder durch Anlage großer Staubecken die Wasserverteilung zeitlich und örtlich wesentlich umzugestalten: nicht wegen technischer Schwierigkeiten, sondern weil sich mit jedem ältern Zustand und selbst Mißstand mit der Zeit eine Menge Interessen und erworbene Rechte verknüpft haben, um deren Berücksichtigung man nicht herumkommt, obwohl diese jeden Fortschritt zu einem guten Teil wieder aufhebt. Erst in Neuländern kann die unvergleichlich vervollkommnete moderne Wassertechnik aus dem vollen ihre Leistungsfähigkeit entfalten.

Deshalb ist es nicht zu verwundern, daß an die englische Nilregulierung, die bisher in der Anlage und der neuerlichen Erhöhung des Assuan-damms gipfelte, immer neue Riesenschöpfungen sich anreihen: von tiefster Nachwirkung auf die Ausgestaltung und das Leben weitester Landgebiete. Wie man im wüsten Innern (arid West) der Vereinigten Staaten, nach dem liliputanischen Vorbild der Mormonen, ganze vegetationsleere Provinzen durch Flußanstauung und regulierte Wasserverteilung zu blühendem Leben erweckte, wie die Leistungen Rußlands in Transkaukasien mustergültig in den Kampf gegen die Baumwollnot eingriffen, so schicken sich immer zahlreichere Kolonialländer an neue Provinzen durch eine großzügige Wasserwirtschaft wirtschaftlich zu erobern. In einer Mitteilung der Kölnischen Volkszeitung heißt es recht bezeichnend:

»Die Landwirtschaft hat in Australien mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein großes Gebiet des Erdteils ist wegen der fast völligen Regenlosigkeit für einen Anbau überhaupt unbenutzbar, und in anderen Teilen sind die Niederschläge zum wenigsten sehr unsicher. Nur die Gebirgsländer, die den Erdteil an der Ost- und Südküste umrunden, empfangen durch die Seewinde vom Stillen

⁴⁾ Siehe South African Railways, the Problem under Union, in den Times vom 5. November 1910.

Ozean her reichliche Regenfälle, die hier zum Teil sogar eine übermäßige Stärke erreichen. Gleich auf der Rückseite dieser Gebirge aber setzt eine erhebliche Verminderung der Niederschläge ein, so daß die meisten nach dem Innern hinfließenden Gewässer das Meer überhaupt nicht mehr zu gewinnen vermögen. Eine Ausnahme macht das Flußnetz, das sich nach seiner Vereinigung als Murray unweit von Adelaide ins Meer ergießt. Aber auch die Ströme, die dorthin zusammenfließen, haben nur in ihren Oberläufen größere Wassermengen, und auch diese sind sehr ungleichmäßig auf die Jahreszeiten verteilt. Seit langem besteht nun der Plan die Erfahrungen, die in anderen Ländern mit großen Talsperren und Staubecken gemacht worden sind, dort auszunutzen und so die auf dem australischen Gebirge niedergehenden Regen für die Landwirtschaft auf den an sich reichen Böden der inneren Teile zunächst von Neusüdwalde auszunutzen. Jetzt ist wieder einmal ein solcher Vorschlag gemacht worden, der sich auf den Bereich des Murrumbidgee, eines der größten Quellflüsse des Murray, bezieht. Dort soll durch Errichtung eines Staudammes von 72 Meter Höhe das winterliche Hochwasser des Flusses gesammelt werden, und zwar in einem Staubecken von mehr als einer Milliarde Kubikmeter Rauminhalt. Dies Becken würde damit das größte seiner Art auf der ganzen Erde werden und den ganzen Hafen von Sidney an Wassermenge übertreffen. Durch Kanäle soll das Wasser aus dem Behälter etwa 200 Kilometer weit in die westlichen Ländereien geführt werden.«⁵⁾

Canada ist neuerdings in ähnlichen Plänen unerschöpflich, allein in der Provinz (dem Staat) Alberta sollen 3½ Millionen Acres, das Doppelte des ganzen californischen Staatsgebiets, an die fertigen und begonnenen Stauwerke mit der Zeit angeschlossen werden können.⁶⁾ Von den im Jahr 1911 in Argentinien in Angriff genommenen Bauten aus sollte später eine Fläche von 1 Million Hektar bewässert werden. Während man früher oft den Engländern vorwarf, daß sie in Indien die Bedeutung der Berieselung nicht zu würdigen wußten und daß sie sogar die überlieferten primitiv-kunstvollen Einrichtungen wieder verfallen ließen, wird es gegenwärtig mehr und mehr Brauch die wonders of irrigation in Indien zu preisen: England habe bereits 800 Millionen Mark darauf verwendet und so Millionen von Ackern (acres) dem Anbau erschlossen.⁷⁾

Noch größere Zukunftsleistungen erwarten jedoch fast alle Neuländer (Neuseeland, Tasmanien, der ganze nordamerikanische Westen, wichtigste Teile Südamerikas) von der Benutzung ihrer, bisher in menschenleeren Gebirgs-einöden sich zwecklos austobenden Wasserfälle und Stromschnellen zur Erzeugung von elektrischer Kraft. Diese reichen, unerschöpflichen Vorräte an *weißer Kohle* dem Wirtschaftsleben zu erschließen scheint allen, geographisch in Frage kommenden jungen Gemeinwesen eine Hauptaufgabe der nächsten Gegenwart. Und immer zahlreichere Stimmen erheben sich, die, durch nordamerikanische und ähnliche Erfahrungen gewitzigt, vor der Verschleuderung solcher Naturschätze an große kapitalistische Privatmonopole warnen.



NDEN, damit sind wir noch lange nicht am Ende der staatssozialistischen Anläufe aller Art angelangt. Weil in Neuländern die Kapitalien zunächst niemals in der überquellenden Fülle Europas sich anbieten und selbst bei reichlichem Zufluß weit hinter den Anforderungen eines rapiden wirtschaftlichen Wachstums zurückbleiben, ferner auch, weil es hier, im Gegensatz zu unseren vielseitigst entwickelten Kulturländern, überall noch an den unentbehrlichen

⁵⁾ Siehe Das größte Stauwerk der Erde, in der Kölnischen Volkszeitung vom 7. Dezember 1912.

⁶⁾ Siehe Irrigation, in den Times vom 10. April 1912.

⁷⁾ Siehe The Wonders of Indian Irrigation, in den Times vom 21. Mai 1913.

älteren Ansätzen zur Anknüpfung neuer Bildungen fehlt. so liegt der Appell an die vollkommen neuschaffende Gesetzgebung, an die organisatorische Kraft des Staates jederzeit viel näher als bei uns daheim.

Es wird kaum ein siedelungskoloniales Gemeinwesen geben, das seinen Farmern nicht von Staats wegen auch mit Kreditorganisationen und Darlehenskassen beispringt. In Manitoba (Canada) hat die Regierung Kornspeicher an den Eisenbahnen gebaut, um die Landwirte unabhängiger in der Lagerung, Beleihung und Veräußerung ihres Getreides zu machen. In Südafrika schuf die Regierung zur Förderung des Weinbaues Kellereigenossenschaften und streckte ihnen Geld für Gebäude, Maschinen und Einrichtungen vor. Um das Einzäunen der Farmen durchzuführen, wurde die Südafrikanische Landbank verpflichtet dem Landwirt die ganze Summe seiner Auslagen für die Einzäunung vorzuschießen. Um der maßlosen Verteuerung von Verpackungs- und Verschnürungsmaterial vorzubeugen, stellte die argentinische Regierung 1 Million Pesos zur Verfügung, um damit im In- oder Ausland die für die Aufnahme von Getreide nötigen Säcke und Stricke zu erwerben; alle diese Gegenstände werden an die Landwirte zu dem von der Regierung gezahlten Preis (plus Einfuhrzoll und Fracht) abgegeben. In Niederländisch Indien hat die Regierung nicht bloß Dorfbezirkbanken gegründet, um der bäuerlichen Ausplünderung durch Dorfwucherer zu steuern, sondern auch Reisspeicher errichtet, um das rasche hilflose Preisgeben der Ernte an Spekulanten zu verhindern. In Indien, in Ägypten, in Westindien und noch anderen Kronkolonien schuf England eine Fülle von staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen zum Kampf gegen Ausbeutung seitens der Händler, gegen Darlehenswucher und Kleingüterverschleuderung, zur Hebung primitiver Produktion. Die australische vielseitige Staatsversicherung gewinnt in anderen kolonialen Gemeinwesen immer größere Anhänger, und auch an wirklicher Nachfolge hat es nicht gefehlt. . . .

Jeder Kolonialhaushalt, jeder koloniale Jahresüberblick spiegelt diese Eigenart wider: nirgends wird verhältnismäßig so viel für *öffentliche Arbeiten* ausgeworfen, ist so viel über *public works* zu berichten (immer natürlich: wenn die einleitende Landbesetzung mit ihren nächsten Folgen vorüber ist, wenn also die wirkliche Kolonisation wirklich beginnt). Alle Kolonien wollen oder sollen erst etwas werden und leben deshalb von *Anleihen*, von Kapitalszuflüssen von außen her. Wie oft hat man dann, beispielsweise im Fall Australiens, auf die erschreckend hohe Kopfquote der Schulden unheilkundend hingewiesen. Aber die Kolonien erwiderten jedesmal mit Recht, daß ihren Schulden meist werbende oder doch mittelbar produktive Anlagen von unvergleichlich höherem Wert gegenüberstehen:

»Die Hauptsummen der Nationalschulden kontinentaler Staaten, Englands und selbst der Vereinigten Staaten, sind für Kriegsausgaben aufgenommen. Die Hauptsummen der Schulden von kolonialen Gemeinwesen borgte man für öffentliche Werke, vor allem für Eisenbahnen.«⁹⁾

Alle diese Eigenheiten des kolonialen Wirtschaftslebens und der ihnen entsprechenden Politik sind keine Zufälligkeiten, sondern sie wurzeln unmittelbar in den Besonderheiten der kolonialen Entwicklung selber und in dem Unterschied zwischen den Hilfsmitteln der alten zentralen Wirtschaftsländer Europas und der Neuländer in den Außenzonen der modernen Produktion.



⁹⁾ Siehe Colonies, in Palgrave's Dictionary of Political Economy I (London 1894, Seite 324.

HEINRICH PEUS · KLARHEIT UND WAHRHEIT



WAHRHAFTIGE und ehrliche Politik ist die beste, die mutigste ist die wirksamste. Man kann diese Eigenschaften unserer gegenwärtigen Politik leider nicht nachrühmen. Sie ist unsicher und zaghaft, unklar und unentschieden. Im Krieg aber ist vor allem eine entschlossene Politik notwendig, die einheitlich durch alle Instanzen geht. Diese ist nur möglich, wenn das Volk selber durch seine gewählte Vertretung über sie bestimmt. Die Volksvertretung hat sich nicht nur als Beratungskörper zu betrachten sondern als Willenskörper zu fühlen. Die Souveränität des Volkes hat durch seine Vertretung tatsächlichen Ausdruck zu finden. Die Begrenzung des Mandats der Volksvertreter auf die Vollmacht bei der Abfassung der Gesetze mitzuwirken und ihre Ausführung zu überwachen macht sie zu bloß intellektuellen Beratern, während tatsächlich der Wille des Volkes durch die Volksvertretung Form und Wirklichkeit gewinnen soll.

Wenn nach der Verfassung auch noch andere als die Volksvertretung an der Souveränität des Volkes teilnehmen, so ändert das durchaus nichts an diesem Postulat. Dann haben diese anderen nur an ihrem Teil den Willen des Volkes mitzubilden. Aber ein einheitlicher Volkswille muß aus den an der Souveränität teilhabenden Faktoren gebildet werden. Jetzt im Krieg ist das noch weit mehr notwendig als in Friedenszeiten. Denn jetzt steht viel zu viel auf dem Spiel, als daß eine mangelnde Geschlossenheit ertragen werden könnte. Jetzt ist das ganze Volk im Staat für den Staat in Aktion. Ist es schon in Friedenszeiten für ein selbstbewußtes Volk unerträglich, daß es sich von einem Willen regieren lassen soll, der nicht der seinige ist, so wird das eine ganz unmögliche Sache, wenn, wie jetzt, Existenz und Zukunft des Volkes auf dem Spiel stehen. Und nach dem Erlebnis dieses Krieges geht es erst recht nicht mehr an, daß ein anderer das deutsche Volk regiert als das deutsche Volk selber, weil die Gefahren, unter denen wir zur Zeit leben, auch für die Zukunft bestehen bleiben. Es hat darum auch keinen Sinn zu sagen, man müsse mit dieser Einrichtung der Volksregierung bis nach dem Krieg warten, um festzustellen, ob auch dann noch solche Bedürfnisse vorliegen. Solch ein Einwand kann nur als ein Vorwand aufgefaßt werden die notwendige Parlamentarisierung weiter zu hintertreiben. Wir fordern die Volksregierung, weil sie sich jetzt geradezu als eine Lebensfrage erweist. Was das Ausland dazu sagt, kann dem einen gleichgültig, dem andern wichtig sein. Aber jedenfalls brauchen wir dies Urteil nicht als Treibstachel. Ebenso wäre es freilich absurd, wollten wir uns das Ziel der Demokratisierung deshalb verleiden lassen, weil Wilson es uns empfiehlt. Wir Sozialisten sind in keiner Weise Bewunderer der amerikanischen Demokratie, wir kennen ihren kapitalistischen Grundcharakter nur zu genau. Aber, weil wir die ökonomische Bedingtheit aller Demokratie in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nie vergessen, können wir uns doch nicht etwa für den Obrigkeitsstaat begeistern.

Wenn wir grundsätzlich auf die Demokratie hinarbeiten, so deshalb, weil wir ihr wahres Wesen in der Übernahme der Verantwortung erblicken. Wir wollen kein bequemes Räsonieren, wie es die deutsche Linke als ewige Opposition seit ihrem Bestehen betreibt. Wir wollen ein pflicht-

gemäßes Handeln, das Schaffen dessen, was das Gemeinschaftsinteresse erfordert. Nur das Volk kann in Wahrheit die Verantwortung für sein eigenes Schicksal tragen; niemand, er mag sich noch so Herrscher dünken, ist ihr gewachsen. Zu dieser Erkenntnis war, wie wir jetzt wissen, schon vor 12 Jahren auch der deutsche Kaiser gekommen. Denn er telegraphierte am 20. August 1905 an den Zaren, er solle sich in der Frage, ob Krieg oder Frieden, an die Duma, an die russische Volksvertretung wenden. Ihre Entscheidung empfahl er dem Zaren als maßgebend hinzunehmen: »Wenn sie sich für den Frieden entscheidet, so bist Du durch das Volk ermächtigt auf Grund der Deinen Delegierten in Washington unterbreiteten Vorschläge Frieden zu schließen. Niemand in Deiner Armee, in Deinem Lande oder in der übrigen Welt hat ein Recht Dich für diese Handlung zu tadeln. Wenn andererseits die Duma die Vorschläge für unannehmbar erachtet, und die japanische Regierung sich weigert auf einer andern Basis zu verhandeln, dann wieder ist es Rußland selbst, das durch die Stimme der Duma Dich, seinen Kaiser, auffordert den Kampf fortzusetzen. Dadurch würde sie die volle Verantwortung für die gesamten Folgen auf sich nehmen und Dich ein für allemal vor der Welt und vor der Geschichte vor dem Vorwurf schützen. daß Du Tausende von vaterlandsliebenden Söhnen, ohne das Land zu fragen oder gar gegen ihren Willen, geopfert hättest. Dies wird Deiner persönlichen Tat eine große Wucht und Kraft verleihen, da Du Dich durch den Willen der Gesamtheit Deines Volkes getragen fühlen wirst, das entschlossen ist bis zum bittern Ende zu kämpfen, ohne Zeitaufwand, Verluste und Entbehrungen zu scheuen. Nur unter solchen Bedingungen läßt der Krieg sich ja fortsetzen.« Trefflicher kann man die Demokratie nicht begründen als es mit diesen Worten geschehen ist.

Es wird nun aber auch die höchste Zeit, daß das, was der Kaiser vor 12 Jahren für Rußland als heilsam und notwendig erklärte, nun auch bei uns anerkannt werde. Die Reichsregierung, insbesodere also der Reichskanzler, und der Reichstag müssen über die Notwendigkeit einer einheitlichen, entschlossenen, vor aller Welt klaren Politik ganz ins reine kommen. Alle Provisorien, die man nach der Richtung versucht, um der endgültigen Einrichtung der parlamentarischen Regierung auszuweichen, sind vom Übel. Sie diskreditieren das Reich nur, sowohl in den Augen des eigenen Volkes als auch in dem Urteil des Auslands. Sie lassen das unbedingt erforderliche Vertrauen nicht aufkommen. Es hilft nichts: Der Bruch mit denjenigen Gruppen, die das parlamentarische System nicht wollen, weil es ihre eigene Gruppenherrschaft untergräbt, muß erfolgen, der Mut dazu muß aufgebracht werden. Unrecht geschieht ja jenen Gruppen nicht; sie haben, wie alle Parteien, die Möglichkeit den Mehrheitswillen mit zu bilden. Aber auch wenn sie den Mehrheitswillen selber nicht direkt mit bilden, können sie durch sachliche Kritik einen Einfluß auf die Regierung ausüben. Das Ziel kann ja überhaupt nicht sein, daß eine Mehrheit eine Minderheit einfach terrorisiert, sondern die Mehrheit hat die Pflicht ihre Politik in einer Weise zu betreiben, daß das Gemeinwohl gewahrt wird. Erst Verantwortlichkeit für das Ganze kann den Geist der dazu notwendigen Objektivität erzeugen. Parteien, die nur kritisieren, aber nicht regieren, können es sich eher gestatten rein parteiisch zu verfahren; Parteien, die das Recht zu herrschen haben wollen, müssen die objektive Förderung des Gemeinwohls sich zum

Ziel setzen. Daß auch Parteien in demokratisch regierten Staaten es an dieser Objektivität haben fehlen lassen, ist kein Argument gegen die Demokratie. Demagogie kann nur durch gute Demokratie überwunden werden. Je heftiger der Streit der Fanatiker tobt, um so mehr haben wir die Pflicht gegen diesen Fanatismus anzukämpfen. Und gerade die Sozialdemokratie sollte ein Muster für Objektivität und Gerechtigkeit aufstellen, also jetzt in der eigentlichen Politik das tun, was sie in der Vergangenheit bei ihren eigenen Richtungskämpfen nie getan hat: nämlich verstehen und arbeiten. Je mehr ihr das gelingt, um so eher kann sie auch ihre Gegner überwinden. Wenn wir von der Regierung volle Hingabe an das Wesen der Demokratie fordern, so muß die Volksvertretung sich über ihre Verantwortung vollkommen klar sein. Sie ist nicht nur dazu da eine Regierung zu kritisieren und womöglich zu stürzen, sondern sie hat die Pflicht zu wissen, welche neuen Männer regieren sollen. Wer wollte behaupten, daß der Reichstag sich bis jetzt schon dieser Aufgabe gewachsen gezeigt hat? Man war eben bisher noch gar nicht *darauf eingerichtet*. Niemand hatte sich diese Aufgabe gestellt. Und so fehlen scheinbar die Männer, die wir brauchen. Um so dringender tut es Not diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Was Wunder, daß da, wo keine Selbstverantwortung war, sich auch kein Selbstvertrauen einstellen wollte? Die *nationale Notwendigkeit* schafft beides. Denn nur die Selbstregierung ist imstande die Gesamtenergie des Volkes einheitlich zur Aktion zu bringen. Und nur sie kann, wenn sie sich stark fühlt, eine offene Politik treiben.

Gerade in der *Außenpolitik* kommt alles auf Geradheit und Ehrlichkeit an. Zuletzt muß der Friede, der da kommen soll, doch auf Vertrauen ruhen. Das gilt für uns insbesondere gegenüber dem neuen Rußland. England werden wir nur zum Frieden zwingen, wenn es zum Bewußtsein kommt, daß es sich mit uns vertragen muß. Nach Osten zu aber brauchen wir direkten Anschluß. Klare Sympathie müssen wir denen entgegenbringen, denen wir zutrauen dürfen, daß ihre Politik geeignet ist Rußland in seiner freiheitlichen Entwicklung zu fördern. Wenn wir bei uns diejenigen Sozialdemokraten als dem Land schädlich betrachten, die die Pflicht der nationalen Verteidigung in Worten oder tatsächlich abweisen, so dürfen wir auch nicht mit den Maximalisten oder Bolschewiki in Rußland liebäugeln, weil ihr Tun den russischen Staat desorganisiert. Mit einem in Anarchie zerfallenden Rußland bekommen wir erst recht keinen baldigen Frieden. Und vor allem bedarf unsere spätere Zukunft (und die des europäischen Festlands überhaupt) eines starken Rußlands, sollen wir gegen britische Bevormundung geschützt sein. Ebenso verkehrt wäre es natürlich etwa die monarchistischen Konterrevolutionäre auch nur irgendwie moralisch fördern zu wollen. Wir fahren am besten, wenn wir durch unsere Äußerungen deutlich bekunden, daß wir denen den Erfolg gönnen, von denen am ehesten zu erwarten ist, daß sie Rußland auf der Bahn der Sozialisierung und Demokratisierung vorwärts bringen werden. Ein aufblühendes, freiheitliches Rußland ist unser sicherster und nützlichster Nachbar. Unsere beiderseitigen Interessen sind völlig ausgleichbar. Das deutsche Volk muß diesen Ausgleich durch die konsequente Orientierung seiner Politik herbeiführen. Der Zickzackkurs, der heute sich mit der russischen Friedensformel identifiziert, um morgen die Fremdvölker gegen Rußland auszuspielen, und über-

morgen russisches Randgebiet annectieren will, muß aufhören. Alles Streben nach einer Verständigung mit dem Angelsachsenthum auf Kosten Rußlands muß endgültig verabschiedet werden. Wir wollen weder russisches Gebiet noch *Pufferstaaten* gegen Rußland, wir wollen mit Rußland selbst freundschaftlich leben. Wir denken nicht daran den Wink zu befolgen, den Gerard Bethmann Hollweg gegeben hat. Amerika weiß wohl, weshalb es Deutschland »freie Hand« im Osten lassen will. Sollen wir aber dieses angelsächsische Kriegsziel: die dauernde Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland, erreichen helfen? Die Zusammenfassung der Völker des europäischen Festlands zu einer solidarischen Gemeinschaft, deren Voraussetzung eben die Verständigung mit Rußland ist, gibt uns auch die Grundlage für die Schaffung jenes internationalen Rechts, zu dem sich die deutsche Regierung in ihrer, am 22. September veröffentlichten Antwort an den Papst bekannt hat. Klarheit und Wahrheit muß auch in dieser Außenpolitik die Parole sein. Wir brauchen nicht nur einen Tag, der uns Frieden bringt, wir brauchen nach diesem Tag eine Zeit dauerhaften Friedens, und die bringt uns nur eine Politik der Ehrlichkeit. Daß wir deshalb nicht ein Opfer illusionärer Blindheit werden sollen, versteht sich von selber. Das Ziel aber muß sein: ehrliche Freundschaft, die dem andern Volk gönnt, was man dem eigenen Volk wünscht.

LUDWIG QUESSEL · DAS WERDENDE RUSSLAND



U den Irrtümern unserer bisherigen Außenpolitik, die nicht nur die Entschlüsse der Staatsmänner sondern auch die allgemeine Volksstimmung stark beeinflussten, gehörte die Auffassung, daß nähere oder entferntere Verwandtschaft der Völker mit einander entscheidend für den Wert politischer Bündnisse sei. Weil die Bewohner der britischen Inseln uns ethnisch besonders nahe stehen, weil deutsche Auswanderer ihre Nationalität nirgends leichter und restloser verlieren als in angelsächsischen Gemeinschaften, schien der überwiegenden Mehrheit der Deutschen ein Bündnis mit den beiden großen angelsächsischen Reichen als etwas ganz besonders Erstrebenswertes. Rückhaltlos war man bereit die Feindschaft der Russen in den Kauf zu nehmen, wenn man damit nur die angelsächsische Freundschaft erwerben konnte. Diese aber war, wie die Ereignisse gezeigt haben, nur um den Preis unseres Verzichts auf eigene Weltgeltung zu haben. Nur als Degen Englands auf dem Kontinent, nur als Schildwache seiner Weltinteressen gegen Slawen und Romanen, wäre ein wirtschaftlich und militärisch starkes Deutschland dem britischen Imperium erträglich gewesen. Da Deutschland sich in ein solches Abhängigkeitsverhältnis zu England nicht begeben wollte, waren den führenden Männern des britischen Weltreichs alle Darlegungen über die zahlreichen kulturellen Bande zwischen Deutschland und England nur müßiges Gerede, und das Angelsachsenthum jenseits des Ozeans schloß sich dieser Auffassung entschieden an und unterstützte die britische Politik, die folgerichtig darauf eingestellt blieb Deutschland zunächst politisch zu isolieren, um es bei passender Gelegenheit mit französischen und russischen Waffen niederzuringen. Dem ungefährlich gewordenen Deutschland hätte das Angelsachsenthum, das ja nie ein aufrichtiger Freund der Romanen und Slawen gewesen ist, wieder ehrliche Sympathie und freundschaftliches Wohlwollen gezeigt, wie Sir Edward

Grey es ja auch dem deutschen Botschafter unmittelbar nach der britischen Kriegserklärung für den Fall unserer Niederlage tatsächlich und zweifellos völlig überzeugt in Aussicht gestellt hat.

Der Umstand, daß die politische Geschichte des Weltkriegs einschließlich seiner Vorgeschichte in allen Stadien uns die Angelsachsen zwar nicht als Feinde des Deutschtums schlechthin, wohl aber als erbitterte Gegner der Großmachtstellung des Deutschen Reichs und seiner wirtschaftlichen Expansion gezeigt hat, wird uns hoffentlich dahin bringen Übereinstimmungen und Unterschiede in Rasse und Kultur für die Richtung unserer Außenpolitik richtig einschätzen zu lernen. Insbesondere sollten wir uns immer wieder daran erinnern, daß wir ungeachtet der großen ökonomischen, kulturellen und ethnischen Verschiedenheiten, die das östliche vom westlichen Europa trennen und es zu einer Welt für sich machen, über 100 Jahre im Frieden mit dem großen Reich des Ostens leben konnten. Und nicht zum wenigsten hat die Wesensverschiedenheit russischer und deutscher Zivilisation dazu beigetragen unsere geistigen und ökonomischen Beziehungen zum Osten besonders intensiv zu gestalten. Es ist eben ganz falsch, daß fremde Kulturen einander feindselig gegenüberstehen müssen; sie können vielmehr einander mehr geben als annähernd gleich gerichtete Kulturen. Tatsächlich ist das deutsche Geistesleben in den letzten Jahrzehnten von der russischen Literatur unendlich tiefer beeinflußt worden als von der englischen, und umgekehrt haben deutsche Wissenschaft und deutscher Sozialismus dem Denken keiner andern Bevölkerung so tiefe Spuren eingedrückt wie dem Rußlands. Damit soll, wie gesagt, nicht in Abrede gestellt sondern im Gegenteil hervorgehoben werden, daß wir bei der Überschreitung unserer Grenzen im Osten ganz anders als im Westen an allen Punkten in Gebiete gelangen, die von geistigen und wirtschaftlichen Kräften regiert werden, die wir in ihrem völligen Anderssein zunächst nicht recht begreifen können. Da ist vor allem das eine, das sich vornehmlich dem ökonomisch geschulten Blick offenbart: Gewaltig alle anderen Kräfte überragend, beherrschen Ackerbau, Forstwirtschaft und Viehzucht das ökonomische Dasein des osteuropäischen Menschen. Die osteuropäische Gesellschaft lebt zu mehr als acht Zehnteln von der Bewirtschaftung des Bodens. Unter 100 russischen Staatsbürgern findet man reichlich 80 Bauern. Der russische Bauer aber ist seiner ganzen Natur nach ein völlig anderes Wesen als der westeuropäische Landmann. Geistig ist er ein frühmittelalterlicher Mensch; ökonomisch, gemessen am Wohlstand der westeuropäischen Bauern, fast ein Pauper. Was den westeuropäischen Betrachter des russischen Landlebens so tief traurig stimmt, ist die Entdeckung, daß die weiten Ebenen russischer Landwirtschaft keine Dörfer im Sinn des Westens aufweisen. An ihrer Stelle findet er ländliche Hüttenhaufen, in denen in unbeschreiblicher Armut die Hauptmasse der Bevölkerung vom Bodenbau lebt.¹⁾ Die Bewirtschaftung des Bodens vollzieht sich aber wieder in Rechtsformen, die uns schon unbekannt geworden sind. Der russische Bauer nennt keinen andern Grundbesitz sein eigen als die Fläche, auf der seine Hütte steht. Denn alles Acker- und Waldland gehört der Dorfgemeinde, dem Gutsherrn oder dem Staat. Die unserer Landbevölkerung seit langem fremd gewordenen Rechtsformen des Agrarkommunismus, der Natural- und Arbeitspacht beherrschen noch das ganze Denken und Fühlen der

¹⁾ Eine ideenreiche Darstellung der Eigenart des Ostens findet man bei Hanslick *Der Weg des Slawentums zur neuen Weltkultur* /München 1916/, Seite 26 ff.

russischen Menschheit, der unser agrarindividualistisches Bauerntum eine ebenso fremde und seltsame Erscheinung ist wie uns das agrarkommunistische Dorf des Ostens.²⁾

Ein Land ohne Bauern im westeuropäischen Sinn kann auch kein Bürgertum unserer Art aufweisen. Daher ist auch die russische Stadt ökonomisch und historisch ein anderes Gebilde als die Stadt des Westens. Es ist eine falsche Übertragung westeuropäischer Begriffe auf osteuropäische Lebensverhältnisse, wenn man annimmt, daß auch im Osten Siedelungen von einigen tausend Einwohnern städtischer Natur sein müßten. Man braucht sich nur einige Tage in einer russischen Kleinstadt aufgehalten zu haben, um zu wissen, wie wenig diese amtlich als Städte bezeichneten Ortschaften wirkliche Städte sind. Was man dort sieht, sind ländliche Wohnhäuser, klein, niedrig, aus Holz gebaut, wie die des russischen Dorfs, und Ackerbau treibende Menschen, die sich nur wenig von den Bauern unterscheiden.³⁾ Die Fälle sind nicht selten, wo solche Bürgerschaften große Flächen nach den Regeln des russischen Agrarkommunismus bewirtschaften. Aber auch die größeren russischen Städte sind soziale Gebilde eigener Art. Im westlichen Rußland (Kurland, Litauen, Polen) setzen sich die städtischen Gemeinschaften aus Bevölkerungselementen zusammen, die zu einem großen Teil und in ihren wirtschaftlich führenden Schichten nicht slawischer Herkunft sind: aus Juden und Deutschen. Wo auf der Grundlage des Vorkommens von Kohle und Erzen sich Fabrikstädte entwickelt haben, wie namentlich im Donez- und Dnjeprbecken (Ukraine), tragen sie mit ihrem zugewanderten Proletariat und ihren unfertigen Lebensformen einen ausgesprochen geschichtslosen, kolonialen Charakter. Man hat nicht mit Unrecht diese in wenigen Jahrzehnten aus der menschenleeren Steppe hervorgewachsenen Industriestädte als ein Stück Amerika auf russischem Boden bezeichnet.⁴⁾ Die älteren Städte Moskowiens weisen noch heute vielfach die Züge auf, die ihr soziales Sein vor 50 Jahren bestimmten: sie sind vornehmlich Sitze der Staats- und Gouvernementsverwaltung, daneben Winteraufenthalt der Gutsherren und mit ihren Gymnasien und Realschulen die Bildungsstätten für die Jugend des Adels, der Offiziers- und Beamtschaft. Was Moskau noch vor 60 Jahren war, kann man in den Memoiren Peter Krapotkins nachlesen: eine Anhäufung sich wirtschaftlich selbst versorgender adliger Hauswirtschaften mit zahlreichen leibeigenen Dienstboten und Handwerkern.⁵⁾ Die für westeuropäisches Stadtwesen kennzeichnende Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land war vor 50 Jahren in den russischen Städten erst in den Anfängen vorhanden und ist auch heute dort noch schwach entwickelt. Das Moskau der Gegenwart ist freilich eine Stadt modernen Gepräges, mit Fabriken, Warenlagern, Straßenbahnen, Wasserleitung, Kanalisation und vielstöckigen Mietskasernen. Ungeachtet dieser Modernität ist *Mütterchen Moskau* echt russisch geblieben. Zwischen Europa und Asien gestellt, das Blut des einen und des andern in ihren Adern, ist sie gleichsam der Ehe beider entsprungen. In ihren Straßen begegnen sich Byzanz, Paris und Peking. Ohne ein sozial fest verankertes Bürgertum, mit einer Arbeiterschaft, die das Band mit der

²⁾ Über den Agrarkommunismus in Westeuropa siehe Quessel *Der Untergang des Agrarkommunismus in Frankreich und Deutschland, in der Neuen Zeit, 1904-1905 II, Seite 833 ff.*

³⁾ Siehe die anschauliche Schilderung der russischen Kleinstadt bei Daugny En Russie /Paris 1912/, Seite 31 ff.

⁴⁾ Siehe *Taris La Russie et ses richesses* /Paris 1912/, Seite 138 ff.

⁵⁾ Siehe *Krapotkin Memoiren eines Revolutionärs I* /Stuttgart 1901/, Seite 2 ff. und 34 ff.

Landwirtschaft vielfach noch nicht zerrissen, mit einem Wirtschaftsgeist, dessen Träger zu einem erheblichen Teil nichtslawische Elemente sind, können die städtischen Siedelungen des russischen Reichs vorläufig nur als *w e r d e n d e* Städte bezeichnet werden. Mit wenigen Ausnahmen haftet ihnen der Charakter des Unfertigen an. Der Aufstieg der russischen Stadt zu europäischer Reife vollzieht sich allerdings vielfach mit amerikanischer Schnelligkeit, jedoch weniger als Werk slawischen Geistes als unter ausländischen Impulsen: die ganze Welt arbeitet mit, belgisches, französisches, englisches, deutsches und amerikanisches Kapital. So sind titanische Kräfte am Werk, die das große Reich des Ostens mit seinen ungeheuren Landmassen gleichsam über den Abgrund eines Jahrtausends hinweg in ganz neue Lebensformen, in einen ihm fremden Kulturzustand hinein zu schleudern suchen.

Ungewohnt wie Wirtschaft und Recht Rußlands ist uns auch seine Geschichte. Auch historisch ist der Osten eine Welt für sich.⁶⁾ Ohne Reformation, ohne Renaissance, ermangelt seine Geschichte der Elemente, die sie mit der unsern vergleichbar machen. Der Himmel historischer Gestalten, der sich über der russischen Erde spannt, ist so gar nicht europäisch. Viele Persönlichkeiten der russischen Geschichte weisen mehr auf Asien als Europa hin. Alles dessen entbehrend, was der Geschichte der westlichen Nationen in unseren Augen den Inhalt gibt, erscheint die Geschichte Rußlands arm und öde. Wo sie aber aufregend und dramatisch wird, kommen in ihr asiatische Einflüsse zur Geltung: mongolische Invasion, asiatischer Despotismus der Zaren, japanischer Angriff und Sieg. Ungestaltet, im Dunkel, voller Geheimnisse, wallte der slawische Geist bis zur Schwelle des 19. Jahrhunderts. Dann vollzog sich sein Einzug in die Welt moderner Kultur, wie ihn glanzvoller allerdings kein anderes Land gesehen hat. Geistesstark wie noch keine erhob sich die russische Literatur. Aber auch hier sehen wir: Die Großen im Reich der russischen Dichtung sind nicht Europäer oder wenigstens nicht bloß Europäer. Sie gehören der europäischen, aber auch einer andern Welt an. So tritt der Osten uns auch in seiner Literatur zunächst fremdartiger entgegen als der Westen. Aber wohin wir auch blicken, überall sehen wir, daß im Osten große Dinge im Werden sind. Staunend stehen wir vor den Neubildungen, die der Orkan des historisch-ökonomischen Geschehens aus der russischen Erde hervorgefegt hat. Gestern noch Autokratie, heute schon demokratische Republik. In einem Jahrzehnt zwei Revolutionen, die zu den größten Freiheitsbewegungen zählen, die Europas Geschichte aufzuweisen hat. Wie vom Mutterboden losgerissen, sehen wir das russische Leben im Wirbelsturm hintreiben, unbekanntem Zielen zu.

Wohin Rußland gelangen wird, das wird letzten Endes die Neuordnung seiner Agrarverhältnisse bestimmen. In diesem Land, in dem die städtische Bevölkerung im Durchschnitt des ganzen Reichs nur 11 % einnimmt, dessen Ausfuhr fast gänzlich aus Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft bestehen, muß jede Neugestaltung wirtschaftlicher Natur, die diesen Namen wirklich verdient, notwendigerweise einen agrarischen Charakter haben. Denn alles, was sich in engem Sinn auf Industrie und Handel bezieht, berührt von 100 Russen kaum 10, weil, wie schon früher bemerkt, auch die Be-

⁶⁾ Die Eigenart der russischen Geschichte, für die von neueren Forschern namentlich Miljukow in seinem historischen Schriften viel Material herbeigeschafft hat, ist schon bei Leroy-Beaulieu *Das Reich des Zaren und die Russen* I/Sondershausen 1887/, Seite 168 ff., zutreffend dargestellt worden.

wohner der zahlreichen russischen Kleinstädte ackerbautreibende Menschen sind, deren ganzes Sein überwiegend durch die Gestaltung der Besitz- und Produktionsbedingungen auf dem flachen Land bestimmt wird. Die Neuordnung der agrarischen Verhältnisse, auf die Rußland sich vorbereitet, wird zeigen, ob der Osten, sich für eines der beiden Wirtschaftsprinzipien entscheidend, den Weg zum reinen Agrarkommunismus oder zum reinen Agrarindividualismus einschlägt. Das eine würde ein Fortschreiten auf dem Weg bedeuten, den die Bauernemanzipation von 1861 betreten hat. Das andere wäre die Verwirklichung der Agrarreform von 1910, die man als Stolypinsche bezeichnet hat. Die Lösung der russischen Agrarfrage, die für das werdende Rußland von entscheidender Bedeutung ist, soll hier in einem weitem Artikel eine gesonderte Behandlung finden. Von ihr hängt das Schicksal der russischen Revolution ab. Sie allein wird darüber bestimmen, ob das tief demokratisch empfindende russische Volk auch in einer demokratischen Staatsverfassung leben und in ihr einer Zukunft der Freiheit entgegengeführt werden soll.

SEBASTIAN PRÜLL · DIE VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT

WIEDER werden die Stimmen laut, die schon vor Kriegsausbruch für Einführung der *wissenschaftlichen Arbeitsweise* eintraten. In den verschiedenen Industriezweigen und bei den verschiedenen Arbeitsprozessen soll nach dem Taylorsystem gearbeitet werden. Versteht man unter wissenschaftlicher Arbeitsweise lediglich die Erzielung des höchsten Nutzeffekts bei irgendeiner Arbeit, so wird, wie festgestellt werden muß, heute bereits in fast allen Industrie- und Gewerbebezweigen wissenschaftlich gearbeitet. Man sehe sich nur einmal den Arbeitsprozeß an den modernsten Papiermaschinen, in den Eisenwalzwerken, in der Holzbearbeitungsindustrie usw. an. Dem Beobachter wird es sofort deutlich werden, daß der technisch-maschinell hohe Stand unserer heutigen Industrie an das Nervensystem des Arbeitspersonals die höchsten Anforderungen stellt. Aber die technische Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Und zweifellos liegt der Taylorsche Grundgedanke, zu immer höherer Potenz gesteigert, heute schon in jeder neu konstruierten Maschine. Leider werden die Vorteile, die sich daraus ergeben, vorwiegend einseitig, das heißt nur vom Besitzer der Betriebsmittel ausgenutzt. Die Gesamtheit und in erster Linie die Arbeiterschaft sollen aber die Nutznießer des technischen Fortschritts sein; die Arbeiter insofern als sie in den Genuß verkürzter Arbeitszeit gelangen. Schon die intensivere Betätigung bedingt kürzere Arbeitsdauer, sonst wird der arbeitende Mensch zu rasch, zu früh verbraucht, und der Nachwuchs bringt die Nervosität als Zeitkrankheit schon mit zur Welt. Diese Gefahr wird um so größer, je mehr Frauen in Industrie, Gewerbe und Handel herangezogen werden. Auch die zunehmende Unfallgefahr darf nicht außer acht gelassen werden. Die Arbeitsdauer entspricht schon längst nicht mehr dem technischen Stand unserer Industrie. Auch weiß jeder Volkswirt (er braucht gar nicht Sozialpolitiker zu sein), daß kurze Arbeitszeit nicht Ruin sondern Aufstieg der Industrie bedeutet. Nicht die von ermüdeten und übermüdeten Arbeitern geschaffenen Produkte werden sich den Weltmarkt erobern, sondern die Erzeugnisse geistig und körperlich frischer Arbeitskräfte.

Es waren nicht die unbedeutendsten Männer ihrer Zeit, die erkannten, daß technischer Fortschritt kürzere Arbeitszeit zur Folge haben muß. So sagte schon Aristoteles:

»Wenn jedes Werkzeug auf Befehl oder diesem zuvorkommend seine Leistung vollzöge . . ., wenn so die Webschiffe von selbst webten . . ., dann hätten weder die Meister ein Bedürfnis nach Gesellen, noch die Herren nach Sklaven.«¹⁾

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts, als das Gewerbe immer mehr industrielle Formen anzunehmen begann, sahen manche schon voraus, was die Arbeiterschaft von dieser Umbildung der Betriebsweise erhoffen durfte. Zum Beispiel schrieb Johann Gottlieb Fichte in seinem Geschlossenen Handelsstaat:

»Der Mensch soll arbeiten; aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen der selben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angstlos, mit Lust und mit Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist.«²⁾

Die gleichen Gedanken bewegten sicherlich John Stuart Mill, als er sich wie folgt äußerte:

»Menschen gehen ihres höhern Strebens ebenso wie ihrer Empfänglichkeit für geistige Genüsse verlustig, weil es ihnen an Zeit und Gelegenheit gebricht sich denselben zu überlassen, und sie geben sich niederen Vergnügungen hin, nicht als ob sie die selben mit Überlegung vorzögen, sondern weil sie entweder die ihnen einzig zugänglichen sind oder die einzigen, zu deren Genüsse sie noch fähig geblieben.«³⁾ Auch in neuester Zeit hat es, wie wir bald sehen werden, an Befürwortern einer verkürzten Arbeitszeit nicht gefehlt. Die Möglichkeit und Notwendigkeit einer solchen Verkürzung sei indes zunächst an der Hand des technischen Fortschritts selbst dargestellt.

Marx gibt im Kapital verschiedene Beispiele für die fortgesetzten Umwälzungen in der Technik. Eines der markantesten ist wohl das aus der Nähadelindustrie. Danach betrug die tägliche Produktion an Nähadeln bei Handarbeit: (18 Teilungen, 10 Mann) 48 000 Stück täglich oder 4800 Stück pro Mann; bei Maschinenarbeit: an einer Maschine täglich 145 000 Stück; und da 1 Arbeiterin 4 Maschinen bedient, 580 000 Stück täglich pro Arbeiterin.⁴⁾ Ein interessantes Beispiel aus neuerer Zeit über die Fortschritte der Technik liegt in der Ziegelindustrie vor. Die Fachziegelproduktion ergab pro Jahr und Arbeiter mit Handspindelpresse 1860 3000 Stück, mit Revolverpresse 1888 20 370 und 1899 gar 29 230 Stück. In 19 Tagen wurden früher im Schachtofen 30 000 Ziegelsteine gebrannt, während jetzt im Kammerringofen im gleichen Zeitraum deren 380 000 gebrannt werden.⁵⁾

So sehen wir auf allen Gebieten industrieller Tätigkeit diesen Umbildungsprozeß vor sich gehen. Heute tritt er nach außen hin nicht mehr besonders in die Erscheinung. Vor einem halben Jahrhundert jedoch wirkte jede nennenswerte Neuerung oder Verbesserung auf technischem Gebiet epochemachend. In unseren Tagen, da die Weiterbildung der Technik nicht mehr vom Zufall abhängt sondern systematisch gewollt ist, wird eine Neuerung kaum über den Erfahrungskreis der Fachleute hinaus bekannt und gilt auch unter diesen als Selbstverständlichkeit. Von Zeit zu Zeit nur erfaßt dann die wissenschaftliche Literatur rechnerisch die technische Entwicklung einer

¹⁾ Siehe Aristoteles Politik, deutsch von Bernays, I./Berlin 1872/, Seite 12 f.

²⁾ Siehe Fichte Werke, herausgegeben von Medicus, III./Leipzig 1912/, Seite 452 f.

³⁾ Siehe Mill Gesammelte Werke, deutsch von Wärmund/Leipzig 1869/, Seite 138.

⁴⁾ Siehe Marx Das Kapital I, 4. Auflage/Hamburg 1890/, Seite 425.

⁵⁾ Siehe Heilmann Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der deutschen Ziegelindustrie unter dem Einfluß der Technik/Leipzig 1909/, Seite 11 ff.

bestimmten Zeitspanne, und wir können daran den Weg ermessen, den das nimmer rastende menschliche Genie von neuem zurückgelegt hat. So besitzen wir aus dem letzten Jahrzehnt eine ganze Anzahl technisch-volkswirtschaftlicher Monographien, die den Entwicklungsgang einzelner Industriezweige veranschaulichen. Es mögen hier einige besonders augenfällige Beispiele für diese technische Entwicklung folgen⁶⁾:

Art der Arbeit	Erforderliche Arbeiterzahl	Kosten Mark
Dampfkesselbedienung zur Erzeugung von 1 Tonne Dampf		
durch Handbetrieb (Heizer mit Schaufel)	56	0,164
mittels Fülltrichters und Kettenrosts mit Transportband	24	0,095
Erdarbeiten: Bewegung von 1 Kubikmeter Erde		
durch Handarbeit	25	0,75
mittels Baggers	9	0,25
Kohlentransport vom Schiff: Ausladen 1 Tonne		
mittels Dampfwinde, wobei die Kohlen in Kübel geschaufelt werden	60	2,26
mittels elektrischen Brückenkrans mit Selbstgreifer	4	1,51
Ladung von Martinöfen zur Erzeugung von 1 Tonne Flußeisen		
durch Handarbeit	46	1,47
mittels Ladekrans	16	0,62
Hochofenladung zur Erzeugung von 1 Tonne Roheisen		
durch Handbetrieb (mit Kippwagen)	228	0,91
durch mechanischen Vorgang	82	0,28
Trägerverladung in einem Hüttenwerk zur Erzeugung von 1 Tonne Walzeisen		
mittels Aufzugs, vorwiegend Handarbeit	130	8,58
mittels elektrischen Krans	41	3,48
Transport glühender Blöcke in einem Stahlwerk: Beförderung 1 Tonne		
mittels Krans, vorwiegend Handarbeit	23	0,89
mittels elektrischen Krans mit gesteuerter Zange (Hebemaschine)	7	0,44

Das sind nur einige Teilausschnitte aus dem nie rastenden Gang unserer industriellen Technik. Angesichts dieser beständigen Umwälzungen, die das politische und soziale Leben der Völker fortwährend umgestalten und also auch auf die Existenz der Arbeiterschaft tiefgehenden Einfluß üben, muß auch die Arbeitsdauer von immer stärkerer Bedeutung für die Lebensgestaltung des Volkes und damit für den ganzen Staatskörper werden. Praktisch wie theoretisch arbeitende Sozialpolitiker haben dies auch längst erkannt und ausgesprochen. So meint H. Herkner:

„Im übrigen ist die Abkürzung der Arbeitszeit die wichtigste Vorbedingung für die geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes. Sie ist in einem Staate des allgemeinen Stimmrechts, in einem Staate, in dem die Arbeiter zur Selbstverwaltung herangezogen werden sollen, sogar eine politische Notwendigkeit. Wie soll der Arbeiter, welcher durch die Verfassung zur Entscheidung über die schwersten Fragen der Zeit berufen wird, von seinen Rechten einen angemessenen Gebrauch machen, wenn man ihm nicht die Muße zugesteht sich entsprechend zu unterrichten? Wie soll sich der Arbeiter einen ausgeprägten Sinn für Familienleben, für Häuslichkeit, für eine menschenwürdige Wohnung bewahren, wenn er sie beim Morgenrauen verläßt und erst in später Nachtstunde heimkehrt? Erst die Abkürzung der Ar-

⁶⁾ Siehe K a m m e r e r Die Ursachen des technischen Fortschritts (Leipzig 1910), Seite 6 ff.

beitszeit, wie sie durch die fortschreitenden technischen Verbesserungen möglich, ja sogar notwendig gemacht wird, gestattet dem Arbeiter eine allmählich wachsende Teilnahme an den Gütern der modernen Kultur, also die Annäherung an das ideale Ziel der menschlichen Entwicklung.«⁷⁾

Besonders kompetent in der Frage der Arbeitsdauer sind natürlich die Fabrik- und Gewerbeinspektoren, denen man weder Objektivität noch weitestgehende Sachkenntnis wird absprechen können. Im Berliner Gewerbeinspektionsbericht für 1907 heißt es:

»Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit hat weiter erfreuliche Fortschritte gemacht. Den im vorjährigen Bericht . . . erwähnten Gasanstalten, in denen die Ofenleute in 3 8stündigen Schichten arbeiten, haben sich 2 weitere Anlagen dieser Art angeschlossen. Bemerkenswert hierbei ist, daß sich der Direktor der Anstalt, der noch im vorigen Berichtsjahr ein scharfer Gegner der Achtstundenschicht war, nunmehr rückhaltlos als deren Anhänger bekennt. Er hat durch scharfe Beobachtung seiner Leute seine frühere Befürchtung, daß diese die vermehrte freie Zeit in wenig ersprießlicher Weise ausnutzen würden, vollkommen widerlegt gefunden. Er hat im Gegenteil wahrgenommen, daß sich die Leute vielfach während ihrer freien Zeit sonntäglich kleiden und gemeinsam mit ihren Familien spazieren gehen oder Besorgungen machen. Auch erwartet er von dieser Einrichtung einen tüchtigen, zuverlässigen und dauernd leistungsfähigen Arbeiterstamm.«

Der Jahresbericht der badischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1913 sagt:

»Die freien Nachmittage werden überall vernünftig und nutzbringend verwendet. Mißbräuche sind nirgends bemerkt worden. Von dem Vorbehalt, daß zur alten Arbeitszeit zurückgekehrt werde, falls sich Anstände ergeben, machte, soweit bekannt wurde, kein Arbeitgeber Gebrauch. Daß unverheiratete junge Leute ihre Zeit oft vertrödeln, kann nicht ins Gewicht fallen den Vorteilen gegenüber, die der Gesamtheit zugute kommen. Männer, Frauen und Hauskinder, die bisher die Mittagsmahlzeit in der Familie nur am Sonntag zu sich nehmen konnten, gewinnen einen zweiten Mittagstisch zu Hause. Die Ehepaare finden sich in häuslicher Arbeit zusammen. Ordnung und Reinlichkeit wird größer, die eigene Lebensführung wird sorgfältiger. Auch für den Vater ist manches zu tun im Hause. . . Briefe werden geschrieben, Gänge erledigt, Besorgungen gemacht. Wer eine kleine Fläche anbaut oder Vieh hält, arbeitet in Garten, Feld oder Stall. Die Frau wird entlastet. Auch die Kinder kommen mehr zu ihrem Recht. . . So ist der freie Sonnabendnachmittag ein bedeutsames Glied in der Kette sozialhygienischer Einrichtungen.«

Der Gewerbeassessor Syrup (Düsseldorf) schrieb im Jahr 1911 über die Einführung der Achtstundenschicht in der Zeitschrift Concordia:

»Es ist ohne Beweisführung anzunehmen, daß die kürzere Arbeitsschicht und die darauf folgende längere Ruhezeit die Erkrankungen und Unfälle der Arbeiter günstig beeinflussen werden, denn ein durch langwährende schwere Arbeit ermüdeten Körper ist allen gesundheitsschädlichen Einflüssen und Unfallgefahren in erhöhtem Maße zugänglich. . . Ein weiterer sehr beachtenswerter Vorteil des Achtstundentags ist in der Beseitigung der 24stündigen Wechselschichten und Vermehrung der sonntäglichen Ruhezeiten zu erblicken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Schichten von 24 Stunden Dauer eine äußerst unerwünschte Erscheinung bei der jetzigen Regelung der Arbeitszeit darstellen. . . Die wichtigste, von Seiten des Arbeiters zu stellende Vorbedingung für die Einführung des Achtstundentages wird darin bestehen, daß die Kürzung der Arbeitszeit keine Verminderung der Arbeitslöhne zur Folge haben darf. Wirtschaftliche Nachteile, die einen Rückgang in der Lebensführung des Arbeiters notwendig machen, heben durch ihre Einwirkung auf Ernährung, Wohnung und Kleidung die erlangten hygienischen Verbesserungen voll und ganz auf. . . Aus der Einführung des Achtstundentages erwachsen somit dem Arbeitnehmer erhebliche Vorteile, doch auch der Gewinn des Arbeitgebers ist nicht zu übersehen. Die nicht durch lange Arbeitszeit geschwächten Kräfte, die größere Umsicht und Aufmerksamkeit der Arbeiter, die voraussichtliche Verminderung der Zahl erkrankter und durch Unfall arbeitsunfähiger Arbeiter werden für das Unternehmen von Nutzen sein. . . In vielen Industriezweigen hat die Verkürzung der Arbeitszeit eine erhöhte stündliche Produktion des Einzelarbeiters zur Folge gehabt.«

⁷⁾ Siehe Herkner Die Arbeiterfrage, 5. Auflage /Berlin 1908/, Seite 291.

Der Gewerbeaufsichtsbeamte für Lothringen, Rick, äußert sich in seinem Jahresbericht für 1910 über die Erfahrungen einer Firma (vermutlich der Solvaywerke), die im Jahr 1906 das Dreischichtsystem eingeführt hatte, wie folgt:

»Die Fabrikunternehmen, welche das wirtschaftliche Heil in möglichst langer Arbeitszeit zu finden glauben, verschwinden immer mehr. Nicht allein aus sozialen Gründen ist die kurze Arbeitszeit wünschenswert, sie entspricht auch meist den Interessen des Unternehmers, insbesondere bei tüchtiger Leitung. Wenn durch zweckmäßige Organisation und durch zeitgemäße maschinelle Einrichtungen dafür Sorge getragen wird, daß der Arbeiter diejenige dauernde Höchstleistung hervorbringt, welche er ohne Schädigung seiner Gesundheit erreichen kann, wird die höchste Wirtschaftlichkeit weit eher bei kürzerer, denn bei längerer als der üblichen Arbeitszeit erreicht . . . In einer größeren Fabrik, in welcher der kontinuierliche Tag- und Nachtbetrieb sehr ausgedehnt ist, wurden Ende 1906 an Stelle von 2 12stündigen Arbeitsschichten 3 8stündige Schichten pro Tag eingeführt und gleichzeitig die Arbeitsschicht für die reinen Tagearbeiter von 10¹/₂ auf 9¹/₂ Stunden vermindert. Da dem Gewerbeaufsichtsbeamten die Bücher und die Mithilfe der Beamten bereitwilligst zur Verfügung gestellt wurden, konnte ein möglichst genaues wirtschaftliches Ergebnis dieser Änderung festgestellt werden. . . Das rechnungsmäßig erhaltene Gesamtergebnis ist kurz folgendes: Die Zahl der Arbeiter mußte alsbald nach Einführung der kürzeren Arbeitsschichten um 15 % erhöht werden, um die selbe Produktion zu erzielen wie vorher, konnte jedoch nach und nach, immer bei Annahme einer gleichen Produktion, innerhalb dreier Jahre in dem Maße verringert werden, daß die jetzige Arbeiterzahl weit geringer ist (ebenfalls um 15 %) als die ursprüngliche, vor der Verkürzung der Arbeitszeit vorhandene. Ungeachtet der . . . Lohnerhöhung . . . haben sich die Kosten für die Löhne dennoch nicht vermehrt; dazu ergab sich ein großer materieller Vorteil dadurch, daß die nunmehr in den wöchentlichen . . . Wechselschichten von jetzt 12 Stunden erzeugten Waren von guter Beschaffenheit sind, während die in der zweiten Hälfte der früheren 24stündigen Wechselschichten hergestellten Fabrikate stets minderwertig, oft sogar unbrauchbar waren. . . Als besonders interessant mag noch angeführt werden, daß bei den eigentlichen Fabrikationsarbeiten . . . sich die erhöhte Arbeitsleistung für sämtliche Betriebsabteilungen auf durchschnittlich 25,6 % berechnet, wovon 8 % auf die maschinellen Verbesserungen und 17,6 % auf die individuellen Mehrleistungen der Arbeiter entfallen.«

Der bayrische Gewerberat Hertl (München) sagte Anfang 1911 in einem Vortrag über die Folgen zu langer Arbeitszeit:

»Auch für die männlichen erwachsenen Arbeiter sind die Folgen eines zu langen Arbeitstages ernste. Gesundheit, Lebens- und Arbeitskraft werden vorzeitig untergraben, der Körper wird siech und für Gewerkrankheiten empfindlich, das Aussehen um 10 bis 20 Jahre vor der Zeit greisenhaft. Das ganze Dasein beschränkt sich auf die Anforderungen der Berufsarbeit und den notwendigen Schlaf, steht also kaum über dem tierischen Vegetieren. Geselligkeit, Betätigung der geistigen Kräfte, Anteilnahme an den Angelegenheiten der Gesellschaft und des Staates, an entwickelter Kultur entfällt ganz oder sinkt auf ein Mindestmaß.«

Selbst die deutsche Reichsregierung hat ein wichtiges Dokument zugunsten verkürzter Arbeitszeit geliefert. Im Jahr 1911 fand in Turin eine Weltausstellung statt, auf der auch Deutschland vertreten war. Unter Subventionierung des Reichs wurde für die deutsche Abteilung ein Katalog herausgegeben, der in seinem Vorwort den industriellen Aufschwung Deutschlands seit 1870 schildert. Er berichtet auch über die Anteilnahme der Arbeiter an den Riesenfortschritten des Landes. Er weist auf die verschiedensten Bildungsgelegenheiten für Arbeiter hin (die Arbeiterorganisationen sind übrigens dabei nicht genannt) und stellt fest, daß dadurch die deutschen Industriearbeiter zu den bestqualifizierten der Welt herangebildet worden sind. Die Industrie ziehe dauernden unermesslichen Nutzen aus dieser Volksbildung. Dann zieht der amtliche Verfasser des Vorworts folgende Schlußfolgerungen:

»Alle diese Einrichtungen . . . ermöglichen, daß insbesondere dort, wo es sich um Maschinenarbeit handelt, mit größter Intensität produziert werden kann, wie man denn die Erfahrung gemacht hat, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit zum mindesten für qualifizierte Arbeiter nicht etwa einen Rückgang der Produktion, sondern im Gegenteil eine Zunahme derselben im Gefolge hat.«

Wichtiges Material für die Möglichkeit, Nützlichkeit und Notwendigkeit kürzerer Arbeitszeit brachte die Internationale-Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz bei. Sie setzte auf ihrem im September 1910 in Lugano abgehaltenen Kongreß eine Spezialkommission zur Untersuchung der Arbeitszeit in kontinuierlichen Betrieben ein. Die Kommission erstattete dann dem Züricher Kongreß /1912/ Bericht. Es seien daraus hier einige wichtige Stellen wiedergegeben; wichtig insbesondere auch deshalb, weil es sich um Unternehmerrassagen handelt:

Von den von der Kommission vernommenen englischen Unternehmern erklärten die Vertreter der chemischen Fabrik Brunner, Mond & Co. und der Maschinenfabrik Mather & Platt, bei ihnen habe »die Einführung der Achtstundenschicht eine sichtliche Besserung in bezug auf Nüchternheit und Gesundheit der Arbeiter herbeigeführt«. Sir Alfred Mond erklärte außerdem: »Wenn mein persönliches Urteil einen Wert hat, so zögere ich nicht zu erklären, daß für Öfen, die kontinuierliche Bedienung brauchen, die Achtstundenschicht das richtige System ist, und daß bei der entsprechenden Organisation für den Industriellen sich bessere Ergebnisse erzielen lassen, wenn man seine Arbeiter nur durch eine solche Anzahl von Stunden beschäftigt, die ihren Geist und Körper schaffensfreudig erhalten, als wenn man an Löhnen dadurch sparen will, daß man die Arbeiter über die Grenzen ihrer besten Leistungsfähigkeit hinaus anstrengt.« Die Maschinenbauanstalt Mather & Platt führte für ihre 1200 Arbeiter den 8stündigen Arbeitstag ein respektive die 48stündige Woche. Der Chef, Sir John William Mather, erklärte der Kommission: »Das wahre Mittel die Produktion zu heben ist die Steigerung der Produktivkraft der Menschen und der Maschinen. . . Die wirtschaftliche Produktionsweise ergibt sich dann, wenn die Arbeiter nur so lange beschäftigt werden, als sie auf der Höhe stehen. Sobald dieses Stadium erreicht ist, ist ihre weitere Arbeit wirtschaftlich minderwertig.« Herr Crosfield, der Chef der bekannten Seifen- und Chemikalienfabrik in Warrington, erklärte, daß sich in seinen Betrieben die Verkürzung der Arbeitszeit vom kommerziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt als absolut gerechtfertigt erwiesen habe, und daß die Angestellten daraus enorme geistige und körperliche Vorteile zögen. Nicht nur in den ununterbrochenen sondern auch in anderen Betrieben sei das festzustellen. Er fügte hinzu, auf Grund der Erfahrung der Leute, die sowohl unter 12stündigen Schichten als 8stündigen Schichten in kontinuierlichen Prozessen gearbeitet hatten, nach einem Vergleich des Standes der Dinge in denjenigen Landesteilen, in denen lange Arbeitszeiten herrschten, und jenen, die den 8stündigen Betrieb hatten, komme ihm der Gegensatz vor wie jener zwischen Barbarei und Kultur. Ungemein lehrreich und interessant ist auch die folgende Äußerung des Herrn Crosfield: Bestimmte englische Arbeitgeber, die das Dreischichtensystem eingeführt haben, hätten zu ihm geäußert, daß sie gar nicht den dringenden Wunsch hegten dieses System auf dem Festlande eingeführt zu sehen; sie würden es vorziehen die Vorteile der Achtstundenschicht für sich zu behalten. Der amerikanische Kongreßausschuß kam anlässlich der Erörterung der Zollrevision zu dem Schluß, »daß Papier am billigsten in den Fabriken hergestellt werde, in denen das Dreischichtensystem besteht, dank der bessern und wirksamern Arbeit, die wahrscheinlich durch diese Methode der Schichteinteilung ermöglicht worden sei«. Die Spezialkommission selbst bemerkt: »Diese wichtigen und charakteristischen Erfahrungen . . . illustrieren auf das treffendste die ökonomischen und sittlichen Wirkungen der Kürzung der Arbeitszeit. Sie beweisen, daß in vielen Fällen die Einführung der Achtstundenschicht zum direkten wirtschaftlichen Vorteil ausschlägt, und daß der Widerstand gegen kurze Schichten einfach auf eingewurzelten Vorurteilen beruht.«³⁾

Aus allen diesen Gründen kam die Kommission zu dem Entschluß die Re-

³⁾ Siehe den Verhandlungsbericht der 7. Generalversammlung des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz /Jena 1912/. Seite 162 ff.

gierungen zu ersuchen die Achtstundenschicht gesetzlich einzuführen, und zwar »im Interesse des körperlichen und sittlichen Wohlergehens der Arbeiter und im sozialen und volkswirtschaftlichen Interesse«. Im Anschluß an diesen Bericht nahm der Kongreß die folgende Resolution an:

»1. Gestützt auf die Beschlüsse der Delegiertenversammlung von Lugano und auf die von der Spezialkommission von London angeführten Tatsachen ist die Delegiertenversammlung der Ansicht, daß die Achtstundenschicht in Industrien mit ununterbrochenem Betriebe (Tag- und Nachtarbeit) das beste Schichtsystem ist, und sie empfiehlt es lebhaft vom Standpunkte des körperlichen und sittlichen Wohlergehens der Arbeiter und im sozialen und volkswirtschaftlichen Interesse.

2. Die Delegiertenversammlung erachtet auf Grund der Berichte der einzelnen Landessektionen, daß die Achtstundenschicht für die schichtweise bei ununterbrochener Arbeit beschäftigten Arbeiter an den Hochöfen und in den Eisenhütten, Stahl- und Walzwerken notwendig und durchführbar ist. Sie fordert das Bureau der Internationalen Vereinigung auf an den schweizerischen Bundesrat die Bitte zu richten baldmöglichst eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen, mit der Aufgabe eine Vereinbarung über die Einführung der Achtstundenschicht für die vorgenannten Arbeiter anzustreben.

3. Die Delegiertenversammlung ist der Ansicht, die Studien betreffend die Glashütten seien genügend vorgeschritten, um ein internationales Übereinkommen, mindestens auf der Grundlage von durchschnittlich 56 Wochenstunden mit einer ununterbrochenen 24stündigen Ruhezeit zu verlangen. Das Bureau wird beauftragt den hierfür geeignetsten Zeitpunkt zu wählen.

4. Was die übrigen Industrien betrifft, ist die Delegiertenversammlung der Ansicht, die Landessektionen möchten durch Studien die Anwendung des Achtstundentages oder einer entsprechenden Woche vorbereiten: a) in den unterbrochenen Betrieben sowohl da, wo der Arbeitstag (pflichtmäßige Anwesenheit im Betriebe) 10 Stunden innerhalb eines 24stündigen Zeitraumes überschreitet, als auch da, wo die Schichten an mehr als 6 Tagen der Woche Arbeit verrichten; b) und auch in denjenigen Industrien (zum Beispiel Papier-, Holzmasse- und chemischen Industrie), für welche die Verhältnisse für das Dreischichtensystem in manchen Ländern reif zu sein scheinen.«⁹⁾

Seit dieser Tagung sind 5 Jahre vergangen, die Technik ist wieder fortgeschritten, insbesondere dürfte sich während des Krieges eine weitere maschinelle Vervollkommnung auf allen Gebieten vollzogen haben.

So wurde für die Zuckerindustrie eine neue, Kraft und Zeit sparende Maschine: die Sackstapelmaschine, auf den Markt gebracht. Über die Zwecke, denen sie dienen soll, berichtete das Wochenorgan der Zuckerindustriellen, die Deutsche Zuckerindustrie. Nach diesem Bericht hielt der Technische Verein für Zuckerfabrikanten (Sitz Magdeburg) am 26. April 1916 seine ordentliche Versammlung ab. Mehrere Fabrikanten machten Angaben über ihre Erfahrungen mit der Sackstapelmaschine. Direktor Baumann (Rositz) empfahl die Anschaffung dieser Maschine, deren er selbst 3 im Betrieb habe. Frauen fahren die Säcke der Maschine zu:

»Die Frauen waren bei der Hälfte des Lohnes der früheren Arbeiter mit ihrem Verdienst zufrieden, und wir leisteten mehr als früher.«

Der Mitbesitzer der Zuckerraffinerie Magdeburg-Neustadt W. Freise erklärte: »Wir haben nicht nur gute Erfahrungen damit [mit der Stapelmaschine] gemacht, sondern sie hat uns geradezu die Aufrechterhaltung des Betriebes gerettet; denn die Magdeburger Stapelarbeiter sind zum größten Teil eingezogen und hatten es zum andern Teil vorgezogen in den Munitionsfabriken zu arbeiten, wo sie viel mehr verdienen können als bei uns. . . Die Stapelmaschine ist auch ein guter Streikbrecher; denn wenn Sie den aufsässigen Arbeitern sagen können, da steht schon eine Maschine, und es soll noch eine neue Maschine angeschafft werden, so sind die Arbeiter schon viel gefügiger geworden.«

⁹⁾ Siehe den in Note 8 erwähnten Verhandlungsbericht, Anhang Seite 6 f.

Solche Äußerungen sind gewiß nicht für alle Unternehmer maßgebend, aber sie scheinen symptomatisch für das geringe soziale Verständnis der Zuckerindustriellen zu sein. Hierfür möge ein weiteres Beispiel dienen. Bereits am 15. August 1914, also 10 Tage nach Erlaß der Notgesetze, richtete der Verein der deutschen Zuckerindustrie an den Staatssekretär des Innern eine Eingabe »hochgeneigtest für die Rohzuckerfabriken und die Raffinerieen den Bestimmungen des Notgesetzes vom 4. August 1914 entsprechend die Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter bis auf weiteres aufheben zu wollen«. Mit anderen Worten: Für Frauen und Jugendliche sollte der Arbeiterschutz gänzlich beseitigt werden. Das Gesuch wurde am 17. April 1915 erneuert, fand aber keine Berücksichtigung.

Eine vollkommene Würdigung dieser Eingabe ist nur möglich, wenn man die Arbeitsverhältnisse in dieser Industrie kennt. Die Organisation konnte sich dort bis jetzt nur geringen Eingang verschaffen. Es kommt hinzu, daß, wenigstens bisher, in der Rohzuckerindustrie viele Ausländer beschäftigt wurden. Eine im Geschäftsjahr 1912-1913 vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands aufgenommene Statistik erfaßte 115 Rohzuckerfabriken mit 24 002 Beschäftigten.¹⁰⁾ Sie stellte fest, daß in zahlreichen Fällen 130 Arbeitsstunden in der Woche auf den einzelnen Arbeiter entfielen. Von den 115 Fabriken gewährten 55 oder 47,83 % keine oder nur ungenügende Pausen. Ähnliche Zustände haben sich während des Krieges auch in anderen Industriezweigen herausgebildet. Besonders in der Metallindustrie wurde wiederholt über zu intensive Anspannung der weiblichen Arbeitskräfte geklagt.¹¹⁾ Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm wiederholt Stellung zu der Frage. So auch in der Sitzung des Reichstags vom 14. Januar 1916. Die Regierung erklärte darauf durch den Direktor im Reichsamt des Innern Caspar:

»Eine übermäßige Beschäftigung der Frauen in gewerblicher Arbeit gibt zweifellos Anlaß zu ersten Bedenken. Auf demselben Standpunkt hat auch der Herr Staatssekretär des Innern und der Herr Reichskanzler von Anfang an gestanden, als durch das bekannte Gesetz vom 4. August vorigen Jahres Ausnahmen von den gesetzlichen Vorschriften über die Beschränkung der Frauenarbeit während des Krieges zugelassen wurden. Gleich nach Erlaß des Gesetzes ist durch ein Rundschreiben an alle Bundesregierungen (das auch den Weg zur Presse gefunden hat) darauf hingewiesen worden, daß von dieser Befugnis nur mit großer Vorsicht und nach Maßgabe dringenden Bedürfnisses Gebrauch gemacht werden dürfte. Es ist auch nach dieser Anregung des Herrn Reichskanzlers in allen Bundesstaaten so verfahren worden.«

Schon im Jahr 1914 veröffentlichte die Heeresverwaltung folgende Grundsätze über Art und Dauer der Beschäftigung der Arbeiter:

1. Überstundenarbeit ist zu vermeiden, wenn die Verhältnisse es gestatten die Aufträge mit einer 9stündigen oder kürzern Arbeitszeit durch Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitern zu bewältigen.
2. Wo zurzeit in mehr als 9stündigen Schichten gearbeitet wird, ist auf die Einführung 8stündiger Schichten hinzuwirken, sobald die Leistung des Betriebes eine Änderung der Arbeitseinteilung ohne Nachteil für die rechtzeitige Erledigung der Aufträge zuläßt.¹²⁾

Auch einige Generalkommandos haben entsprechende Anweisungen gegeben.

Wir hoffen und wünschen, daß diese aus der wirtschaftlichen Not geborene Erkenntnis der Behörden über die Notwendigkeit möglichst kurzer Arbeits-

¹⁰⁾ Siehe Die deutsche Zuckerindustrie, statistische Ermittlungen /Hannover 1914/, Seite 20 f.

¹¹⁾ Siehe Handbuch des Metallarbeiterverbandes für 1915 /Stuttgart 1915/, Seite 12.

¹²⁾ Siehe Heeresverwaltung und Arbeiterbeschäftigung, im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 17. Oktober 1914.

zeit auch über den Krieg hinaus anhält. Die Unternehmer standen bisher im allgemeinen einer Verkürzung der Arbeitszeit ablehnend gegenüber. Doch gab und gibt es auch unter ihnen Ausnahmen. So hat sich der Direktor der Frankfurter Gold- und Silberscheideanstalt Fritz Roeßler mit folgenden Worten für die verkürzte Arbeitszeit ausgesprochen:

»Diese Bildungsinstitute können . . . ihren Zweck nur erfüllen, wenn der Arbeiter nach des Tages Arbeit noch geistig aufnahmefähig ist und ihm neben seinem Berufe Zeit bleibt für seine eigene und seiner Familie Erziehung und Fortbildung zu sorgen. Von diesem Gesichtspunkte ist die Forderung einer angemessenen Verkürzung der Arbeitszeit nicht von der Hand zu weisen. Die Gefahr, daß die Arbeiter die freie Zeit im Wirtshaus oder sonst nutzlos oder gar schädlich verbringen, wird meines Erachtens ganz außerordentlich überschätzt. Wenigstens habe ich in mehreren Fabriken, in welchen seit vielen Jahren die 8stündige Arbeitsschicht besteht, keinerlei schlechte Erfahrungen nach dieser Richtung gemacht.«¹³⁾

Als Argument gegen die Arbeitszeitverkürzung führen die Unternehmer gern an, die Industrie würde damit der ausländischen gegenüber konkurrenzunfähig. Demgegenüber ist zu betonen: Kurze Arbeitszeit hebt die geistige und körperliche Tüchtigkeit der Arbeiterschaft und fördert den technischen Fortschritt. Sozialpolitisch und volkswirtschaftlich geschulte Unternehmer sind sich darüber auch klar. Sie glauben, daß bei kurzer Arbeitszeit sich die Konkurrenzfähigkeit erst recht erhöhen werde. Zudem sind wir während des Krieges in unseren sozialpolitischen Einrichtungen schon ins Hintertreffen geraten. So hat die Schweiz für alle Arbeiter den gesetzlichen Zehnstundentag eingeführt; am Tag vor Sonn- und Festtagen darf nur 9 Stunden gearbeitet werden, für ununterbrochenen Betrieb besteht die Achtstundenschicht. In Portugal beträgt der Höchstarbeitstag gleichfalls nur 10 Stunden, in gesundheitsschädigenden und kontinuierlichen Betrieben 8 Stunden und für Bank- und Bureauangestellte 7 Stunden. Auch in Norwegen ist bereits der 10stündige Höchstarbeitstag respektive die 54stündige Arbeitswoche in Kraft getreten; für Gruben, Hütten und Druckereien gilt die Achtstundenschicht. Uruguay hat heute für alle Arbeiter und Angestellten den Achtstundentag.

Wir haben also manches nachzuholen. Dazu mahnen auch die Berichte der Berufsgenossenschaften. Die von Jahr zu Jahr steigenden Unfallziffern sind wenigstens mit auf das Konto intensiver Anspannung der Arbeitskräfte zu setzen. Auch im Jahr 1915 hat die Zahl der Unfälle relativ zugenommen. Zum Beweis dafür führe ich Zahlen aus einigen Berufsgenossenschaften an:

Beruf	Anzahl der gemeldeten Unfälle			
	überhaupt		auf 1000 Versicherte	
	1914	1915	1914	1915
Chemische Industrie	13 279	12 401	53,02	55,35
Ziegelindustrie	5 511	2 632	30,40	35,49
Papierindustrie	4 556	4 124	54,50	59,07
Zuckerindustrie	2 528	1 942	26,53	26,89

Eine große Anzahl Kriegsinvaliden wird nach dem Krieg in die Industrie zurückströmen. Bei vielen wird die frühere körperliche Widerstandsfähigkeit nicht mehr vorhanden sein. Es geht meines Erachtens nicht an, daß diese Leute in langer Arbeitszeit und schließlich unter Anwendung Taylorscher Arbeitsmethoden ein Menschenalter lang die Unfallziffern erhöhen.

¹³⁾ Siehe Vom innern Frieden des deutschen Volkes, herausgegeben von Thimme /Leipzig 1916/, Seite 347.

Da auch die Frauen viele neuerworbene Positionen in Handel, Gewerbe und Industrie nach dem Krieg behalten werden, so ist ein Grund mehr gegeben auf verkürzte Arbeitszeit zu drängen. Frauenarbeit, Kindersterblichkeit und damit das ganze Bevölkerungsproblem sind nicht zu trennen.

Unter den vielen Gründen für eine Verkürzung der Arbeitszeit stehen heute an erster Stelle: 1. der hohe Stand der Technik, 2. die intensive Anspannung der Beschäftigten, 3. die große Zahl der weiblichen Arbeitskräfte. Die beruflichen Einzelfragen der Arbeitszeitverkürzung sind von den zuständigen Gewerkschaften zu regeln. Aber auch die Partei wird sich mit diesem Problem in Zukunft noch mehr als bisher zu beschäftigen haben. So sei nur an die staatlichen Produktionsmonopole erinnert.

Nicht lediglich und einzig im Interesse der Arbeiterschaft liegt eine Verkürzung der Arbeitszeit. Vor allem liegt sie im Interesse des Volksganzen. Sie fördert die nationale Produktion und erhebt sie zu höherer Qualität. Die Produktionspolitik wird aber die wichtigste Aufgabe unseres Volkes beim Aufbau seiner Wirtschaft nach dem Krieg sein.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Geistige Bewegung / Wally Zepler

Arbeiterbildung Mit dem immer gewaltigen wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse in allen Kulturländern ist ein ganz neues, zugleich geistiges und praktisch politisches Problem erstanden: die Arbeiterbildungsfrage. Zunächst lehnte sich das wachsende Selbstbewußtsein des modernen Proletariats naturgemäß gegen die scharfe geistige Klassenscheidung, die gesellschaftliche Minderbewertung des sogenannten Ungebildeten auf. Sehr bald erschloß sich ihm aber auch die praktische Bedeutung einer vollen Beherrschung des formalen Bildungstoffs für die Arbeit des Agitators, Partei- und Gewerkschaftsbeamten, Parlamentariers usw. Wissen wurde ihm Macht, geistige Waffe im Klassenkampf. Und endlich als höchstes Moment: Mit der wirtschaftlichen Besserstellung erwachte in ihm die Sehnsucht nach vollem Menschentum; Wissens- und Erkenntnistrieb werden Selbstzweck.

Diese Entwicklung vollzog sich in sehr ähnlichen Formen auch unter den abweichenden sozialen und politischen Verhältnissen der einzelnen Nationen. Dagegen wird das Problem praktisch von ihnen verschieden angefaßt. Zwei Methoden stehen sich dabei deutlich gegenüber: die Hilfeleistung von oben, durch sozial denkende Gebildete, und die Selbsthilfe.

Der sozialdemokratische deutsche Arbeiter schuf sich eigene Bildungsorganisationen: Lese- und Diskutierklubs, dann systematischer aufgebaute Lehrinrichtungen, wie die Berliner Arbeiterbildungsschule, die Partei- und Gewerkschaftsschule, die Kurse der Jugendausschüsse und schließlich die Bildungsausschüsse mit dem Kopf der Bildungszentrale.

Als die Idee einer Arbeiterbildungsschule 1891 von Wilhelm Liebknecht propagiert wurde, fand sie stürmische Zustimmung im Berliner Proletariat. Tausende von Teilnehmern meldeten sich, so daß man die Kurse gleich mit einem ziemlich reichen Programm aufnahm. Aber innerhalb weniger Jahre schwand die Begeisterung; sogar der Fortbestand der Schule schien gefährdet. Nach einer Reorganisation und Einschränkung des Unterrichts wuchs die Schülerzahl wieder langsam; im Winter 1905/1906 wurden 1189 männliche und 93 weibliche Besucher gezählt.

In gleicher Richtung gingen die Lehrkurse und Vorträge der Jugend- und Bildungsausschüsse. Örtliche Bildungsausschüsse wurden nach eingehenden Verhandlungen über die Bildungsfrage auf dem Mannheimer Parteitag /1906/ eingesetzt, von einer Zentrale in Berlin beraten und, wenn nötig, materiell unterstützt. 1910 existierten solche Ausschüsse in 314, 1913 bereits in 791, das heißt in fast allen größeren Orten. Den Hauptwert legte der Zentralausschuß auf die Organisation von Lehrkursen in

Volkswirtschaft, Geschichte (mit besonderer Betonung der materialistischen Geschichtsauffassung), Erklärung der Marx'schen Theorien. Da nur wenige Lehrer zur Verfügung standen, wurden 2 Genossen als Wanderlehrer angestellt, die ganz Deutschland bereisten. An den Kursen nahmen 1910 rund 36 000, 1913 rund 44 000 Besucher teil, davon etwa ein Zehntel Frauen. Daneben hörten 1913 rund 178 000 Arbeiter und Arbeiterinnen Einzelvorträge der Bildungsausschüsse. Künstlerische Veranstaltungen, Theatervorstellungen usw. gehörten ebenfalls zu dem Tätigkeitsbereich der Ausschüsse; sie werden in dieser Rundschau in einem besondern Abschnitt über die künstlerische Bildungsarbeit im Proletariat besprochen werden.

Die Vorträge und Kurse der Jugendausschüsse unterschieden sich prinzipiell in nichts von denen für Erwachsene. Sie erfordern aber, da sie sich eben an die Jugend wenden, eine besondere Bewertung im Rahmen einer Darstellung der Jugendbewegung, die gleichfalls hier zurückgestellt werden muß.

Fester umschriebenen Zwecken: der gründlicheren theoretischen Vorbildung von Agitatoren und Schriftstellern, sollte die Parteischule dienen. Schon 1891 auf dem Erfurter Parteitag war die Gründung einer solchen Schule beantragt, dort aber abgelehnt worden. 1906 in Mannheim wurde sie beschlossen und bereits im November des selben Jahres ausgeführt. Partei- und, in geringerer Zahl, Gewerkschaftsorganisationen (doch blieben die von den Gewerkschaften zu besetzenden Stellen bald zum Teil leer) delegierten geeignete Schüler für den halbjährigen vollen Tageskursus und trugen die Kosten für Unterricht und Unterhaltung. 25 bis 30 Arbeiter (darunter meist etwa 3 Frauen) nahmen in jedem Semester teil; Hauptunterrichtsgegenstände bildeten Nationalökonomie, Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung, allgemeine Geschichte, Gedankenausdruck. Die Gewerkschaftskurse, die mehrere Jahre stattfanden, verfolgten innerhalb der Gewerkschaftsaufgaben die gleichen Ziele. Ihre Dauer betrug 4 bis 6 Wochen.

Mit Kriegsausbruch stellte die Parteischule wie fast alle anderen Bildungsorganisationen ihre Arbeit ein. Nur die örtlichen Bildungsausschüsse hielten sich durch Theatervorstellungen und dergleichen an manchen Orten über Wasser.

Wo liegen Vorzüge und Mängel dieser

deutschen Form der Arbeiterbildung? Man hat in der Arbeiterbildungs- und der Parteischule am Schluß der Kurse die Schüler selbst über Form und Wert des Unterrichts befragt. Sie sprachen meist ihre volle Befriedigung darüber aus. Indes sind solche Urteile unter dem unmittelbaren Eindruck des Gehörten und der Lehrerschaft wenig maßgebend. Erst reifere Lebenserfahrung kann hier einen richtigen Maßstab finden. Ebenso ist es sehr schwer die geistigen Resultate dieser Bildungsarbeit an einer großen fluktuierenden Masse von außen festzustellen. Die Kernpunkte des Problems sind jedenfalls diese: Ist es möglich durch intensive Tagesarbeit erschöpfte, auf den verschiedensten Entwicklungsstufen stehende, verschieden vorgebildete Menschen in Einzel- oder 10- bis 20stündigen Vorträgen in die Methodik einer Wissenschaft einzuführen oder sie auch nur mit deren Hauptergebnissen bekannt zu machen? Ferner: Soll der Unterricht (besonders der eingehende einer Anstalt wie der Parteischule) möglichst neutral sein, das heißt soll der Lehrer die eigenen Meinungen zurückdämmen und den Lernenden nur das Material zu selbständigem Durchdenken des Erörterten in die Hand zu geben suchen, oder braucht der Arbeiter gerade die Sicherheit bestimmter (hier also sozialistischer) Überzeugungen? Weiter bliebe zu erörtern, ob die Elementarbildung, soweit die Volksschule darin Mängel hinterläßt, mit in den Aufgabenkreis der Arbeiterbildungsbestrebungen zu ziehen ist. Auf diesen Punkt wird in einem besondern Abschnitt über die Studentenkurse zurückzukommen sein.

Um eine etwas breitere Grundlage zur Beantwortung dieser Fragen zu gewinnen, veranstaltete ich vor Kriegsausbruch, in Gemeinschaft mit der Vorsitzenden des Berliner Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, unter den Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionären eine sehr eingehende Bildungsenquête, deren Veröffentlichung infolge der Kriegsverhältnisse bisher unterbleiben mußte. Ihre hier nur anzudeutenden Resultate werfen in der Tat scharfe Schlaglichter auf jene Probleme. Die Mehrzahl der Beantworter weist auf die Unzulänglichkeit kurzer Abendkurse für ein Erfassen schwieriger theoretischer Gedankengänge, auf die körperliche Übermüdung nach der Tagesarbeit und den Mangel der nötigen Vorkenntnisse hin. Das mar-

ternde Gefühl der Halbbildung und des spätern geistigen Stillstands quält gerade die intelligentesten unter den Arbeitern. Die weniger kritischen Geister glauben umgekehrt mit unbeirrbarer Sicherheit an die erlernten Formeln, und um so mehr, je verschlossener ihnen der innere Sinn der Theorien bleibt und je weniger sie sich der Bedingtheit aller Anschauungsformen bewußt werden. Der von vornherein zum Sozialismus neigende, durch ein Buch, eine Versammlung oder die Propaganda der Berufsgenossen für die Partei gewonnene Arbeiter sucht in den Bildungsvorträgen die wissenschaftliche Begründung seiner politischen Stellungnahme. Diese Vorträge und Kurse aber bleiben von Wissenschaftlichkeit weit entfernt; sie können nur Denkresultate, nicht *Methoden* geben, denn sie halten in erster Linie ihren Zweck: die Ausbildung zum *Partei*mitglied, im Auge. Die Partei-schule zeigte diese Einseitigkeit in schärfster Form. Sie drillte geradezu die Schüler zum Glauben an bestimmte Thesen und zog so einen Stamm junger Genossen heran, denen die leiseste Abweichung der Theorie von dem erlernten Schema schon ein Sakrilegium schien. Ein Korrigens durch abweichende Meinungen anderer Lehrer war nicht vorhanden; 6 bis 8 ausgeprägt nach einer Seite orientierten Genossen war der geistige Nachwuchs der Partei vollkommen in die Hand gegeben.

In Österreich folgte man im großen und ganzen in der Arbeiterbildungsfrage dem deutschen Beispiel. 1909 wurde dort eine Zentralstelle für das Bildungswesen nach dem Muster der unsern geschaffen, die in ähnlicher Art überall örtliche Bildungsausschüsse ins Leben rief. Gestützt wurde ihre Tätigkeit durch ein eigenes Organ, die in Wien erscheinende, vom Unterrichts-ausschuß der Wiener Arbeiterorganisationen gegründete Bildungsarbeit.

Ganz andere Wege schlug dagegen, entsprechend den andersartigen Verhältnissen, die Bildungsbewegung in England und Amerika wie in Skandinavien ein. Ich werde sie in einem weitern Referat kurz darzustellen suchen, so daß sich aus dem Vergleich eine Grundlage für die Beurteilung des Für und Wider bei beiden Formen gewinnen läßt.

Blindenfürsorge Als besonderer Zweig der Kriegsinvalidenfürsorge hat sich die Fürsorge für die Kriegsblinden herausgebildet. Sie muß

natürlich in ihren Maßnahmen nach der Vorbildung, dem frühern Beruf und der persönlichen Befähigung des Erblindeten unterscheiden. In allen Fällen handelt es sich darum ihn wieder einem Beruf zuzuführen, der ihm zum Lebensinhalt werden und ihm zugleich den neben der Rente notwendigen Verdienst verschaffen kann. Dem frühern Schema folgend, begann man zuerst mit der Ausbildung in den üblichen Blindenbeschäftigungen: der Korbflechtereier, Bürstenmacherei usw. Der bekannte Augenarzt P. Silex in Berlin, der hier in der Sankt Maria-Viktoria-Heilanstalt eine relativ große Anzahl Kriegsblinder behandelte, wie andere Ärzte und Fürsorgestellenleiter sahen indes bald ein, daß für viele Erblindete solche Arbeiten auf die Dauer weder seelisch befriedigend noch materiell aussichtsreich genug seien. Der Gedanke lag nahe sie, wenn irgend möglich, ihrem frühern Beruf wieder zuzuführen. Silex fand für diese Aufgabe in der Blindenlehrerin Betty Hirsch in der genannten Krankenanstalt eine außerordentlich eifrige, mit allen Methoden des Blindenunterrichts vertraute Helferin.

Zunächst wurden alle Blinden, soweit sie körperlich und geistig dazu befähigt waren, im Lesen und Schreiben, der Blindenvoll- und -kurzschrift sowie im gewöhnlichen Maschinenschreiben unterrichtet. Geeignete Kräfte konnten daraufhin schon als Stenotypisten, Buchhalter, Korrespondenten oder auch in kaufmännischen Berufen angestellt werden. Für die einstigen Arbeiter und Handwerker wurde der systematische Versuch gemacht in ihren Gewerben passende Teilbeschäftigungen zu entdecken, in denen auch der Blinde volle Arbeitsfähigkeit erlangen könnte. Verschiedene Großindustrielle stellten ihre Betriebe zum Zweck dieser Untersuchung zur Verfügung. Nach Feststellung solcher Teilarbeiten gelang es hier wie auch in der Beratungsstelle für Kriegsinvalide in Stuttgart durch geschickte Auswahl der Bewerber vorzügliche Resultate zu erzielen, den Blinden eine zusagende und materiell lohnende Tätigkeit zu verschaffen.

Ganz andere Aufgaben sind in der Fürsorge für die erblindeten Akademiker zu lösen. Die Vorbedingung für ihr geistiges Fortkommen ist selbstverständlich ebenso, und für sie in noch höherm Grad, Beherrschung der besten Lese- und Schriftsysteme. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß man sich in Eng-

land kurz vor Kriegsausbruch mit der Konstruktion eines neuen Lichthörers für Blinde beschäftigte, den der Erfinder, Fournier d'Albe, in der Londoner Akademie der Wissenschaften unter dem Namen Optophon vorführte. Betty Hirsch, die noch bei Kriegsbeginn mit dem Erfinder an seiner Vervollkommnung arbeitete, berichtete im Zeitgeist vom 28. Juni 1915, es sei ihnen damals gelungen 10 bis 12 gedruckte Buchstaben durch den Apparat zu hören, das heißt an dem durch ihre Form ausgelösten Ton zu erkennen. Weitere Experimente wurden durch den Krieg unmöglich gemacht, da die nötigen Einzelapparateile (ausländische Patente) nicht mehr zu beschaffen waren. Solange solche Methoden des unmittelbaren Lesens noch Zukunftsmusik bleiben, ist jedenfalls der blinde Akademiker für sein Studium auf die Übertragung der wichtigsten Schriftwerke in Blindenschrift oder -druck angewiesen.

Der erste uns bekannte Blindendruck wurde 1786 von Valentin Haüy in Paris ausgeführt, 1811 wird das erste Blindenbuch gedruckt. Aber erst mit der, auch den Druck sehr vereinfachenden Erfindung der berühmten Punktschrift durch den Blindenlehrer Braille (veröffentlicht im Jahr 1829) konnten Bücher für Blinde in größerer Anzahl hergestellt werden. Leipzig war die erste deutsche Stadt, die eine Zentralbücherei für Blinde schuf, Hamburg folgte im Jahr 1900; die dortige Blindenbibliothek verlieh nach den letzten Berichten 20 000 Bücher im Jahr. Dennoch blieb bei den hohen Druckkosten und dem kleinen Interessentenkreis der Umfang der Blindenliteratur gegenüber den geistigen Anforderungen des Akademikers naturgemäß äußerst beschränkt. Durch die Erhöhung der Zahl blinder Studierender im Krieg wurde auch diese Frage von neuem aktuell. Man mußte den erblindeten Akademikern die Möglichkeit des Weiterstudiums zu schaffen suchen. Der Direktor der Marburger Universitätsaugenklinik Alfred Bielschowsky, nahm sich mit großem Eifer der Sache an. Er berief im Dezember 1916 zu diesem Zweck eine Tagung der Interessenten für die Herstellung fachwissenschaftlicher Blindenschriftwerke nach Leipzig. Es wurden damals, abgesehen von der bayrischen Armee, 70 Blinde dieser Art, ehemalige Offiziere, Studenten, Abiturienten oder Schüler höherer Schulklassen, gezählt. Schon im März 1916 hatte sich in

Marburg ein Verein der blinden Akademiker Deutschlands gebildet, der, als erstes Erfordernis einer Studierenerleichterung, vor allem auch eine Blindenschriftbücherei für wissenschaftliche Fachliteratur schaffen wollte. Zu diesem Zweck müssen zum größten Teil die Schriftsysteme selber erst ausgearbeitet werden; so existiert für die Übertragung der Texte aus Griechisch, Hebräisch, Alt- und Mittelhochdeutsch, ebenso für mathematische Werke überhaupt noch keine einheitlich durchgeführte Blindendruckschrift. In den verschiedenen wissenschaftlichen Spezialfächern ausgebildete Akademiker sollen sich der Durcharbeitung und Vereinheitlichung dieser Schriftsysteme widmen, eine Reihe von Arbeitskräften in deren Gebrauch unterweisen und die übertragenen Texte auf ihre Genauigkeit nachprüfen. Nach einem Bericht Bielschowskys (Die Hochschulbücherei und Studienanstalt für blinde Studierende in Marburg an der Lahn /Würzburg, Universitätsdruckerei/) arbeiteten 1916 bereits über 100 Mitarbeiter in allen Teilen Deutschlands an diesen Aufgaben. Auf der Leipziger Tagung wurde eine Zentralgeschäftsstelle in Marburg eingerichtet, bei der alle Fäden dieser neuen Blindenliteraturarbeit zusammenlaufen sollen. Es wird dort ein vollständiges Register über die vorhandenen Blindenwerke geführt; wird ein neues Buch übertragen, so ist es der Zentrale anzumelden; sie erteilt auch den Studierenden jederzeit Auskunft, an welcher Stelle ein nur in wenigen Exemplaren vorhandenes Werk zu beschaffen ist. Zu gleicher Zeit wurde in Marburg eine eigene Studienanstalt für blinde Akademiker ins Leben gerufen, die ihnen in einem gemeinsamen Studienhaus ein Zusammenleben und Unterstützung in allen praktischen Fragen gewährt. Die Kosten der Gründung wurden durch Zuschüsse des Kriegs- und Kultusministeriums, verschiedener Kriegsfürsorgeorganisationen usw. gedeckt. Ob diese Form des Gemeinschaftslebens die unbedingt nutzbringendste für die blinden Akademiker ist, muß die Erfahrung lehren.

Kurze Chronik In Dresden starb Anfang Mai der Oberschulrat Emil Pohle, der mehr als ein Vierteljahrhundert das Seminar in Dresden-Friedrichstadt geleitet hatte. ◊ Das Volksbildungshaus Wiener Urania stellte als Preisaufgabe das Thema: »Probleme und Gestaltungen

der Volksbildung.« Die Arbeiten, die den Umfang von 10 Druckbogen nicht übersteigen sollen, sind bis zum 31. Mai 1918 einzuliefern. ◊ Die Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums hatte eine Preisauflage gestellt: »Der Einfluß des Toleranzgedankens auf die Steinhardenbergsche Judengesetzgebung unter Berücksichtigung ihrer deutschen Vorläufer.« Den ersten Preis erhielt keine der 8 eingelieferten Arbeiten; dagegen wurden 2 zweite Preise an Henriette Fürth (Frankfurt) und an Siegfried Aschner (Berlin) verteilt. ◊ Der Erklärung für den humanistischen Unterricht (siehe diese Rundschau, 1917 I, Seite 40 f. und 322) sind erfreulicherweise noch weitere Universitäten gefolgt. So sprachen sich in Berlin 70 Dozenten der Theologie, Jurisprudenz und Philosophie in gleichem Sinn aus, in Breslau erließen Professoren aller geisteswissenschaftlichen Fächer eine ähnliche Kundgebung, ebenso in Tübingen 33, in Göttingen 34 Dozenten. Dagegen veröffentlichte der Breslauer Professor der englischen Sprache und Literatur Levin L. Schücking eine Gegenklärung, in der er sich gegen die (gar nicht beabsichtigte) Minderbewertung der Realschulabiturienten auflehnt.

Literatur Provinzialschulrat Sibourg (Berlin) und Gymnasialdirektor Lorentz (Spandau) geben die Monatschrift für höhere Schulen heraus /Berlin, Weidmann/. Die Zeitschrift soll die Möglichkeit sachlicher Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Schularten geben und »unabhängig und frei nach allen Seiten« die sich überstürzenden Reformvorschläge prüfen und ordnen. Als das Gemeinsame der deutschen Schulen bezeichnen die Herausgeber das Ziel der Charakterbildung.

Nationale Bewegung / Ludwig Quessel

Ostjuden In fast sinnverwirrender Menge dringen bei Durchsicht der reichen Literatur, die der Krieg über die Ostjudenfrage hervorgebracht hat; ökonomische, linguistische, nationale, religiöse, humanitäre und politische Probleme auf den Leser ein. Ein enzyklopädisches Wissen auf dem weiten Gebiet der Geisteswissenschaften wäre notwendig, um zu ihnen eine sichere Stellung zu gewinnen. Diese Sachlage nötigt den mit den ostjüdischen Fragen nicht aus eigener Anschauung der Dinge Vertrauten bei Be-

sprechung der hier in Frage kommenden Literatur sich mehr referierend als kritisierend zu verhalten. Zunächst wird man demjenigen, der sich vorerst mit den wichtigsten Tatsachen der so überaus vielgestaltigen Ostjudenfrage vertraut machen will, Nathan Birnbaums Flugschrift Was sind die Ostjuden? /Wien, Löwit/ und die hier bereits in der Rundschau Kolonisation (1916 I, Seite 68) erwähnte Broschüre des selben Verfassers Den Ostjuden ihr Recht! /Wien, Löwit/ empfehlen können. Aus diesen beiden Schriften erfährt man, daß im slawischen Westen, auf dem weiten Gebiet von Riga bis Odessa, zwischen Polen, Litauern, Weißrussen, Ruthenen und Rumänen in größeren Gruppen lebend, ein 9 bis 10 Millionen zählendes Volk mit eigener Sprache, eigener Kultur und eigener Religion seit Jahrhunderten ansässig ist: das sogenannte Ostjudentum. Was dieses von seinen westlichen Stammesgenossen trennt, ist seine soziale Gliederung. Von den Ostjuden gehört zurzeit nur ein kleiner Teil dem Mittelstand an; die meisten von ihnen sind Kleinhändler, Handwerker und Heimarbeiter. Ein weiterer Unterschied ist, daß, während bei der Westjudentum die Religion als eine das ganze Alltagsleben bestimmende Macht fast ganz abgedankt hat, die große ostjüdische Masse nach wie vor unter dieser mächtigen Disziplin steht. Sprachlich stehen die Ostjuden unter den westlichen Juden den deutschen am nächsten. Sie sprechen nämlich eine Sprache, die, ähnlich wie Englisch, aus der Vermischung verschiedenartiger Elemente entstanden ist. Die überwiegende Mehrheit der Wörter in der Sprache der Ostjuden und die grammatischen Grundlagen sind deutsch; ein beträchtlicher Teil des Sprachschatzes ist hebräisch; nur ein Rest ist slawisch. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß Polen, Russen, Ruthenen und Rumänen die Sprache der zwischen ihnen wohnenden Juden als völlig fremd und unverständlich empfinden, während das deutsche Ohr ein *verdorbene*s Deutsch zu hören vermeint. Von dieser Sprache der Ostjuden sagt Birnbaum, daß »sie ihre eigenen Stimmungen, Töne und Untertöne hat. Ja man kann sogar ruhig sagen, daß es heute kaum noch eine zweite Sprache von solcher Ausgeprägtheit der geistigen Eigenart gibt wie gerade Jiddisch.« Als Ganzes genommen, sieht Birnbaum in der Ostjudentum einen »großen jüdischen Kulturblock (vielleicht den größten, den es jemals gab) von innerer

Bewegung erfüllt, reich an Vergangenheit, gegenwartsstark und zukunfts voll. Mit der Sprache der Ostjudenheit im besondern beschäftigt sich Mathias Mieses in der ziemlich umfangreichen Schrift Die Entstehungsursache der jüdischen Dialekte /Wien, Löwit/. Die Tatsache, daß die Juden die Sprachen anderer Völker, die sie in der Fremde annahmen, überall modifizierten, führt Mieses auf den Einfluß der Religion zurück. In überaus interessanten wissenschaftlichen Darlegungen weist der Autor nach, daß bei allen Völkern mit der religiösen eine sprachliche Absonderung parallel geht, natürlich aber nur da, wo sich die religiösen Kräfte noch stark und ungebrochen äußern. Neben der territorialen spielt daher die religiöse Absonderung bei der Entstehung neuer Sprachen eine erhebliche, zuweilen entscheidende Rolle. Luther kam nicht nur mit einer neuen Lehre sondern auch mit einem neuen Schriftdeutsch, das ein ostfränkisch-bayrisch geregeltes Schwäbisch war und zunächst durch seine Übersetzung der Bibel nur Eingang bei der evangelischen Bevölkerung fand, um später von der Aufklärung zur allgemeinen Literatursprache erhoben zu werden. Wie die Reformation in Deutschland, so brachte auch das Christentum im römischen Reich einen besondern christlichen Dialekt des Lateinischen hervor. Wo in China der Islam Eingang fand, hat er die verehrte, vieltausendjährige Literatursprache über den Haufen geworfen. Einem allgemeinen Gesetz der Sprachbildung folgend, modifizierten die in besondern Religionsgemeinschaften vereinigten Juden überall die Sprache des Landes, in dem sie sich niederließen, durch Hinzufügung eines mehr oder weniger großen Zusatzes an hebräischen Sprachelementen. So entstanden das Jiddisch, das Spaniolisch, das Hebräischpersisch und das Judenarabisch. Verschärft wurde die sprachliche Absonderung bei den Juden noch dadurch, daß das Judendeutsch seinen frühmittelalterlichen Charakter treu bewahrte, während überall sonst, wo man Deutsch sprach, neues Sprachgut zur Geltung gelangte. Die religiöse Bedingtheit der jüdischen Mischsprachen geht nach Mieses auch daraus hervor, daß sie in West- und Mitteleuropa verschwanden, als bei den Juden die Glaubensüberzeugung ins Wanken geriet und der Aufklärung Platz machte. Das Faktum der Andersgläubigkeit ist für Mieses die eigentliche Ursache der Entstehung des Jiddischen. Daß die Sprache der Ost-

juden aber von der modernen Kultur hinweggemäht werden könnte, wie in Deutschland die jüdische Mundart dahingegangen ist, hält Mieses für gänzlich ausgeschlossen. Eine Sprache, die sich jahrhundertlang in einer fremdsprachigen Umgebung erhalten, die von mehr Menschen gesprochen wird als Schwedisch, Rumänisch oder Holländisch, in der eine große Tagespresse und eine schöne Literatur emporschossen, kann seiner Meinung nach um so weniger durch eine andere verdrängt werden, als sie mehr und mehr zum Ausdruck des Nationalbewußtseins der 10 Millionen Ostjuden wird, die zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer eine neue Heimat gefunden haben.

Eine vermittelnde Stellung in der jüdischen Sprachenfrage nimmt Germano-Judäus in der Schrift Deutsch, Polnisch oder Jiddisch? /Berlin, Schwetschke/ ein. Die jüdische Sprache durch die polnische zu ersetzen hält der Autor nicht für angebracht, da das Polentum ein Judentum polnischer Kultur noch nicht vertragen könne. Dagegen plädiert er im ausgesprochenen Widerspruch zu Nathanson und Mieses für eine Preisgabe des Jiddischen zugunsten des Deutschen. Was die Ostjuden eigentlich dazu veranlassen soll ihre Muttersprache zugunsten der Sprache eines fremden, ihnen verschlossenen Landes aufzugeben, geht aus den Darlegungen des Autors nicht hervor. Im Gegensatz zu Germano-Judäus tritt E. Zivier in seiner Schrift Zur Rassen- und Ostjudenfrage /Posen, Jolowicz/ energisch für den sprachlichen Anschluß der Juden an das Polentum ein. Die Anerkennung einer besondern jüdischen Nationalität dünkt ihn nicht nur überflüssig sondern sogar schädlich. Zur Wahrung der Eigenart der Ostjuden hält er religiöse Korporationsrechte für ausreichend. Ohne recht eigentlich Assimilant zu sein, kommt Zivier so dem Standpunkt der Assimilanten recht nahe. Verdienstvoll ist Ziviers Polemik gegen die Verfechter der Rassendoktrin, die auf nationale Erscheinungen, die ihrem Wesen nach vornehmlich geschichtlicher Natur sind, kritiklos den Rassedanken anwenden, der rein naturwissenschaftlicher Art ist, wodurch dann eine gefährliche Verwirrung entsteht, die schon zu den unglaublichsten Hypothesen geführt hat. Dabei betont Zivier, daß die deutsche Wissenschaft in ihren sachkundigen Vertretern wie Luschan und Ratzel sich von einer Ansteckung durch den neuen Rassenwahn freizuhalten gewußt hat. Zivier

leugnet aber weder die in der Rasse begründeten natürlichen noch die in der Nation wirkenden historischen Kräfte. Wenn er sich dessenungeachtet dem nationalen Gedanken im Ostjudentum gegenüber ablehnend verhält, so scheint dies mehr aus Opportunitätsgründen zu geschehen. »Wenn«, so bemerkt Zivier zum Schluß seiner Abhandlung, »der Jude im Okkupationsgebiet nicht wirtschaftlich [von den Polen] erdröselt werden soll, dann beschenkt ihn zu all seinen Leiden nicht noch mit einem Nationalitätenkampf!« Als Exempel dafür, zu welch geistiger Wirrsal die Rassenlehre führt, kann F. Sieberts Schrift *Der völkische Gedanke und die Verwirklichung des Zionismus* /München, J. F. Lehmann/ dienen, in der natürliche, soziale und historische Erscheinungen kunterbunt durcheinandergewirbelt werden, und zwar zu dem Zweck bei dem Leser eine möglichst tiefe Abneigung gegen Demokratie und Judentum hervorzurufen, wobei der Verfasser auf jeder Seite zeigt, daß er von den Dingen, über die er urteilt, auffallend wenig versteht.

Von den sprachlichen zu den wirtschaftlichen Fragen der Ostjuden leitet Max Rosenfelds Schrift *Polen und Juden* /Wien, Löwit/ über. Besonders eingehend behandelt der Verfasser das Verhältnis der Polen und Juden in Galizien. Es sind schwere Anklagen, die Rosenfeld gegen die Polen erhebt. Zu Beginn des Krieges habe die polnische Presse in Warschau durch die Verdächtigung, die Juden verübten Landesverrat, die russischen Truppen zu Pogromen aufgereizt. Was die Lage der Juden in Galizien betrifft, so sei deren rechtliche Gleichstellung tatsächlich durch die polnische Verwaltung aufgehoben worden. Den polnischen Antisemitismus bezeichnet Rosenfeld als einen sozialen Prozeß, dessen Ziel es sei die Juden durch Zerstörung ihrer Erwerbsmöglichkeiten zur Auswanderung zu zwingen. Zum Schutz gegen polnische Vergewaltigung fordert Rosenfeld für die Juden in Galizien nationalekulturelle Autonomie, die, wie er zeigt, durch das Genossenschaftswesen auch für das ökonomische Leben der Juden von großer Wichtigkeit werden kann. Wie der Nationaljude Rosenfeld, so bringt auch der Alldeutsche M. Kranz in seiner übrigens sehr inhaltreichen und sachkundigen Arbeit *Neupolen* /München, J. F. Lehmann/ die Überzeugung zum Ausdruck, daß das Polentum in allen 3 Landesteilen ganz systematisch darauf hinarbeitet

die Juden durch Entziehung aller Erwerbsmöglichkeiten zunächst in tiefes Elend und schließlich aus dem Land zu treiben. Der von den Polen in den letzten Jahren entfesselte Orkan des Judentums und Deutschenhasses und der »mit infernalischer Wut betriebene Boykott« der jüdischen und deutschen Geschäftsleute dient nach Kranz einem und dem selben Zweck: nämlich den fremdstämmigen Mittelstand in Handel und Gewerbe zugunsten des polnischen Mittelstandes auszurotten. Was den Erfolg dieses Strebens anlangt, so ist Kranz Pessimist. Er glaubt, daß es den Polen gelingen wird die Juden und Deutschen zu vertreiben, und zwar nicht nur deshalb, weil sie mit einer von allen humanitären Bedenken freien Brutalität ihrem Ziel zustreben, sondern auch aus dem Grund, weil sie im Wirtschaftskampf große Fähigkeiten entfalten. Wie in Posen, so entwickeln die Polen auch in Kongreßpolen und Galizien einen lebensfähigen Mittelstand. »Es ist nicht bloß, wie Toren sich und uns einreden möchten, der Boykott, es ist ebenso sehr das Stagnieren der Deutschen und der Juden und die wachsende, den anderen auch wohl überlegene Tüchtigkeit der Polen im Geschäftsleben, die diesseits wie jenseits der Prosna Deutsche wie Juden niederringt und auszuwandern zwingt.« Der Polemik gegen das Berliner Tageblatt ist die kleine Schrift *Emil Simonsons Das jüdisch-polnische Problem* /Berlin, Lamm/ gewidmet. Der Verfasser bekämpft in anregender und vornehm-sachlicher Art die von Paul Harms in jenem Blatt zur Ostjudenfrage geäußerten Ansichten vom Standpunkt eines überzeugten Verfechters der jüdischen Nationalidee aus. Eine große Anzahl wertvoller Beiträge zur Ostjudenfrage findet sich in der von Martin Buber herausgegebenen Monatsschrift *Der Jude*, in denen gleichfalls auf den zügellosen Antisemitismus der Polen, der in letzter Zeit namentlich in Warschau wieder mächtig aufflammt, hingewiesen wird.

Dem jüdischen Sozialismus in Rußland haben die Neuen Jüdischen Monatshefte ein Sonderheft gewidmet, in denen der Anteil des Ostjudentums an der großen Staatsumwälzung von verschiedenen Gesichtspunkten aus in lichtvoller Weise behandelt wird. Besondere Beachtung verdient Bergmanns prägnante Feststellung, daß der Emanzipationskampf des russischen Judentums im Zeichen des aufstrebenden nationalen Bewußtseins stand: »Es gab und gibt im russi-

schen Judentum keine Assimilationspartei. Die Juden Rußlands kämpften nicht für *bürgerliche* und *menschliche* sondern für nationale Gleichberechtigung. Der Siegespreis wird die freie jüdische Nation im freien Rußland sein.« Nicht vom Ostjudentum allein sondern vom Judentum im allgemeinen, vom vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen, handelt Nachum Goldmanns Studie Von der weltkulturellen Bedeutung und Aufgabe des Judentums /München, F. Bruckmann/, die sich besonders eingehend mit der gegenseitigen Beeinflussung des deutschen und des jüdischen Geisteslebens beschäftigt. Störend wirkt an der Arbeit Goldmanns die Art, wie er die deutsche Kultur, die, wie alle Kulturen, neben ihren Glanz-, auch ihre Schattenseiten hat, allzu einseitig verherrlicht. Meinem Gefühl nach ist nichts so sehr geeignet die Abneigung gegen das Deutschtum im Ausland zu vertiefen wie diese Vergottung der deutschen Kultur, die während des Krieges bei uns Mode geworden ist. Es ist schade, daß Goldmann sich dieser Zeitströmung, die übrigens zu den besten Überlieferungen deutschen Geisteslebens im Widerspruch steht, nicht zu entziehen gewußt hat. Zum Schluß sei hier noch auf das Sonderheft des Jüdischen Archivs /Wien, Löwit/ aufmerksam gemacht, in dem Bromberg-Witkowski eingehend das schwere Schicksal der Juden Lembergs unter der Russenherrschaft beschreibt.

Kurze Chronik Am 2. Juli starb in Bombay hochbetagt der indische Reformler Dadubai Naerodschi. Sein Leben war der Befreiung Indiens von der englischen Herrschaft gewidmet. Er war auch linksliberales Mitglied des englischen Parlaments, suchte aber für die Sache seines Heimatlands Unterstützung bei den Sozialisten. Auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Amsterdam /1904/ hielt er eine leidenschaftliche Anklagerede gegen die britische Regierung. ◊ Die russische provisorische Regierung hat durch Erlaß vom 12. September die Selbstverwaltung Finnlands erweitert. Eine Abordnung des finnländischen Senats überbrachte dem Ministerpräsidenten Kerenskij die Versicherung, daß die Finnländer politisch und wirtschaftlich mit dem russischen Volk zusammengehen würden. ◊ Die russische Regierung hat ferner Mitte September, vorbehaltlich der Genehmigung der konstituierenden Versammlung,

den baltischen Provinzen Estland, Livland und Kurland die Autonomie bewilligt.

Frauenbewegung / Dora Landé

Dienstjahr Auch seitdem zum zweitenmal in dieser Rundschau (1916 I, Seite 395 ff.) über die Vorschläge zur Frauendienstpflicht berichtet und die Frage von prinzipiellen Gesichtspunkten aus gewürdigt worden war, ist noch kein Anzeichen einer Ebbe in den Erzeugnissen, die dieses Thema behandeln, zu bemerken. Eine umfangreiche Darstellung zweier Volksschullehrer, Die Dienstpflicht der deutschen Frau, von Leo J. A. Hohmann und E. Reichel /Berlin-Zehlendorf, Mathilde Zimmer-Haus/, die den Preis bei einem Wettbewerb der Mathilde Zimmer-Stiftung davongetragen hat, veranlaßt zu erneuter Auseinandersetzung. Durch den Nimbus, der dieses Buch von vornherein umgibt, erscheint es, abgesehen von seinem Inhalt, noch besonders geeignet die Verwirrung zu vergrößern, die schon durch die bisherige Literatur angerichtet worden ist. Was auch an dieser Arbeit wie an allen anderen zur Frage der Dienstpflicht besonders auffällt, ist der ungeheure Mangel an Einsicht in unser, gegen frühere Jahrzehnte gänzlich verändertes Wirtschaftsleben und in die Konsequenzen, die diese Änderung auf das Frauendasein und damit auch auf die weibliche Erziehung der Zukunft ausüben muß. Die meisten Verfechter der weiblichen Dienstpflicht sind blind für die wirtschaftliche, soziale, ja sittliche Notwendigkeit der weiblichen Berufsarbeit und für deren Zusammenhang mit der Gestaltung der künftigen Haushaltsführung und Kinderaufzucht. Daher schwebt ihnen immer noch als erreichbares Ideal die Wahrung einer Form des häuslichen Herdes und des Familienlebens vor, die für die Mehrheit des Volkes längst nur noch unter größten Opfern und Qualen haltbar ist. Wer freilich, wie die Verfasser der Preisschrift, die »tiefsten Gründe« für alle sozialen Übel unseres Jahrhunderts, für Geburtenrückgang, Säuglingssterblichkeit, für alle Volkskrankheiten, für die »erschreckende Unkultur in Wohnung, Kleidung und allgemeiner Lebensweise« nur darin sieht, daß das Volksbildungswesen die Frau nach jeder Seite hin mißachtete, darin, daß sie ein letzter ~~Leute~~ das rückschreitende Element bildet, der

kann natürlich von einer Änderung der weiblichen Erziehung, von einer Umkehr in der Berufswahl der Frau alles Heil für sie selbst und für die Gesamtheit erwarten. Nicht in einer mangelhaften Erziehung und Ausbildung zur Erfüllung der Hausmutterpflichten oder in einem Hinstreben zu unnatürlichen Berufen liegt die Not, die Tragik des weiblichen Geschlechts unserer Generation, sondern darin, daß die Erfüllung dieser Pflichten in ihrer herkömmlichen Form für die große Masse der Frauen zur Unmöglichkeit geworden ist, und daß die Gesellschaft bei der überstürzten Entwicklung der weiblichen Berufsarbeit noch nicht imstande war neue Formen für Hauswirtschaft und Kindererziehung herauszubilden. Neben diesem Mangel an Erkenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge zieht sich ein eigentümlicher Widerspruch wie ein roter Faden durch die Literatur zur Dienstpflicht, soweit die Autoren männlichen Geschlechts sind. Auf der einen Seite steht man der Erwerbsarbeit der Frau im Grunde genommen ablehnend gegenüber. Zur Hausmutter und zur verständnisvollen Staatsbürgerin will man sie heranbilden, eine Berufsarbeit aber nur für die Ledigen gelten lassen, und zwar vornehmlich auf karitativem und pädagogischem Gebiet. Doch im Fall eines Krieges, dessen möglicher Wiederkehr ein großer Teil dieser ganzen Literatur seine Entstehung verdankt, soll die Frau verpflichtet und auch befähigt sein überall Männerarbeit zu ersetzen. Die Autoren der Preisschrift prägen den lapidaren Satz: »Das Weib eignet sich nicht unmittelbar zur Erwerbsarbeit.« Während sie im übrigen 3 Jahre Fortbildungsschule und alle Arten Fachschulbildung in ihren Erziehungsplan aufnehmen. Das »Massenangebot weiblicher Arbeitskräfte für Fabrik- und kleingewerbliche Arbeit, für Schreibstuben-, für Telegraphen-, Telephon- und Schalterdienste« wird verurteilt gegenüber dem »Mangel an Frauenkraft auf den eigentlich weiblichen Berufsgebieten«, nämlich in der Krankenpflege und im Lehrberuf. Aber 20 Seiten weiter, wo von der Ableistung der Friedensdienstpflicht, ihrer Differenzierung nach Neigung, Anlage und Berufsausbildung die Rede ist, wird ohne Bedenken eine Stelle aus Gertrud Bäurers Schrift *Der Krieg und die Frau* herangezogen, die die ungeheure Ausdehnung der weiblichen Berufsarbeit schildert und daraus die Folgerung

zieht: »Das deutsche Millionenheer kann nicht ausgerüstet, bekleidet, gespeist, befördert, gepflegt und verbunden werden ohne die große deutsche Industrie, und die Industrie ist nicht denkbar ohne die Frauenarbeit, künftig vielleicht noch weniger denkbar als zurzeit.«

Im übrigen ist Professor Zimmer in dem Geleitwort, das er dem Buch gibt, von einem starken Irrtum befangen, wenn er behauptet, daß die Forderung der Dienstpflicht von Männern und Frauen »ohne Unterschied der Richtung und der Partei als eine Notwendigkeit für das Staatswohl und für das Wohl unserer Familien erkannt wird«. Die Vertreterinnen der proletarischen Frauenwelt, die doch schließlich die Meinung der Mehrheit ihres Geschlechts wiedergeben, haben sich aus den in dieser Rundschau schon früher angeführten Gründen prinzipieller Art gegen eine Dienstpflicht erklärt; ebenso aber auch bedeutende Anhängerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung: nämlich alle diejenigen, die in der Mutterschaft, in einer allgemeinen Berufsausbildung und -ausübung eine genügende Disziplinierung und eine ausreichende Erfüllung gesellschaftlicher Pflichten erblicken.

Ledigensteuer- Schon geraume Zeit vor
projekt Beginn des Krieges hat
das Bevölkerungproblem
den Gedanken an eine Ledigensteuer
hervorgerufen. Kein Wunder, daß nun
die Verschärfung dieses Problems durch
die ungeheure Einbuße an Menschen-
leben und die Finanznot des Staates
den Plan von neuem aufleben lassen.
Wie schon mit einiger Bestimmtheit ver-
lautet, soll diese Steuer auch auf ledige
Frauen von einem gewissen Alter ab
ausgedehnt werden. Und einseitige
Frauenrechtlerinnen innerhalb der bür-
gerlichen Frauenbewegung scheinen auch
damit einverstanden zu sein.
Abgesehen von den rechtlichen, wirt-
schaftlichen und allgemein menschlichen
Bedenken, die gegen eine derartige
Steuer schon vom männlichen Geschlecht
geltend gemacht werden können, hat der
weibliche Teil der Bevölkerung, der da-
von betroffen werden soll, noch ganz
besondere Gründe sie abzulehnen. Der
Gedanke der Ledigensteuer beruht auf
einer doppelten Erwägung: Einmal dar-
auf, daß Staat, Gemeinde und private
Unternehmer in ihrer Besoldungspolitik
im allgemeinen nur die Leistungen ber-
ücksichtigen, nicht aber die persönlichen
Verhältnisse, vor allem nicht den Zivil-

stand und damit auch nicht den persönlichen Bedarf. Da rechtliche Bedenken gegen die Aufgabe dieses Prinzips sprechen, andererseits aber die Bevölkerungsfrage zu einer Vermehrung der Eheschließungen treibt, so will man durch die Ledigensteuer einen Ausgleich in den Besoldungsverhältnissen schaffen zwischen denen, die die Gründung eines Hausstands auf sich nehmen, und solchen, die sich dieser gesellschaftlichen Verpflichtung aus irgendeinem Grund entziehen. Aber alle diese Erwägungen gelten vorläufig nur für den Mann. Bei der Entlohnung der Frauenarbeit wird von öffentlichen Behörden und privaten Unternehmern das ganze Prinzip der Besoldungspolitik, das nur die Leistung berücksichtigt, einfach umgestoßen. Hier bedenkt man zwar nicht den Zivilstand an sich und seine Wirkung auf die Höhe des Bedarfs. Aber schon die Tatsache des weiblichen Geschlechts, ob die Arbeiterin ledig oder verheiratet ist, ob sie körperliche oder die höchste geistige Arbeit leistet, genügt, um ihr bei gleicher Leistung ganz allgemein nur $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ der Entlohnung des Mannes zuzubilligen. Begründet wird bekanntlich diese Sitte mit dem Hinweis darauf, daß die berufstätige Frau im allgemeinen ledig sei, und daß sie überhaupt als Frau geringere Bedürfnisse habe als der Mann; sei sie aber verheiratet, so brauche sie ja nur einen Zuschuß zu dem Einkommen des Mannes zu verdienen. Diese Argumentationen sind natürlich in Hunderttausenden von Fällen gar nicht zutreffend. Dazu kommt noch der Umstand, daß bekanntlich alle öffentlichen Behörden der Frau das Zölibat aufzwingen und ihr meist bei der Verheiratung die Pensionsberechtigung versagen. Jedenfalls ist eines klar: Die Frau, ob ledig oder nicht, zählt an alle diejenigen, die sie beschäftigen, eine Steuer von 25 bis 30 % auf ihr Geschlecht. Ausgeschlossen davon sind nur einzelne Arten freier wissenschaftlicher oder künstlerischer Berufsarbeit. Solange dieses Unrecht in den Beziehungen der arbeitenden Frau zur Gesellschaft besteht, das eigentlich von keinem rechtlich denkenden Mann gebilligt werden kann, so lange ist es ganz ungerechtfertigt der Frau auch noch die Ledigensteuer aufzubürden. Zu diesen rein materiellen Bedenken kommen aber noch sozialpsychologische: Die Initiative zur Familiengründung geht nach unseren heutigen Sitten vom Mann

aus. Und der Krieg mit seinen enormen Mannerverlusten läßt die Ausdehnung der Ledigensteuer auf die Frauen vollends als eine Steuer auf das Geschlecht allein erscheinen.

Sozialdemokratisches Frauenorgan Seit Anfang Juni ist die Redaktion der Gleichheit durch den Parteivorstand als die verantwortliche Körperschaft der deutschen Sozialdemokratie der bisherigen Leiterin genommen und anderen Händen übertragen worden. Daß man ein offizielles Parteiagitationsorgan nicht einer Leitung überlassen konnte, die es in einem dem derzeitigen Parteiwillen entgegengesetzten Sinn redigierte und zu einem Organ gegen die offizielle Parteipolitik machte, ist selbstverständlich. Eine andere Frage ist freilich, ob dieser notwendige Akt der Loslösung des Blattes von der Parteiverantwortung und der damit verbundenen Einrichtung eines im Parteisinn geleiteten Frauenorgans sich nicht auch unter Anerkennung des geistigen Eigentumsrechts hätte vollziehen lassen, das Clara Zetkin sich durch 26 Jahre höchst persönlicher Redaktionsführung an der Gleichheit erworben hatte. Gerade die Sozialdemokratie als Vertretung der produktiven Arbeit wird zu allerletzt ein solches geistiges Anrecht mißachten wollen. Wenn man hier keine Form der (an sich, wie gesagt, absolut unumgänglichen) Trennung gefunden hat, die beiden Teilen völlig gerecht wurde, so lag das sicherlich an den durch den Krieg bewirkten besonderen Schwierigkeiten. Das Urteil über die Politik, die Clara Zetkin in ihrer Redaktionsführung getrieben hat, kann vom Standpunkt der in den Sozialistischen Monatsheften vertretenen Gesamtauffassung aus nicht zweifelhaft sein und ist hier auch am Schluß des ersten Kriegsjahrs in einem besonders Artikel Wally Zepfers (Unser Frauenzentralorgan, 1915 II, Seite 693 ff.) mit aller gebotenen Deutlichkeit dargelegt worden. Das hindert natürlich nicht auch hier die Hingabe, die Energie und die Arbeitskraft anzuerkennen, mit der Zetkin ihrer Überzeugung in der Gleichheit gedient hat. Schließlich sind Überzeugungstreue und Idealismus für die sozialistische wie für die Frauenbewegung an sich so wertvolle Güter, daß man sie als moralischen Faktor selbst da werten muß, wo ihr besonderer Inhalt den praktischen Zielen der Bewegung im einzelnen Hindernisse bereitet, ja schweren Schaden zu-

fügt. Als Ersatz für die Zetkin genomene Gleichheit hat die Leipziger Volkszeitung ihr eine besondere Frauenbeilage eingerichtet, die zunächst monatlich erscheint und von ihr im Geist wie in der äußern Form als neue Folge der Gleichheit redigiert wird.

Die Gleichheit selbst wird nun von Heinrich Schulz und Marie Juchacz im Sinn der Parteimehrheit geleitet. Es seien ihrer so notwendigen und wichtigen Aufklärungsarbeit unter den Frauen die besten Erfolge gewünscht.

Kurze Chronik In Rußland ist Gräfin Panin zur Staatssekretärin ernannt worden. Die Übertragung eines wichtigen höchsten Regierungsamts an eine Frau kennzeichnet den sittlichen Ernst und die Energie, mit der die (geistig in dem demokratischen russischen Volk schon immer bestehende) Gleichachtung der Frau nun auch den politischen Ausdruck finden soll. ◊ Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, nach der die Frauen der Hilfsdienstpflichtigen während der Geltungsdauer des Hilfsdienstgesetzes eine Wochenhilfe erhalten sollen. Ebenso erhalten die Wochenhilfe solche Wöchnerinnen, die selbst im Jahr vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch Hilfsdienst geleistet haben. Die Wochenhilfe wird auch für ein uneheliches Kind geleistet, wenn in der Person des Vaters die oben für den Ehemann angegebenen Voraussetzungen zutreffen und seine Verpflichtung zur Gewährung des Unterhalts festgestellt ist. ◊ Am 19. Juni fand eine Versammlung der Zentrale für Jugendfürsorge und anderer großer Organisationen für Jugendpflege statt. Das wichtigste Resultat dieser Versammlung war dies, daß ein Hauptausschuß eingesetzt werden solle, der die Aufgabe hat sich den zuständigen Militär- und Zivilbehörden schon während des Krieges zur Verfügung zu stellen, um sie zu entlasten und zu unterstützen und dadurch planmäßig die für die Jugendfürsorge zur Verfügung stehenden Kräfte in den Dienst des Vaterlands einzureihen. ◊ Charlotte Engel-Reimers (Berlin), die Verfasserin eines Werkes über die deutschen Bühnen und ihre Angehörigen, hat den Professortitel erhalten. ◊ Auch zur geistlichen Tätigkeit werden die Frauen in Deutschland allmählich zugelassen. (In Amerika gibt es bekanntlich seit geraumer Zeit weibliche Geistliche.) Der Heidelberger

Oberkirchenrat hat eine Kölnerin, Oberbach, die ihre geistlichen Examina gemacht hat, als Seelsorgerin, namentlich für die Kliniken, und zur Erteilung von Religionsunterricht angestellt. Und die Heidelberger Theologische Fakultät hat kürzlich eine Frau, Marie Stober, zur Lizentiatenpromotion zugelassen.

Literatur

Der Kriegführung der Engländer bei ihrem Einfall in Transvaal ist das Lebenswerk Olive Schreiners Gedanken über die Frau und die Arbeit zum Opfer gefallen. Aus dem ursprünglichen Inhalt, der sich von den Geschlechtsunterschieden in den ersten Lebensäußerungen der Pflanzenwelt auf Erden bis hinauf zum Menschen erstreckt und mit der modernen Frauenbewegung endete, hat sie nur ein einziges umfangreiches Kapitel wieder herstellen können, das von dem Parasitismus des Weibes handelt. Immerhin, auch dieses kleine Buch (Woman and Labour /Leipzig, Tauchnitz/, auch in einer schön ausgestatteten deutschen Ausgabe Die Frau und die Arbeit, übersetzt von Leopoldine Kulka /Jena, Diederichs/) kann wohl trotz der begrenzten Aufgabe, die es sich stellt, als eine der bedeutendsten Schöpfungen der Kulturgeschichte betrachtet werden, wenigstens soweit sie das weibliche Geschlecht betrifft. Wohl nirgends in der Weltliteratur ist das Problem der Emanzipation der Frau in einen so großartigen kultur- und naturhistorischen Zusammenhang gerückt wie hier. Und selten ist dem Ringen des Weibes in einer so gewaltigen und poetischen Sprache Ausdruck verliehen worden. Auf dem Hintergrund der Menschheitsgeschichte zeigt uns Olive Schreiner, wie überall und zu allen Zeiten, natürlich in Verbindung mit anderen sozialen Einflüssen, die Völker dem Untergang anheimgefallen sind, wenn die Frau sich nicht den veränderten kulturellen Verhältnissen anpassen und neben der Berechtigung zu niederer Arbeit, die ihr immer zugestanden wurde, auch alle höheren Arbeitsgebiete erkämpfen konnte, nachdem ihr die Pflicht des endlosen Kindergebärens und die Lasten der häuslichen Überbürdung erleichtert worden waren. Wo sie sich nicht selbst zu energischem Tun aufrafft, wo man sie gewaltsam und künstlich mit dem Hinweis auf ihre Körperschwäche oder auf die Unvereinbarkeit generativer und geistiger Leistungen zurückhält, da versinkt

sie in einen Zustand des Parasitentums. Und dieser Zustand hat zur Folge, daß sie nur noch ein Geschlecht von Müßiggängern und Schwächlingen hervorbringen und aufziehen kann, das unvermeidlich den Untergang des ganzen Volkes herbeiführen muß. Daß wir auch heute durch das Parasitentum der Frau am Rand eines Abgrunds stehen, zeigen die Zustände der oberen und mittleren Klassen in den großen Zentren des Weltverkehrs. Und viele, die behaupten, daß sie es mit dem weiblichen Geschlecht sehr gut meinen, treiben uns immer näher dem Verderben zu.

WISSENSCHAFT

Biologie / Adolf Koetsch

Urmenschen Über die Auffindung des prähistorischen Hohlerfelsmenschen in einer spät-diluvialen Wohnhöhle bei Nürnberg und das, was man über seine Bedeutung vorläufig auf dem Nürnberger Anthropologenkongreß zu hören bekam, sowie über die kleine Publikation Lustigs, in der die Extremitätenknochen des fossilen Ahnen behandelt wurden, ist seiner Zeit in dieser Rundschau (1913 III, Seite 1213 ff.) berichtet worden. Nuncmehr legt Fr. Wilhelm Elsner (Breslau) im 15. Band des Archivs für Anthropologie auch eine Untersuchung über die 4 Unterkiefer jener Fundstätte und ihre rassenmorphologische Bedeutung vor. Er gibt eine genaue Beschreibung der Knochenstücke und kommt auf Grund eingehender Vergleiche mit den Unterkiefern aller bisher entdeckten fossilen Menschentypen und solchen rezenter Australier und Europäer zu folgendem Ergebnis: Der Hohlerfelsunterkiefer ist der Repräsentant eines morphologischen Mischtypus. Anatomisch sind Beziehungen zu allen Urrassen der Altsteinzeit vorhanden, angefangen vom Homo Heidelbergensis über den Neandertaler bis zum Menschen der Aurignacrasse. Die meisten Anklänge zeigt der eine Unterkiefer des Cromagnon-Menschen, doch sind die bedeutenden Maßverhältnisse dieses Schädels beim Hohlerfelstyp reduziert. Auch an den Australierschädel und den Schädel des Europäers von heute knüpft der Hohlerfelsmensch verschiedentlich an. Alle Merkmale, die der Unterkiefer des Australiers mit dem Menschen der Aurignacrasse gemein hat, teilt er auch mit dem Hohlerfelsmenschen, doch liegen bei letzterem etwas weitergebildete

Zustände vor. Umgekehrt ließ sich zwar unter einer großen Anzahl rezenter Europäer keine Kiefer auffinden, der alle typischen Merkmale des Hohlerfelsmenschen in sich vereinigt hätte. In einem oder dem andern Punkt traten jedoch Übereinstimmungen zutage. Alles in allem erscheinen die Hohlerfelsunterkiefer in Gestalt und Maßen jedenfalls primitiver als die Kiefer des heutigen Europäers.

Entartung Die Geschichte der schweizerischen Familie Zero und der amerikanischen Familie Kallikak sind fürchterliche Beweise für die entsetzlichen Verwüstungen, die fortgesetzter Alkoholmißbrauch innerhalb weniger Generationen in der körperlichen und seelischen Verfassung der Nachkömmlinge eines ursprünglich gesunden und wohlgerateten Elternpaares anrichten kann. Auch die bittersten und schonungslosen Enthüllungen des Basler Physiologen G. von Bunge über den Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Stillunfähigkeit der Frauen haben manchem Träumer die Augen geöffnet und ihm deutlich werden lassen, was für einen Menschenfeind es im Alkohol zu bekämpfen gilt. Immer und immer wieder ist von diesen Warnern darauf hingewiesen worden, daß es außer dem Gehirn besonders die mit den Brustorganen der Frau ja in so enger funktioneller Beziehung stehenden Keimdrüsen sind, an denen die Verheerungen dieses Giftes sich ausbreiten und schließlich, nach Generationen, so um sich greifen, daß vollkommene Unfruchtbarkeit der Nachkommenschaft resultieren kann. Biologen haben es seitdem unternommen im Tierversuch die Ergebnisse der Familienforschung nachzuprüfen, und als erste haben meines Wissens Kyrle und Schopper auf der Naturforschertagung in Wien /1913/ positive Ergebnisse vorgelegt, durch die die scheinbar so weitgehenden Schlüsse der Rassen- und Gesellschaftsbiologen in vollem Umfang bestätigt wurden. Diese Forscher führten Kaninchen bis zu 13 Wochen lang ein bestimmtes, verhältnismäßig bescheidenes Alkoholquantum jeden 2. bis 5. Tag zu. Bei der Sektion wurden in 3 Fällen leichter Verfall der Samenkanälchen, in 6 Fällen mittelstarker Zerfall und in 9 Fällen so schwere Schädigungen aufgefunden, daß die Zeugungsfähigkeit praktisch erloschen war; die Samenfäden waren durchweg krank und mißbildet.

Versuche viel größeren Maßstabs sind seit einigen Jahren, wie im Archiv für Entwicklungsmechanik und im American Naturalist berichtet wird, von dem Amerikaner C. H. Stockard in Verbindung mit anderen an Meerschweinchen unternommen worden. Da sich den Tieren der Alkohol auf keine andere Weise beibringen ließ, wurden die Meerschweinchen zu mehreren in einen geschlossenen Behälter gesetzt, in denen sie Alkoholdämpfe einatmen mußten, 6mal in der Woche je 1 Stunde lang; manche Tiere wurden während 5 Jahren dieser gewiß sehr zuzurechnenden Behandlung unterworfen. Anfangs begannen alle an Schleimhautkatarrhen zu leiden; diese Affektion schwand mit der Zeit, dagegen trugen einige dauernde Augenbeschädigungen davon. Im übrigen fraßen sie gut und wurden dabei sogar fett. Die also alkoholisierten Tiere wurden zur Zucht verwendet; Kontrollzuchten, aus normal gehaltenen Geschwistern der Alkoholtiere bestehend, liefen zum Vergleich nebenher. Zunächst wurden normale Weibchen mit alkoholisierten Männchen gepaart. Das Ergebnis von 90 genügend lang ausgedehnten Besprünge war: 48 % lebendige Junge, von denen 43 % alsbald starben, 4 % totgeborene, der Rest abortiert oder unbefruchtet. Waren Männchen und Weibchen alkoholisiert, so schlugen 50 % der Begattungen fehl; von den 41 % Jungen, die lebend zur Welt kamen, starb alsbald die Hälfte. Weitere Paarungen der Kinder unter sich oder mit normalen oder alkoholisierten Tieren der 1. Generation, desgleichen der Enkel unter sich, alle gleichfalls unter Alkoholwirkung erwachsen, vermehrten zusehends die Schäden im Keimdrüsenbezirk, und die jüngste Generation, die Stockard besitzt, scheint die Zeugungsfähigkeit überhaupt verloren zu haben. Daneben wurden Sinnesorgane und Nervensystem, ganz wie bei schweren menschlichen Alkoholikern, sehr empfindlich getroffen, besonders die Augen machten alle Schritte der Entartung durch bis zu völligem Schwund. Es ist solchen Daten gar nichts weiter hinzuzufügen.

Alter Man hat gesagt, daß das Altern der Organismen weniger auf einer Abnutzung der Organe durch Tätigkeit beruhe als auf einer Art von Selbstvergiftung durch Stoffe, die der Körper im Rahmen seiner normalen Stoffwechsel-

prozesse unvermeidlich erzeugt und allmählich in tödlicher Menge anhäuft. Man hat auch verschiedene Vorkommnisse zur Unterstützung dieser Theorie anführen können. Unter anderem hat man beobachtet, daß eine bestimmte Infusorienart, wenn sie in Behältnisse versetzt wird, in denen schon vorher Individuen der nämlichen Art gezüchtet wurden, deutlich von einem Rückgang aller ihrer Lebensfunktionen befallen wird, während andere Infusorienformen diese selbe Flüssigkeit nicht im mindesten angreift. Man hat auch bemerkt, daß Extrakte aus Boden, der durch Aufzucht bestimmter Pflanzen erschöpft worden ist, wachstumshemmend auf Keimlinge der selben Art wirken, die in nährstoffreichem Untergrund angesät sind, und zwar um so spürbarer, je stärker die Lösung der Extrakte genommen wird. Man hat endlich herausgefunden, daß diese lähmend wirkenden Stoffwechselschlacken identisch sind mit Substanzen, die beim Zerfall und Abbau der Eiweiß- und Fettmoleküle gebildet werden, also mit Ammoniak, Milchsäure und ähnlichen Stoffen. Zlatarow (Sofia) teilt nun in der Zeitschrift für allgemeine Physiologie Versuche mit, die gleichfalls zu dem Schluß hindrängen, daß Selbstvergiftung durch angehäufte Stoffwechselerzeugnisse des eigenen Körpers den Altersprozeß mindestens stark beschleunigen. Er hat Kichererbsen auf Boden angesät, der mit Extrakt von Erbsenkeimlingen, Lösungen von Kernstoffen und anderen Substanzen, die man als Abbauprodukte der Eiweiß- und Fettmoleküle kennt, gedüngt worden war, und er hat in jedem einzelnen Fall eine starke Wachstumshemmung der jungen Pflanzen erzielt. Bei Rückversetzung in normales Erdreich erholten sich die geschädigten Pflänzchen schnell und betraten normale Entwicklungsbahnen.

Schädlinge Einer der ärgsten Schädlinge der Mühlenindustrie ist die zu den Kleinschmetterlingen gehörige Mehlmotte. In kurzer Zeit kann sie durch ihre Gespinste alle Transportgänge verstopfen und die gesamten technischen Einrichtungen unbrauchbar machen. Noch größer, in diesen Zeiten besonders empfindlichen Abtrag richtet sie durch völliges Verderben des Mehles an, das von ihren Larven befallen wird. Nach mancherlei vergeblichen Unternehmungen scheint man jetzt ein sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung dieses unerwünschten Tieres gefunden zu haben.

Es ist die Blausäure. Nach sorgfältigen Vorversuchen des Zoologen R. Heymons, die die absolute Tödlichkeit von Blausäuregasen für alle Entwicklungsstadien der Motte, auch für Eier, erwiesen hatten, ist jetzt, wie K. W. Frickhinger im *Prometheus* mitteilt, auf Veranlassung der Reichsstelle für Getreideverwertung dieses Verfahren zum erstenmal zur Säuberung einer stark verrottenen Mühle in Unterfranken angewendet worden und hat vollen Erfolg gehabt. Seit Vornahme der Vergasung des Betriebs ist keine lebende Motte mehr in der Mühle gefunden worden.

In der Zeitschrift für angewandte Entomologie wird von Rudolf Ranningger eine interessante Abhandlung über die Biologie des schädlichen Mohnwurzelrüsselkäfers vorgelegt. Als sicherstes Mittel zur Bekämpfung des Insekts empfiehlt Ranningger die Heranzüchtung möglichst schnellwüchsiger, kräftiger Pflanzen, weil ihnen das Tier so gut wie nichts anhaben kann. Am besten geschieht das durch Anwendung geeigneter, vom Autor näher bezeichneter Düngungsmethoden.

Kohlrübe Wegen der Kohlrübe ist ein seltsamer Streit ausgebrochen. Der Hallenser Physiologieprofessor Emil Abderhalden sollte in einem Dresdener Vortrag diesem Gewächs ein sehr übles Leumundszeugnis ausgestellt haben. Darauf rührten sich andere Männer der Wissenschaft, die die Kohlrübe auf Grund vorkriegszeitlicher Erfahrungen energisch in Schutz nahmen. Auf dem Land sei sie von alters her ein vielgenossenes Wintergemüse, das besonders in Verbindung mit fettem Schweinefleisch gern gegessen werde und noch niemals jemandem geschadet habe. Auch im verflossenen Winter habe sie vollauf ihre Schuldigkeit getan. Sie möge vielleicht kein ideales, nicht einmal ein besonders gehaltreiches Nahrungsmittel sein, auf jeden Fall habe sie sich während des letzten Kriegswinters für viele Volkskreise als ein wahrer Retter in der Not erwiesen. Und dergleichen mehr. Auf solche Äußerungen hin hat sich nun Abderhalden veranlaßt gesehen persönlich das Wort zu ergreifen. Er habe, schrieb er in der *Vossischen Zeitung* vom 1. September 1917, die Kohlrübe nicht schlecht gemacht, wie unzuverlässige Berichterstatter in der Presse behaupteten. Hingegen habe er erklärt, daß in einigen Gegenden Deutschlands mehr

oder weniger zahlreiche Personen an Ödemen erkrankt seien. Man habe festgestellt, daß die Ödeme in Bezirken auftraten, wo die Kohlrübe längere Zeit das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung war. Zwar sei die Kohlrübe einseitigen durchaus nicht als der schuldige Teil einwandfrei nachgewiesen. Aber es sei eine alte, neuerdings durch vielfache Untersuchungen bestätigte Erfahrung, daß längere Zeit fortgesetzte, einseitige Ernährung mit bestimmten Naturprodukten zu bösartigen Stoffwechselkrankheiten führen kann, weil dem Körper dadurch unentbehrliche Substanzen vorenthalten oder in sehr unzureichender Menge einverleibt werden (siehe die Abschnitte Vitamine und Kalkstoffwechsel in dieser Rundschau, 1915 III, Seite 1026 f., und 1916 I, Seite 124 f., die dieses Thema behandeln). Es sei daher sehr wohl denkbar, daß allzu strenge Kohlrübenernährung ähnlich unerwünschte Zustände schafft. Auf jeden Fall müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Kohlrübe nicht abermals längere Zeit hinter einander als Hauptnahrungsmittel verabreicht wird. In Kombination mit anderen Speisen dürfte sie jedoch nicht zu beanstanden sein. Wie Abderhalden bemerkt, hat das Kriegsernährungsamt dankbar von seinen Warnungen Kenntnis genommen.

Kurze Chronik Im Juli starb der Professor der prähistorischen Archäologie an der Wiener Universität Moritz Hoernes in seinem 68. Lebensjahr. Über seine Urgeschichte der bildenden Kunst in Europa ist gerade das vorige Mal in dieser Rundschau (1917 II, Seite 746 f.) berichtet worden. \diamond Die Universität Bonn hat folgende Preisaufgabe gestellt: »An einer Tierform mit äußeren sekundären Geschlechtsmerkmalen sollen die Unterschiede der Geschlechter bis in die Einzelheiten des Baus verfolgt werden.« \diamond In einem Lager rumänischer Kriegsgefangener ist von J. Koch (vom Institut für Infektionskrankheiten in Berlin) als Zwischenwirt und Überträger des Rückfallfiebererregers die *Kleiderlaus* entdeckt worden. Als gelegentlicher Vermittler kommt außerdem die Bettwanze in Betracht. \diamond Der Not der Zeit gehorchend hat man in Deutschland ein Verfahren zur Entkeimung aller zur Vermahlung kommenden Getreidefrüchte ausgearbeitet, weil aus den Keimlingen Eiweiß und Öl, aus dem man Margarine berei-

tet, gewonnen werden kann. 5 Ölwerke sind bereits zu diesem Zweck in Funktion. Nach einer Mitteilung der Wirtschaftszeitung für die Zentralmächte erhält man aus den Ölabfällen eines Wagons Mais etwa 5 Zentner Margarine. \diamond Als Nachfolger Orth's geht Otto Lubarsch nach Berlin, um den Lehrstuhl für pathologische Anatomie an der Universität zu übernehmen. \diamond Der Innsbrucker Zoologe Karl Heider ist an Stelle Franz Eilhard Schulzes, der von seinem Lehramt zurücktrat, zum Ordinarius der Zoologie an der Berliner Universität ernannt worden. \diamond An der Universität Zürich wurde der Privatdozent Walter R. Heß Ordinarius der Physiologie. \diamond Der Göttinger Geologe Rudolf Wedekind hat seinen bisherigen Wirkungskreis mit Marburg vertauscht; er wird Nachfolger Kayser's.

Literatur Der Mensch vor 100 000 Jahren nennt Otto Hauser, der frühere Kauf-

mann, spätere Archäologe und Urnenforscher, ein Buch, das er über die Geschichte seiner ebenso kühnen wie erfolgreichen und, wohlgerneht, mit eigenen Mitteln betriebenen Ausgrabungen in Südfrankreich geschrieben hat /Leipzig, F. A. Brockhaus/. Bekanntlich war er so glücklich hier die berühmt gewordenen Skelette des Homo Mousteriensis und des Homo Aurignacensis an den Tag zu ziehen und damit, neben Schoelensack in Heidelberg, die wertvollsten Urnenreste zu heben, die man im letzten Jahrzehnt geborgen hat. Der Entdeckungsgeschichte dieser Skelette ist der Hauptteil des Buches gewidmet und damit auch schon gesagt, daß es seinen Titel eigentlich zu Unrecht trägt. Denn ich wüßte nicht, welcher einigermaßen bedeutende Prähistoriker den Mut hätte die Schichten, in denen das älteste der beiden Skelette gefunden wurde, so weit zurückzudatieren; im Gegenteil neigt man in neuerer Zeit wieder einer Verkürzung der Zeiträume zu. Mag es erlaubt sein dies nebenbei zu bemerken, so soll doch auch nachdrücklich betont werden, daß es sich um ein überaus spannend geschriebenes und interessantes Buch handelt, das von einem sehr temperamentvollen Menschen, der gern und gut erzählt, in sehr subjektivem, durchschnittlich etwas lautem und selbstgefälligem Ton geschrieben ist. »Der an und für sich für jeden Uneingeweihten belanglose Schaber aus Flint wies mir sofort die kulturelle Be-

deutung des Fundplatzes.« Und dergleichen mehr.) Hauser beginnt mit der Schilderung seiner Fahrt in die Dordogne und schließt mit einem Kapitel über die Kunst der Ausgrabung; besondere Abschnitte handeln von Urnenkunst, Urnenjagd und -kultur. Gewiß wird Hauser mit seinen kühngebauten Hypothesen, denen man ihren wahren Charakter oft nicht einmal ohne weiteres ansehen kann, bei Kollegen vielfach ernstlich Widerspruch erregen; das Material, das sie rechtfertigen könnte, ist eben doch vielfach zu dürftig. Aber die Kreise, für die das Buch bestimmt ist, werden sich dadurch kaum beeinträchtigt fühlen. Dankbar sei auch der vielen schönen Photographien gedacht, die alle Phasen der Ausgrabungsarbeit, besonders die verschiedenen Stadien des Bergungsgeschäfts der Skeletteile des Homo Aurignacensis und andere Dinge eindrucksvoll illustrieren. \diamond Die Tatsache, daß der Krieg Männermangel schafft und alle Welt mit der Miene umhergeht Interesse für eine Vermehrung der Knabenburten zu haben, benutzt Friedrich Robert, um in einer Schrift Der Geburtenausgleich nach diesem Kriege /Berlin, Verlag für Bevölkerungsfragen/ seine Theorie, daß bei Befruchtung eines überreifen, das heißt ältern Eis »jedemal mit absoluter Sicherheit ein Knabe zu erwarten« sei, nochmals unter die Leute zu bringen und auf gewisse Bücher nochmals hinzulenken, die er früher schon über das gleiche Thema geschrieben hat. Er reist auch mit seinem Gesetz.

Geschichte / Alfred Keller

Urgeschichte Die vorgeschichtlichen Funde, die bei der Anlage von Schützengräben an der Beresina gemacht worden sind, erweisen sich nach den nunmehr vorliegenden Ausgrabungsberichten als weit bedeutender und interessanter als ursprünglich angenommen wurde. Allem Anschein nach hat man es hier mit einer urmenschlichen Niederlassung zu tun, die der von Otto Hauser entdeckten südfranzösischen kaum nachsteht. Leider haben es die durch den Stellungskrieg bedingten Besitzverhältnisse noch nicht gestattet die Fundstätte in ihrer ganzen Ausdehnung auszugraben. Man hat bestimmt damit zu rechnen, daß ein Teil der Ansiedlung sich auf das von den Russen besetzte Gebiet fortsetzt.

Immerhin sind schon die Funde auf der deutschen Seite bemerkenswert. Zunächst stieß man auf eine ziemlich dünne Kulturschicht aus der ältern Steinzeit, also etwa aus der Hallstattperiode, die allerlei primitives Steinmaterial, wie Faustkeile, Pfeilspitzen, Schaber und Bohrer, ergab. Dann traten eine Pfahlbauschicht mit den ausgeprägten Resten eines umfangreichen Pfahlbaudorfes und darunter noch ältere Kulturperioden an, die, den Fundstücken nach zu schließen, bis in das 2. Acheuléen Hausers, also in das frühe Moustérien zu Beginn der 3. oder der Ribbeiszeit zurückreichen. Wenigstens weist ein Faustkeil, der in der Hand eines Skeletts gefunden wurde, auf diese Kulturschicht hin. Das Skelett selbst zeigt zwar eine höhere Entwicklung als die gorilloide Westrasse des Homo Mousteriensis Hauseri mit ihrem fliehenden, unentwickelten Kinn. Es ist also möglich, daß der betreffende Urmensch sich den Faustkeil eines ältern Ahnen angeeignet hat. Ein endgültiges Urteil über diesen Punkt wird erst dann zu fällen sein, wenn die archäologische Untersuchung, die gegenwärtig in Berlin vorgenommen wird, abgeschlossen ist. Nach der Ansicht H. W. Behms im Prometheus handelt es sich entweder um einen Angehörigen der fossilen Mittelmeerrasse, das heißt um den sogenannten Lössmenschen, oder um einen Vertreter der jüngsten fossilen Rasse, das heißt den Cro-Magnon-Menschen oder den Renntierjäger. Auf diesen Typus weisen auch die Wildfanggruben hin, die an der Beresina, wie seinerzeit von Hauser im Vézèretal, festgestellt wurden. Sie dienten dem Urzeitjäger dazu das große Wild, dem er mit seinen primitiven Waffen nicht beikommen konnte, zu erledigen. Otto Hauser hat diese Wildfanggruben und die von dem damaligen Jäger vermutlich angewandte Jagdtaktik in seinem vor kurzem veröffentlichten, sehr interessanten Werk Der Mensch vor 100 000 Jahren (siehe darüber die Rundschau Biologie, auf der vorhergehenden Seite) ausführlich beschrieben. Doch möchte ich mich keineswegs zu seinen zeitlichen Fixierungen der einzelnen Kulturperioden verstehen. Es haftet ihnen im Grunde genommen doch etwas Willkürliches an. Auch wird sich erst noch ergeben müssen, wie diese Berechnungen mit den jüngsten, auf dem Zerfall der radioaktiven Elemente beruhenden Werten der zeitgeschichtlichen Erdmessung über-

einstimmen. Für das Acheuléen zum Beispiel, das auch für die Funde an der Beresina in Betracht kommt, hat Hauser eine Zeit von 80 000 bis 140 000 Jahren vor Christi Geburt ermittelt. Dergleichen erscheinen mir die von ihm in dem gleichen Werk für Deutschland und die Schweiz aufgestellten Belege des Micoqueformenkreises noch reichlich hypothetischer Natur zu sein. Noch weniger kann ich mich jedoch Behm anschließen, der auf Grund der Beresinafunde mit Wisler die Urheimat des Menschengeschlechts im Norden unseres Kontinents annimmt. Mit bloßen Behauptungen nützt man hier nichts.

Sagenforschung Eine der schwierigsten und umstrittensten Fragen der Sagenforschung sucht Hermann Patzig in der Schrift Die Verbindung der Sigfrids- und der Burgundensage /Dortmund, Ruhfus/ zu lösen. Ohne Einleitung und Vorrede packt er das Problem frisch an. Er führt gleich mit dem ersten Satz in den Kern der Untersuchung ein. »Für die Entscheidung der Frage, was dazu führte das Geschick der Burgunden mit dem Sigfrids zu verbinden, ist es zunächst wichtig die Heimat der Sagen festzustellen.« Da dabei auch Ergebnisse abfallen, die den Historiker und nicht etwa nur den Philologen oder den Literaturforscher interessieren, so mögen sie auch an dieser Stelle verzeichnet werden. Patzig geht von den Ortsbezeichnungen der nordischen Sigurdlieder aus. Da der Ahnherr der Völsungen nur in dem angelsächsischen Heldengedicht Beowulf mit dem Geschlechtsnamen Vaelse, im Nordischen aber bereits als Völsung erscheint, so nimmt Patzig an, daß man es hier mit einem Namen zu tun hat, der von einer Örtlichkeit hergeleitet ist. Diese sieht er in der Welse, die sich in die Delme und mit ihr in die Hunte ergießt. Damit wäre zugleich die Ableitung der Hundinge gegeben. Die Burgunden der feindlichen Welsungen und Hundinge müssen somit an der Welse und an der Hunte gelegen haben. Eine Welsburg erscheint zwar urkundlich erst im Jahr 1359, doch mag schon früher eine Ansiedlung dort bestanden haben, was auch aus Grabfunden bei Dötlingen hervorgeht. In unmittelbarer Nähe dieser Gegend müssen sich dann auch die Kämpfe zwischen den beiden Geschlechtern abgespielt haben. Der Loga fioll des nordischen Liedes läßt sich mit dem Gebirge, das sich von der Delme bis

zur Weser nordwestlich von Hoya hinzieht, identifizieren. Hier finden sich nämlich am Ost- und Westabfall des Höhenzuges zwei gleichlautende Ortsbezeichnungen Loge. Arasteine, bei dem Helge nach seinem Sieg über die Hundinge sich lagert, wird wohl Arsten gegenüber von Bremen gewesen sein. Nach Saxo Grammaticus soll Helge die Hundinge bei Stadium oppidum besiegt haben. Wahrscheinlich ist damit nicht Stade nahe der Unterelbe sondern Osterstade im Stedingerland gemeint, da dieses näher an den vorhin bezeichneten Orten liegt. Die Heimat Sigruns ist an der Unterelbe zu suchen. Sein Beiname frá Sevafíollom spielt auf die Seeve an, die bei Seven unweit Harburg in die Elbe mündet. In diesen Gegenden an der untern Elbe lassen sich auch andere Namen aus den Helgeliedern nachweisen. An der obren Seeve ist die Heimat der Walküre, das Munarheim, zu denken. Undeloh liegt nahe der Seevequelle, und Svarensaug könnte in dem Sahrholz zwischen Patzensen und Garsted an der Luhe gefunden werden. Die Sölheimer sind dann Solbeke im Gau Modestorpe oder Söhlingen nah der Veese. Brandey, der Flottensammelplatz Helges, ist die durch Külbrand und Reiherstieg eingeschlossene Elbinsel gegenüber Altona. Häming, dessen Tochter Helge liebt, ist vielleicht jener Hemmingus, der mit Karl dem Großen 810-811 Frieden schloß. Beachtenswert ist übrigens die Parallele, die Patzig zwischen dem mythischen Sigfrid und dem historischen Arminius zieht. Er schreibt: »Wenn aber Sigmund und Sigfrid als Welsungen in dem Chaukenland gedacht sind, so werden wir damit nah an das alte Gebiet der Cherusker geführt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß doch beide Gestalten auf das Segigeschlecht zurückgehen, dem Arminius angehört. Arminius raubt die ihn liebende Tochter des Segestes Hilde (Thusn-elda = Hilde des Kampfgetümmels) ihrem Verlobten gegen den Willen des Vaters, wie Sigfrid Helge, die Tochter Hagens, die ursprünglich Hilde hieß, ihrem Freier Hothbrodr. Beide kämpfen gegen den Schwiegervater. Wie ferner Sigfrid von Hagen, so wird Arminius von Verwandten ermordet, und Segestes oder sein Bruder Segimer kann hierbei die Hand im Spiele gehabt haben; denn sie wurden von den Römern verschont . . . Thusnelda und Hilde werden in die Fremde geführt, und jene gebiert dort den

Sohn: ein Zug, der wieder an Sisibes Geschick erinnert. Der Vater des Arminius . . . könnte Sigmund heißen haben.« Berechtigt ist ferner der Hinweis Patzigs auf das Aussetzungsmotiv in der nordischen Sagenfassung. Jung Sigfrid wird ebenso ausgesetzt, wie andere große Helden und Reichsgründer, wie Romulus, Moses, Skjöld Skefing usw. Mit der Romulussage sind sogar solche überraschende Ähnlichkeiten vorhanden, daß Livius, der den Vorgang erzählt, zum mindesten für die Thidrek-saga als Quelle anzusehen ist. Die Begegnung Sigfrids mit Brynhilde findet in Suava statt. Dies ist, nach Patzig, der Suavagau, der sich südlich der Bode von Oschersleben bis Aschersleben und Alsleben an der Saale erstreckte. Der Suavagau dehnte sich bis an die Ise aus, wo Brunhilds Heim zu suchen ist. Auch Sigrun paßt in diese Umgebung. Der Fjotorlund, in dem Helge von Hagens Sohn Dagr, wie Sigfrid von Hagen selbst, mit dem Speer erstochen wird, dürfte der Wald Federloh bei Rotenburg sein. Die Annahme wird auch durch weitere Argumente gestützt. Bei Federloh findet sich unter anderm ein Hinnenberg mit Hünengräbern. »Da gewinnt«, bemerkt Patzig, »das nahe liegende Sigefridesmoor, das, wenn auch nicht zur Zeit Karls des Großen, so doch im 11. Jahrhundert erwähnt wird, an Bedeutung, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß man es mit Bezug auf Sigfrids Ermordung benannte.« Wichtig ist dann die folgende Beziehung. Nördlich von der Ise im Gau Bodendike ist, bei den Orten Hintberge und Brokhintberge, das Hindarfjall des nordischen Liedes anzusetzen. Nahe dabei liegt nun Etzendorpe, das mit Etzels Name in Verbindung gebracht wurde. Auf diese Weise stellt Patzig die Verschweißung der Attilasage mit der Sigfrid-Brünhilde-Sage her. Nicht minder interessant sind seine weiteren Fixierungen, die über die Verbindung der Sigfridsage mit der Burgunden- und der Walthersage Aufschluß geben. Es sei hier jedoch nur noch seine Ansicht über den Ursprung der Bezeichnung Nibelungen mitgeteilt. Der Name wurde erst in Norddeutschland in die Hagen-, Gunther- und Hildesage eingeführt, und zwar bezeichnete man damit die Alemannen, die in das Gebiet der alten Burgunden um Worms eingedrückt waren. Ursprünglich umfaßte er jedoch den im Nibelgau ansässigen Stamm der Südschwaben. Die Ablei-

tung des Namens von Nebel oder Nifl kommt aus sprachlichen Gründen, die uns hier nicht weiter interessieren, nicht in Betracht. Alles deutet darauf hin, daß eine patronymische und örtliche Ableitung vorhanden war. Nun heißt noch heute das Flüßchen Eschach in Schwaben in einem Teil seines Laufes Nibel; der Nibelgau wird allerdings erst im 7. Jahrhundert erwähnt, dergleichen die nach ihm benannten Bewohner. »Daß er früher weiter nach Osten reichte, dürften die östlich vom Iller in der Kirnach gelegenen Nibelbach, Nibelobel, Nibelbrunnen, Nibelberg und Nibelackerlein wahrscheinlich machen. Die vereinzelt Erwähnung eines Nibelgaus und einer Nibelgaumühle bei Welzheim zwischen Kocher und Rems scheint auch dafür zu sprechen, daß der Name ursprünglich weiter nach Norden reichte.« Von hier aus kam der Name dann mit den Stammesangehörigen an den Rhein, wo sich später in Nivelstein in der Gegend von Laach ein weiterer Anhaltspunkt für die Fixierung mit der Sigfridsage bot. Hier sah man die Nibelungenburg Sigfrids. Norwege in der Marke ist dann das etwa 25 Kilometer südwestlich davon liegende Noorbeek. Auch Sunzin, die eigentliche Hauptstadt Sigmunds und Sigfrids, wurde in der Nähe angesetzt. Es ist dies Zons am Rhein. Erst später trat das entferntere Xanten dafür ein. Auf diese Weise lösen sich in der Tat manche Schwierigkeiten der Sagenverschweißung dieses Sagenkreises.

Kurze Chronik Der Archivarat Rosenfeld vom Marburger Staatsarchiv ist einer Verwundung und Erkrankung, die er sich im April auf dem Kriegsschauplatz zugezogen hatte, im Lazarett zu Köln-Ehrenfeld erlegen. ◊ Der ordentliche Professor für mittelalterliche und neue Geschichte an der Universität Basel Heinrich Boos ist, 60 Jahre alt, gestorben. Er ist mit Arbeiten über die Geschichte der Stadt Basel im Mittelalter und über die rheinische Städtekultur sowie mit Quellenwerken zur basellandschaftlichen und Wormser Geschichte hervorgetreten. ◊ Eine größere Anzahl menschlicher Knochen, die aus toten Rheinarmen am pfälzischen Ufer ausgebaggert worden sind, konnte mit Bestimmtheit der Neandertalrasse zugewiesen werden. Damit ist diese zum erstenmal auch für die Gegend des Oberrheins festgestellt worden. ◊ An der Bucht von Abukir ist eine große altägyptische Niederlassung

entdeckt worden. Man vermutet, daß man es mit dem antiken Canopus, dem voralexandrinischen Handelsmittelpunkt des Landes, zu tun hat. Bis jetzt wurden ein öffentliches Bad aus der Zeit der Ptolemäer, Bronzemünzen, einige Kunstgegenstände sowie eine chinesische Statue ausgegraben. Man kann aus dieser auf das Bestehen von Handelsbeziehungen zwischen China und Ägypten, mindestens auf indirekte, schließen. ◊ Die türkische Regierung hat die Gründung einer großen Urkundenbibliothek für die Geschichte des Islams beschlossen. Sie wird in Konstantinopel untergebracht werden und alle Dokumente, gedruckte und handschriftliche, die für das betreffende Forschungsgebiet von Interesse sind, zusammentragen. Übrigens sind vor kurzem wichtige Quellenwerke für die Kenntnis des 1. Jahrhunderts der mohammedanischen Zeitrechnung in Damaskus entdeckt worden. ◊ Das bisherige Kriegsarchiv der Universität Jena ist in ein selbständiges Forschungsinstitut für Kriegsgeschichte und verwandte Disziplinen umgewandelt worden. Professor Georg Mentz hat die Leitung, der frühere Staatsminister Clemens Delbrück den Vorsitz im Verwaltungsausschuß übernommen. ◊ Der bisherige Ordinarius der Geschichte an der Universität Graz Johann Loserth ist von seinem Lehramt zurückgetreten. Er hat eine Reihe wertvoller Quellen zur österreichischen Geschichte herausgegeben, vornehmlich aber über österreichische und englische Reformationsgeschichte gearbeitet. Er war der beste Kenner der Hus und Wiclif sowie der Gegenreformation in Innerösterreich. Auch zur Geschichte des steirischen Uradels hat er wichtige Beiträge geliefert. ◊ Der Vorsteher des Evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes Gustaf Dalman in Jerusalem, ist an die Universität Greifswald berufen worden. ◊ An der Münchener Universität hat sich Karl Alexander von Müller als Privatdozent für allgemeine deutsche und für bayrische Geschichte habilitiert; er war bisher Mitarbeiter an der Historischen Kommission der bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Literatur

Anspruchslos, aber wissenschaftlich und sympathisch geschrieben ist das Bändchen Belgien von Paul Osswald, das in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt erschienen ist. Der Verfasser hat den Stoff metho-

dologisch fein angepackt und gut gegliedert. In knappen Abschnitten zieht das Wesentliche aus der belgischen Geschichte, aus der Landeskunde, der Ethnographie und Kulturgeschichte und aus dem sozialen Leben an uns vorüber. Zahlreiche Kärtchen und statistische Tabellen erleichtern das Verständnis. Ausgezeichnet ist dem Verfasser die Darstellung des belgischen Freiheitskampfes gelungen, der nur das eine Ziel der Unabhängigkeit hatte und dazu jedes Mittel benutzte. Nicht ganz richtig ist die Behauptung, daß das Gefühl der Freiheit, das vollste demokratische Gefühl, hier wie sonst nirgends bis zum äußersten getrieben wurde. Die Schweizergeschichte zum Beispiel weist den selben Zug ebenso stark auf. Es ist zu loben, daß Oswald unter anderm auch die Mittlerrolle der flämischen Kunst zwischen Frankreich und Deutschland hervorhebt. Solche Ausführungen nützen für die Gegenwart mehr und bringen die Völker einander näher als wenn immer wieder die ehemaligen Gegensätze betont werden.

Rechtswissenschaft / Hugo Heinemann

Koalitionsrecht Die Gesellschaft für soziale Reform hat einen besonderen Studienausschuß eingesetzt, dessen Aufgabe es ist die dringlichsten und wichtigsten Punkte aus dem ungemein weitschichtigen Gebiet des reformbedürftigen Arbeiterrechts zu behandeln. Da für alle in Betracht kommenden Fragen der Bestand und die Rechtsstellung der Berufskoalitionen die entscheidenden Voraussetzungen bilden, so soll mit der Neuordnung des Koalitionsrechts der Anfang gemacht werden. Der Arbeitsausschuß besteht aus den Vertretern des Vorstands der Gesellschaft für soziale Reform Freiherrn von Berlepsch, Francke und Zimmermann, ferner dem Geschäftsführer des Reichskartells der Staatsarbeiterverbände Gutsche, dem Verbandsvorsitzenden der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Hartmann, dem Vertreter und Rechtsbeirat des Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften Röhr, dem Professor Herkner, dem Rechtsanwalt Sinzheimer, endlich dem Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Legien und dem Verfasser dieser Rundschau. Der Arbeitsplan wird nach folgenden Gesichtspunkten gegliedert:

1. Begriff der Koalition und Wesen des Koalitionsrechts unter Berücksichtigung der verschiedenen Gewerbe und Personenkreise.
2. Die strafrechtlichen Schranken und

Schutzbestimmungen für die Ausübung des Koalitionsrechts mit Berücksichtigung des Strafprozesses.

3. Die strafrechtlichen Nebengesetze, Polizei- und Verwaltungsgesetze in ihren Beziehungen zum Koalitionsrecht.

4. Das Bürgerliche Recht in seinen wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen auf die Koalition und die Koalitions-handlungen.

Als erstes abgeschlossenes Ergebnis ihrer bisherigen Beratungen übergibt die Gesellschaft eine Untersuchung über Koalitionsrecht und Strafrecht samt den daraus entsprungene Vorschlägen für eine Abänderung des Strafgesetzbuchs und der Gewerbeordnung der Öffentlichkeit /Jena, Gustav Fischer/. Die Reformvorschläge, die sich an die vorhandene Gesetzgebung anschließen, sind so gehalten, daß sie bei der Neuordnung des Strafgesetzbuchs unmittelbare Verwendung finden können. Die Gesellschaft für soziale Reform hofft, daß die Reformvorschläge bei der künftigen Neuordnung ein anderes Schicksal erfahren werden als alle bisherigen, schon Jahrzehnte alten Forderungen für den Ausbau der Koalitionsparagrafen zu einem Koalitionsrecht, und daß ihre gesetzgeberische Verwirklichung nicht allzu lange auf sich warten lassen werde. Dies liege nicht bloß im Interesse der Arbeiterschaft sondern der gesamten, sich immer fester auf Organisationen und Koalitionen aufbauenden Volksgemeinschaft im neuen Deutschland.

Beachtung verdient die Publikation insbesondere deshalb, weil die von ihr in Anregung gebrachten Reformen, die die wesentlichsten Mißstände auf dem Gebiet des Koalitionsrechts beseitigen, sofort in die Tat umgesetzt werden könnten, ohne daß irgendwelche grundsätzlichen Neuerungen auf dem Gebiet des Strafrechts oder irgendeiner andern Rechtsdisziplin notwendig sind. Es würden, wenn die Vorschläge zur Annahme gelangten, auch keine Unstimmigkeiten und Antinomien in die Gesetze hineingetragen werden. Ganz wie bei der Novelle zum Reichsvereinsgesetz genügen auch hier einige Federstriche, um die bitteren, leidenschaftlichen Klagen, die in der Arbeiterschaft durch gerichtliche Urteile oft genug hervorgerufen sind, verschwinden zu machen.

Die Schrift geht aus von der Erpressung. Daß der diese Materie regelnde Paragraph des Strafgesetzbuchs geändert werden muß, unterliegt keinem Zweifel, nachdem der von der Regierung am 12. März 1909 dem Reichstag vorgelegte Entwurf

eines Gesetzes betreffend Änderung des Strafgesetzbuchs selbst das vernichtende Urteil fällt, daß das geltende Recht das Streben des Arbeiters nach Verbesserung seiner Lebenshaltung dem schändlichsten und verabscheuungswürdigsten Gewerbe eines Erpressers gleichstelle. Die von der Novelle vorgeschlagene Änderung bringt, wie der Ausschuß der Gesellschaft für soziale Reform zutreffend darlegt, zwar einige Verbesserungen, reicht aber nicht aus, um die Anwendung des Erpressungsparagraphen auf die einfache Ausübung des Koalitionsrechts unmöglich zu machen. Unter eingehender Prüfung der zahlreichen von Juristen und Sozialpolitikern vorgeschlagenen Begriffsbestimmungen wird die folgende Definition in Anregung gebracht: »Als Erpressung ist zu bestrafen die Vermögensbeschädigung durch Abnötigung eines dem Gesetz zuwiderlaufenden Vermögensvorteils zugunsten des Nötigenden oder eines Dritten. Diese Nötigung muß, wenn Erpressung vorliegen soll, erfolgt sein durch diejenigen Mittel, die die räuberische Erpressung im Sinn des Reichsstrafgesetzbuchs charakterisieren, oder durch die Androhung von Handlungen, die an sich bereits gesetzwidrig sind oder endlich durch Drohung mit Strafanzeige, Offenbarung von Geheimnissen, Verlassen in hilfloser Lage oder mit einem Übel, das außerhalb jedes verkehrsmäßigen Zusammenhanges mit dem Entschlusse steht, zu dem der Bedrohte genötigt werden soll.« Diese Begriffsbestimmung bietet den weitem Vorteil, daß sie die Anwendung des Erpressungsparagraphen auch auf den Fall unmöglich macht, daß der Organisierte sich weigert mit Unorganisierten oder sogenannten Streikbrechern zusammenzuarbeiten.

Die Begriffe der Nötigung, Bedrohung und des Landzwangs will der Ausschuß in der vom Reichsstrafgesetzbuch diesen Delikten gegebenen Fassung beibehalten. Diese Fassungen verdienen, wie er zutreffend hervorhebt, den Vorzug vor den Vorschlägen der modernen deutschen Strafgesetzentwürfe, die an die Stelle der klaren und scharfen Definitionen des geltenden Rechts dehnbare Kautschukvorschriften setzen. Das aber ist der schwerste Fehler, den ein Strafgesetz machen kann, und daher im Interesse der gleichmäßigen Handhabung des Gesetzes, der Rechtssicherheit des Staatsbürgers, der Autorität der Rechtspflege und ihrer Träger sowie der Wirkung der Strafjustiz entschieden zu bekämpfen.

Ganz besonders eingehend werden die Maßnahmen besprochen, die die modernen Strafgesetzentwürfe an die Arbeitseinstellung in den sogenannten gemeinnötigen Betrieben knüpfen wollten. Bekanntlich wollten die neuesten Entwürfe hierfür schwere Kriminalstrafe eintreten lassen, und zwar nicht bloß für den streikenden Eisenbahnarbeiter sondern für jeden Staatsarbeiter, ja darüber hinaus für jeden Arbeiter, der in für die Allgemeinheit unentbehrlichen Betrieben arbeitet, gleichviel ob der betreffende Arbeiter ein Angestellter des Staates ist oder eines rein privatkapitalistischen Unternehmens. Daß, so sagt die Arbeit der Gesellschaft für soziale Reform zutreffend, »von einer amtlichen Kommission solche Vorschläge gemacht werden konnten, deren Erhebung zum Gesetz das deutsche Volk unheilbar sich in zwei auf Tod und Leben befehdende feindliche Lager gespalten hätte, ist nur daraus erklärlich, daß man in der organisierten Arbeiterschaft vor dem Krieg einen Fremdkörper in unserm staatlichen Leben sah, der ohne Verständnis für das Interesse, das er selbst an der Erhaltung der deutschen Industrie und ihrer Fortentwicklung hat, den Staat und seine Lebensnotwendigkeiten bewußt verneint. . . Diese Anschauungen sind heute beseitigt. Die Organisationen der Arbeiter haben sich als eine nationale und wirtschaftliche Notwendigkeit erwiesen; ihre Vertreter sind in großer Zahl in den verschiedensten Kriegserichtungen tätig. Die Regierungsvertreter haben dies bereitwilligst anerkannt. In der Arbeiterschaft vollzieht sich andererseits eine immer deutlicher werdende Umwandlung von der dem Staat negierenden Theorie zur Praxis, von der Kritik zur verantwortungsvollen Mitarbeit, vom Kampf um des Kampfes willen zum Zusammenarbeiten aller produzierenden Stände. Daß solche gewaltigen historischen Vorgänge sich nicht ohne Zuckungen und schmerzliche Geburtwehen vollziehen, versteht sich von selbst. Für Organisationen, denen klar geworden ist, daß Förderung des Gewerbes zu den vornehmsten Zielen der gewerkschaftlichen Betätigung gehört, für wirtschaftliche Gebilde, die sich als Träger auch des Produktionsinteresses bewährt, die erkannt haben, daß die gewerkschaftliche Politik vornehmlich auf die Produktion gerichtet sein muß, in der die eigentliche Volkskraft zum Ausdruck kommt, haben die Vorschläge der Strafrechtskommission jeden Sinn verloren.« Der Ausschuß der Gesellschaft

für soziale Reform verwirft daher die Vorschläge aller neueren Strafgesetzentwürfe, und er stellt die These auf: »Die in den modernen Strafgesetzentwürfen in Vorschlag gebrachte Kriminalstrafe für die Arbeitseinstellung in den sogenannten gemeinnötigen Betrieben ist in jeder Gestalt und Form abzulehnen.« Um die Anwendung des Groben Unfugs-Paragrafen auf die Ausübung des Koalitionsrechts, insbesondere die Verhängung eines Boykotts auszuschließen, schlägt der Ausschuß vor durch eine Definition im Gesetz, in Gemäßheit der jetzigen Rechtsprechung des Reichsgerichts, zum Ausdruck zu bringen, daß grober Unfug nur vorliegt, wenn der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung durch unmittlere Belästigung des Publikums gestört oder gefährdet wird.

Bei der Bestrafung des Vertragsbruchs sind die geltenden reichsrechtlichen Vorschriften nicht zu ändern. Weiter wird aus den bekannten, vielfach erörterten Gründen die Streichung des § 153 der Gewerbeordnung gefordert, der ein wirkliches Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse darstellt. Diese Forderung wird insbesondere mit Rücksicht auf ideale Momente begründet, da nichts das Selbstgefühl des deutschen Arbeiters und seine Würde tiefer verletzen würde als der Fortbestand der über sein Streben nach einem größeren Anteil am Ertrag der Arbeit gesetzlich verhängten *capitis diminutio*.

Der Ausschuß verlangt ferner einen strafrechtlichen Schutz des Koalitionsrechts. Zwar könne es auf den ersten Blick bedenklich erscheinen das Koalitionsrecht durch besondere Strafvorschriften zu schützen. Man könne einwenden, daß es verfehlt sei im selben Augenblick, in dem man die Ausnahmenvorschrift des § 153 beseitige, eine Sonderstrafbestimmung gegen die das Koalitionsrecht der Arbeiter angreifenden Unternehmer ins Leben zu rufen. Auch erscheine die Furcht begründet, daß, wenn überhaupt mit Sondervorschriften strafrechtlicher Natur auf dem Gebiet des Koalitionsrechts gearbeitet wird, der gleiche Gesichtspunkt auch gegenüber den Arbeiterkoalitionen zur Anwendung komme, und daß diese wiederum die einzig Leidtragenden wie oft so auch jetzt sein würden. Allein diese gewiß beachtenswerten Bedenken können nicht ausschlaggebend sein. Wirkliche Gleichheit gewährt der Gesetzgeber nur dadurch, daß er Ungleiches ungleich behandelt. Größtmöglicher Schutz des

Koalitionsrechts bedeutet Schutz der Kultur des größten Teils des deutschen Volkes. Überdies hatten die Angriffe auf die Koalitionsfreiheit vor dem Krieg eine so außerordentliche Stärke erreicht, daß dieses Rechtsgut nicht nur zivilrechtlichen sondern auch strafrechtlichen Schutz erfordert. Die Autorität des Gesetzes muß leiden, wenn dieses die Lebensverhältnisse, zu deren Regelung es bestimmt ist, nicht mehr beherrscht. Diese Erwägungen lassen es angeeignet erscheinen, daß der Staat alle Mittel, die er besitzt, in den Dienst des Koalitionsrechts stellt. Aus diesen Gründen schlägt der Ausschuß vor dem Strafgesetzbuch die folgende Bestimmung hinzuzufügen: »Der Arbeitgeber, welcher einen Arbeiter, sowie der Arbeiter, welcher einen Arbeitgeber durch Gewalt oder Drohung, Ehrverletzung oder Verurserklärung hindert an Vereinbarungen teilzunehmen oder solchen Folge zu leisten, deren Ziel die Herbeiführung einer Änderung des Arbeitsvertrages ist, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.«

Endlich beschäftigt sich der Ausschuß mit dem summarischen Verfahren. Er weist nach, daß die von dem Unternehmertum geforderte besonders schnelle Strafjustiz bei Streikdelikten im Interesse der Gerechtigkeit auf das unterschiedenste zu verwerfen ist. Die Prozesse, die sich im Anschluß an den letzten großen Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier 1912 abgespielt haben, beweisen, daß das sogenannte summarische Verfahren direkt zu einem Standrecht führt. Es geschieht auf Kosten des wichtigsten Rechts eines Angeklagten, seiner Verteidigungsfreiheit, und bedeutet die Wehrlosmachung des Angeklagten. Das geltende Recht liefert bereits so scharfe Waffen gegen den Rechtsbrecher, daß auch der Freund straffster staatlicher Ordnung sich damit begnügen kann. Das summarische Verfahren ist daher über das in der Strafprozeßordnung schon gegebene Maß hinaus nicht auszudehnen.

Kurze Chronik In der vorbehaltlosen Zahlung der Urteilssumme auf Grund eines für vorläufig vollstreckbar erklärten Urteils kann nach dem Kammergericht der Verzicht auf Einlegung des Rechtsmittels gefunden werden. ◊ Das Reichsgericht hat entschieden, daß es eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung darstellt, wenn die Ehefrau eines Angeklagten deshalb zu laden abgelehnt wird, weil ihr Zeugnis in keinem Fall

geeignet wäre das sonstige Beweisergebnis zu erschüttern. Dies Urteil schiebt der ungerechtfertigten Einschränkung des Entlastungsbeweises einen Riegel vor. ◊ In einer andern praktisch erheblichen Entscheidung spricht das Reichsgericht aus, daß die Nichtbeachtung der Anordnung des Revisionsgerichts, durch die die Sache an einen andern bestimmten Senat des Berufungsgerichts zurückverwiesen wird, der Nachprüfung des Revisionsgerichts unterliegt und ein Urteil anfechtbar macht. ◊ Das Reichsversicherungsamt hat erneut erkannt, daß dem Unfallverletzten die Verpflichtung nicht auferlegt werden könne tiefgreifende operative Eingriffe zu dulden, auch wenn sie nach allgemeiner ärztlicher Erfahrung mit Lebensgefahr nicht verbunden sind. Die Berechtigung Operationen abzulehnen bilde ein unantastbares persönliches Recht und könne daher dem Verletzten auch im Weg richterlicher Entscheidung nicht geschmälert werden. ◊ Weitergabe einer Druckschrift an einen einzelnen ist, wie das Kammergericht ausgesprochen hat, eine Verbreitung, wenn die Weitergabe in der Absicht erfolgt ist, daß der Adressat die Druckschrift wieder weitergeben solle. ◊ Nach einer wichtigen Entscheidung des Reichsgerichts hemmt eine Verzögerung der Behandlung des Armenrechtsgesuchs durch das Gericht die Verjährung, da ein derartiges Verfahren sich als ein von außen her wirkendes Ereignis darstellt, das auch durch die äußersten Umständen angemessene Sorgfalt und Umsicht nicht vermieden werden kann. ◊ In einer durchaus zutreffenden Entscheidung führt das Reichsgericht aus, daß der Verteidiger befugt ist sich bei der Verteidigung auf einen von den Angaben des Angeklagten abweichenden Boden zu stellen. Beweise, die das zum Ausdruck bringen, sind zu erheben. Ohne eine solche Erhebung kann die Glaubwürdigkeit eines Geständnisses des Angeklagten nicht festgestellt werden. ◊ Wenn auch den Geschworenen kein Einfluß auf die Bestimmung des Umfangs der Beweisaufnahme zusteht, so ist nach einem Urteil des Reichsgerichts deshalb die Einholung der Meinungsäußerung der Geschworenen durch das Gericht nicht unzulässig. ◊ Ein die Aufführung von Films untersagendes Verbot des Oberpräsidenten hat dem Oberverwaltungsgericht Anlaß gegeben seine sehr zu begrüßende Rechtsauffassung erneut

zu betonen: daß die Polizei lediglich befugt ist ihr Verbotsrecht mit Gründen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu stützen, daß aber die Grundsätze des guten Geschmacks und der Ästhetik für die Polizei in keiner Weise in Betracht kommen.

KUNST

Bühnenkunst / Nora Zepler

Operndarstellung Wer bei einer Opernaufführung nicht nur auf das Musikalische sondern auch auf das Theatralische Wert legt, wird in der Regel enttäuscht feststellen müssen, daß die Operndarstellung heute noch in den primitivsten Formen steckt, so daß von einer Kunst des Opernspiels allgemein kaum gesprochen werden kann. Es herrscht bei der Oper ein gedankenloser Konservatismus, der sich nicht zum mindesten in der Auswahl des Programms zeigt. Nicht, wie bei der Sprechbühne, um Übergehen der neuen Männer handelt es sich hier; im allgemeinen kommt die (an sich zurzeit freilich dürftige) Produktion wohl zu ihrem Recht. Wohl aber um Übergehen hochbedeutender Werke der nahen und fernern Vergangenheit. Die Opernliteratur birgt eine Fülle von köstlichen Schätzen; auf den Spielplänen unserer Opernhäuser aber fehlt davon das meiste, während die musikalisch ärmliche Martha oder die sentimentale und erfindungsleere Mignon das Feld beherrschen. Sogar die Operette schleicht sich mehr und mehr in den Spielplan der Opernbühnen ein, wo sie doch (die genialen Satiren eines Offenbach nehme ich natürlich aus) gar nichts zu suchen hat. Solche Vermengung ist geeignet das Niveau der Oper unmerklich herabzuziehen. Dafür sind die Gipfelpunkte der gesamten Opernliteratur, Mozart und Gluck, in unserm Spielplan verschwindend vertreten. Von Mozart spielt man eigentlich nur Figaros Hochzeit ständig, alles andere wird in jahrelangen Abständen, Idomeneus und Titus seit den Mozartzyklen der Ära Hochberg überhaupt nicht gegeben; auch das wunderschöne Singspiel Bastien und Bastienne ist seit jener Zeit ganz von der Opernbühne verschwunden: soll das Marionettentheater einen Ersatz bilden? Gluck kommt einige Male im Jahr mit dem Orpheus zu Wort, die Aufführung eines so wundervollen Werkes wie Iphigenie in Aulis war geradezu ein Ereignis, Alceste, Paris und Helena, Armide und Iphigenie auf Tauris sind dem Publikum vollständig

unbekannt, ebenso wie Händels Theseus, Ariadne, Rinaldo. Der Entschuldigung, all diese Werke fänden keinen Anklang, widerspricht die historische Tatsache ihrer früheren glänzenden Erfolge. Es kann an dieser Stelle unmöglich die ganze Reihe bedeutender Opernwerke aufgezählt werden. Ich beschränke mich darauf einige herauszugreifen: aus Italien, der Heimat der Oper, die Werke von Alessandro Scarlatti und Tomaso Traetta; ferner unter den komischen Opern des genialen, jung gestorbenen Pergolesi *La serva padrone*, Nicola Piccini Hauptwerk *Cecchina nubile*, die Opern Paisiello, dessen vormals berühmter Barbier von Sevilla vor einigen Jahren durch das Phänomen d'Andrade für einen Abend lebendig wurde (gerade dieses Werk kann sich allerdings auf die Dauer neben Rossini nicht behaupten), *Cimaraso Italiana* in Londre und *Il matrimonio segreto*. Fast vergessen sind in unseren Opernhäusern die Meister der deutschen Romantik, der melodiose, zarte Spohr und Marschner (*Vampyr*, *Templer* und *Jüdin*, *Hans Heiling*). Aus Frankreich seien vor allen Mehul genannt, dessen Joseph in Ägypten viel, viel zu selten gegeben wird, und der hochbedeutende Cherubini (der von tragischer Größe erfüllte Wasserträger, *Ali Baba*, *Elisa*); dann die Meister der Spieloper Boieldieu, dessen einst so beliebte Opern *Kalif von Bagdad*, *Johann von Paris*, *Die weiße Dame vom Spielplan* fast ganz verschwanden, *Adam* (zu Unrecht nur durch den Postillon von Lonjumeau bekannt, während die musikalisch reizvolle *Nürnberger Puppe* auch ins Marionettentheater übersiedeln mußte), und der nur noch zuweilen gespielte Auber (*Fra Diavolo*, *Der schwarze Domino*, *Maurer und Schlosser*). Selbst auf dem Gebiet der sogenannten großen Oper gibt es, so viel man auch gegen die Gattung einwenden mag, eine Reihe hervorragender Werke: *Cherubinis Medea* und den schon erwähnten Wasserträger, *Spontinis Vestalin*, *Ferdinand Cortez*, *Olympia*, *Lesueurs Telemach*, *Aubers Stumme von Portici*, die freilich hin und wieder erscheint. Vor allem aber müßten Werke wie *Cornelius' Barbier von Bagdad*, *Bizets Djamilah* und *Perlenfischer*, *Smetanas Dalibor*, *Kuß*, *Zwei Witwer* zum eisernen Bestand der Opernspielpläne gehören. Von den Russen würden neben *Tschaikowskij* (dessen *Eugen Onegin*, ein Werk, zum Herzen sprechend wie die russische Seele, vom Deutschen Opernhaus von Zeit zu Zeit herausgebracht wird) auch *Glinka*, *Ru-*

binstein, *Rimskij-Korsakow* eine interessante Repertoirebereicherung bilden. Und daß man ein unvergleichliches Meisterwerk wie *Verdis Falstaff* jahrelang liegen ließ, ist überhaupt durch nichts zu entschuldigen.

Als hauptsächlichsten Grund für das Fehlen der wichtigsten Werke auf dem Spielplan muß man die Tatsache ansehen, daß heutzutage die wenigsten Sänger den gesangstechnischen Erfordernissen dieser Werke überhaupt gewachsen sind. In der Tat verlangt eine *Mozartische Cantilene*, ein *prestissimo tempo* oder ein *Glucksches* oder *Händelsches Largo* eine technische Vollendung, wie sie nicht entfernt mehr selbst auf den ersten Opernbühnen anzutreffen ist. Die Kunst des Singens, vormals die selbstverständliche Voraussetzung der Sängeraufbahn, ist seit dem Aufkommen der *Wagnerschen Werke* in beschämender Weise in Verfall geraten. Und zwar beruht das auf der irrigen Annahme, der *Wagnersche Stil* sei mit dem wesensfremden *italienischen Belkanto* unvereinbar. Man kann freilich in *Wagnerpartien* bei einem kräftigen Stimmmaterial die technischen Mängel leichter verdecken als in *klassischen*, in *Wirklichkeit* aber wird nur der Sänger auch *Wagnersche Rollen* vollendet gestalten, der die Kunst des *Belkanto* beherrscht. Die wirklich bedeutenden *Wagnerdarsteller* waren denn auch sämtlich Sänger guter *italienischer Schule*: Man denke nur an *Alvary* oder an *Betz*; *Niemann* ging noch nachträglich in die *Schule des Pariser Stimmlehrers Duprez*, und auch die zurzeit markanteste Persönlichkeit der *Berliner Königlichen Oper*, *Bohnen*, ist wiederum ein glänzender *Gesangstechniker*.

Natürlich liegt für einen Sänger ohne künstlerisches Gewissen die Gefahr nahe seine Technik zu mißbrauchen, um mit der Kraft und dem Wohlklang seiner Kehle zu prunken, ohne Rücksicht auf die darzustellende Partie, und die Kritik an der Gesamtleistung unterliegt leicht der Bestechung durch den akustischen Reiz, weshalb denn auch das *Startum* nirgends so wurzelt wie bei der Oper. Die schlimmen *mimischen Exzesse* vieler gefeierter *Sangesgrößen*, die von einem absolut oberflächlichen Herangehen an die darstellerische Aufgabe zeugen, sind nur darum möglich, weil überhaupt noch keine einheitlich erfaßte *Opernregie* besteht. Auf der kleinsten *Provinzsprechbühne* wäre es nicht mehr angängig eine *Dichtung* ohne eine zugrunde gelegte *Idee*, sei diese auch noch so verfehlt, aufzuführen. Bei der Oper

ist das selbst in großen Instituten alltäglich, und auch die glänzendsten Leistungen einzelner hervorragender Künstler kommen nicht dagegen an. Einzig in Wagners Werken hat man musikalische Dramen sehen gelernt und ihre Darstellung durchschnittlich entsprechend vertieft. Den Werken anderer Meister läßt man den selben Ernst der Darstellung nicht angedeihen. Dabei aber geht man am eigentlichen, tiefsten Inhalt ihrer Musik einfach vorüber; denn es ist ja unmöglich, wie das bei älteren Werken der Opernliteratur und sehr zu Unrecht sogar bei Mozart geschieht, eine Zweiteilung zwischen Musik und Gegenstand zu machen, den Gegenstand nur als Vorwand zu musikalischen Einfällen anzusehen. Mozarts Opern vor allem müssen von der verständnislos spielerischen Darstellungsmanier erlöst, ihre hinter der Heiterkeit verborgene Tragik muß vom Hörer geahnt werden. Der tief religiöse und ethische Inhalt der Zauberflöte hat Goethe zu einer Fortsetzung veranlassen können. Die Ahnungsleere gegenüber Mozarts wirklichem Wesen zeigt sich namentlich in der Darstellung des Don Juan. Trotz E. Th. A. Hoffmanns genialer Entwicklung des Don Juan-Problems hat noch keine Spielleitung dies Problem, die Liebe zwischen Don Juan und Donna Anna, erfaßt. Der faszinierenden Dämonie eines d'Andrade, dieses Don Juan der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, stand wohl noch nie die Größe einer aus Bestimmung ihm angehörenden und aus der gleichen Bestimmung sich bis zum Tod gegen ihn wehrenden Donna Anna gegenüber. Da ist es eine um so schwerere Unterlassungssünde, wenn bei so Entscheidendem die Leitung nicht gestaltend eingreift. (Übrigens sei bei dieser Gelegenheit auf das hochinteressante, materialreiche Don Juan-Sonderheft verwiesen, das die von der Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände herausgegebene Zeitschrift Die Szene / Berlin, Vita/ kürzlich erscheinen ließ.) Auch Figaros Hochzeit wird auf der Bühne zu einer kokett tändelnden Liebesintriqe verkleinert, ohne die schwermütige Resignation, die sich hinter dem lächelnden Vorgang verbirgt. Die snobistische Mode, die in den letzten Jahren von einigen Literaten eingeführt wurde: in den Mozartschen Werken Buffoopern sehen zu wollen (eine Auffassung, die zwar nicht für Mozart, wohl aber für das Literaturtentum charakteristisch ist), tut noch das ihrige zur Verkleinerung des Größten. Wie spießbürgerlich plump sind

doch im Grunde diese Theoretiker der Grazie mit ihrer gepredigten *göttlichen Heiterkeit!*

Was ist nun für die Operndarstellung der richtige Stil? Wer die Aufgaben seiner Kunst von innen heraus gestaltet, der findet von selbst dafür die Ausdrucksform, die man für gewöhnlich als realistisch bezeichnet, aber weiter gefaßt und treffender einfach wahr nennen müßte. Das gilt für die Oper wie für das Schauspiel und spricht dort wieder jeder unechten Pathetik und Mimik das Urteil. Natürlich wird sich die Körpersprache jeweils dem Geist des Werkes anpassen. Ein Genie wie Gemma Bellincioni kann man freilich nicht postulieren. Wo diese Einzigartige auf der Bühne stand, bedurfte es keiner weitem Regie; denn ihr Leben mußte sich von selbst auf alle, auch auf die Stumpfsinnigsten, übertragen. Sonst aber hat die Leitung die wichtige Aufgabe der Darstellung das Abirren unmöglich zu machen. Die Einwirkung des musikalischen Rhythmus auf den Darstellungsstil bedarf keiner besondern Erwähnung. Selbstverständlich hat die Opernregie nicht bei den Solisten haltzumachen sondern das gesamte Werk beseelend zu durchdringen. Alle Bemühungen der Sänger können die Illusion nicht retten, wenn dazwischen die Chöre, an zwei Seiten gleich Hampelmännern aufgereiht, mit stumpfsinnigen Mienen ihren Part herunterzingen. Wirkliche Einheit des Spiels kann freilich nur mit einem dauernden aufeinander eingestellten Ensemble erreicht werden; das planlose Kommen und Gehen von Mitgliedern, die Unsitte der ständigen Aushilfsgastspiele, wie es in den letzten Jahren in der Königlichen Oper Brauch war, schließt ein vertieftes Arbeiten von vornherein aus. Ferner erhellt die Notwendigkeit wie für das Schauspiel so auch für die Oper endlich einen Stamm musikalisch feinfühler, im guten Sinn moderner Regisseure heranzuziehen, die sich durchaus nicht nur aus Musikkreisen zu rekrutieren brauchen. Hans Gregor hat während seiner Direktionszeit in der Komischen Oper, über die in dieser Rundschau (1911 III, Seite 1303 ff.) seinerzeit rühmend gesprochen wurde, den Beweis erbracht, wie starke Eindrücke sich mit einem nur durchschnittlichen Sängermaterial erzielen lassen, wenn ein gestaltender Wille sich ihm aufprägt. Man vergleiche nur einmal die jüngsten Aufführungen von Hoffmanns Erzählungen mit der vorbildlichen Gregors, über der bis ins

letzte die echt Hoffmannsche Stimmung von genialischem Schmerz und schwingender Sehnsucht lagerte; auch in einer Aufführung des hochwertigen Dresdener Opernhauses (in der Minnie Nast eine wundervolle Antonia gab) lebte der Geist des Werkes. Wie philiströs waren dagegen die letzten Berliner Aufführungen. Im Königlichen Opernhaus wurde noch dazu durch das unglaublich törichte Herausstreichen der Figuren des Lindorf und der Stella das Werk seines eigentlichen Sinnes beraubt (siehe diese Rundschau, 1915 III, Seite 1270 f.). Ein wesentlicher Faktor für die Opernregie wäre die Erkenntnis vom innern Wesen der Wagnergestalten, die heute noch nicht endgültig verbreitet ist, wie die häufig anzutreffende Bärtigkeit der Helden, nur scheinbar ein Äußerliches, beweist. Hier kann ich selbst Hans Pfitzner nicht beipflichten, der in seinem hochinteressanten Buch Vom musikalischen Drama auch diesen Punkt berührt hat. Denn, wie hier bereits in der Rundschau Musik (1916 I, Seite 356) zutreffend ausgeführt wurde, »die Bartlosigkeit, wie sie von dem wahrhaft bedeutenden Künstler Alvary zuerst erfaßt und durchgeführt wurde, folgt nicht naturalistisch aus der Jugend (oder gar aus der Möglichkeit den Bart zu entfernen) sondern lediglich aus dem innern Wesen des Helden; sie ist nicht materieller Art, und es ist daher ganz verfehlt unter den einzelnen Gestalten oder gar unter ihren Lebensstadien in dieser Beziehung zu differenzieren«. Ganz verfehlt und obendrein religiös verletzend ist auch der Christusbart Parsifals im letzten Akt, und es war eine der wenigen richtigen Handlungen der Berliner Königlichen Oper, daß sie ihn wieder abschaffte. Wie die Darstellung, muß auch das szenische Bild vom Geist des Papiermaché gereinigt werden. Ein toter Pomp degradiert besonders ältere Opern häufig zu Schaubjekten. Inszenierung und Darstellung sollen zu einem Ganzen verschmelzen. Wie eine Offenbarung wirkt im 2. Akt des Lohengrin in der Dresdener Oper das allmähliche Erwachen der Burginsassen, dem sich der sonst so parademäßige Hochzeitszug organisch anschließt. Auch das Berliner Deutsche Opernhaus hat in dieser Hinsicht eine dankenswerte Arbeit geleistet. Wo aber jedes Bild die Illusion nur enttäuscht, da soll man zugunsten der Phantasie freiwillig verzichten.

In schroffem Gegensatz zu allen berechtigten Reformwünschen steht eine ge-

wisse Neuerungssucht, wie sie sich besonders in unserer Königlichen Oper in mindestens unsachlichen und unwesentlichen, oft aber geradezu sinnwidrigen Veränderungen kundtut. So bei der schon erwähnten Hoffmannaufführung, so auch bei der büchernen Verlegung des Schauplatzes der Zauberflöte von Ägypten nach Vorderasien. Denn die Ideen des Werkes wurzeln nun einmal in Ägypten; aber selbst davon abgesehen, hatte weder Mozart noch das Publikum von der Ortsveränderung irgendeinen Vorteil. Zu den unerfreulichen Neuerungen zählt auch die quasi diktatorische Befürwortung der Scheidemantelschen Don Juan-Bearbeitung durch den Deutschen Bühnenverein. Gewiß soll man Sinnlosigkeiten, die sich im Lauf der Jahre eingenistet haben, rücksichtslos beseitigen. Aber es wird sicherlich eher verstimmen als befriedigen bei den seit frühester Kindheit vertrauten Melodien plötzlich an Stelle der lieben alten Worte fremde zu hören, selbst wenn sie dem Text des italienischen Originals etwas mehr entsprechen als die früheren. Ebenso ist es aufs äußerste zu mißbilligen, wenn das Deutsche Opernhaus den Schauplatz einer so allbekannt und allbeliebten Oper wie des Goldenen Kreuzes aus vermeintlich patriotischen Gründen von Frankreich nach Deutschland verlegt und aus dem Napoléonischen Korporal einen preußischen Feldwebel macht; denn die Partitur der Oper ist, wie Hermann Springer in der Deutschen Tageszeitung vom 22. September 1917 mit Recht feststellte, »mit höchst feinem Gefühl und mit bewundernswerter Sicherheit aus dem französischen Stil und Geist herausgewachsen, welcher der Handlung entspricht«. Die deutschen Hörer sind in Wahrheit weit entfernt von jener Engzürigkeit, die die Leitung des Deutschen Opernhauses ihnen zutraut. Veränderungen wie Kürzungen sind nur da angebracht, wo der reinen Kristallisierung des Kunstwerks damit gedient wird. Man braucht nicht in falscher Pietät dem Komponisten haargenau zu folgen, matte Stellen mag man im Interesse des Werkes ruhig streichen, selbst gegen die Ansicht des Komponisten. Der lange Chor zum Beispiel im 2. Akt des Lohengrin nach Lohengrins »Elsa — wie seh' ich sie erbeben« muß unbedingt fortfallen. Dagegen soll man nicht Wesentliches streichen oder verändern, um eine Zeitverkürzung zu erzielen. Die törichten, auf allen deutschen Opernbühnen üblichen

Streichungen in der Verkauften Braut müssen jeden musikalisch Empfindenden mit Ingrim erfüllen. Es ließe sich über das Thema der Operndarstellung im einzelnen noch sehr vieles ausführen. Hier sollten indes nur die Richtlinien einer Entwicklung angedeutet werden. Man muß abwarten, ob der kommende Winter einen Schritt vorwärts in der Opernkunst tun wird.

Kurze Chronik Der Hilfsregisseur am Leipziger Städtischen Theater Heinz Jatho, ein Sohn Carl Jathos, ist auf dem Schlachtfeld im Osten gefallen. ◊ Im Juli starb das frühere Mitglied des Berliner Königlichen Schauspielhauses Luise Willig. Sie war kein großes tragisches Talent, wirkte aber durch die sympathische Schlichtheit ihres Auftretens. ◊ Am 20. Juli starb, fast 70 Jahre alt, Wilhelm Heinrich, der 26 Jahre lang Leiter des Heidelberger Stadttheaters war und in der Bühnenwelt als künstlerische Persönlichkeit und feinsinniger Förderer junger Begabungen hohes Ansehen genoß. ◊ Ebenfalls 70 Jahre alt, starb im Juli Marie Richter-Moritz, die in den sechziger Jahren am Berliner Königlichen Schauspielhaus wirkte und durch ihren Liebreiz auf die Zuschauer starken Eindruck machte. ◊ Im August starb 55jährig der Oberregisseur der Münchener Hofoper und des Prinzregententheaters Raoul Walther, in früheren Jahren ein beliebter Tenor. ◊ Im September starb Marie Schröder-Hanfstaengl, die viele Jahre hindurch der Stuttgarter, dann der Frankfurter Opernbühne angehörte. ◊ Der Kreis des Sturms zielt in einer neugegründeten Vereinigung Sturmbühne darauf ab mit einer Auswahl für die moderne Kunst empfänglicher die Erkenntnis vom Wesen der »Kunst als geistiges Erlebnis« zu verbreiten und der neuen Dichtung mit Hilfe einer eigens entwickelten Schauspielkunst den Weg zu bahnen. Der Leitung der Sturmbühne gehören John Schikowski als Vorsitzender, Rudolf Bauer, Rudolf Blümner, Lothar Schreyer und Herwarth Walden an. Zu den Mitgliedern zählen unter anderen bereits Arno Holz, Richard Dehmel, Hermann Essig, Jacoba van Heemskerck. ◊ Max Reinhardt wird vor einer neugebildeten Kunstgesellschaft zur Förderung der Bühnenwerke junger Schriftsteller an seinen Bühnen regelmäßige Aufführungen solcher Werke veranstalten. ◊ Der Frankfurter Intendant Zeiß

hat den bemerkenswerten Plan gefaßt die Aufführungen wichtiger Neuheiten durch einleitende Vorträge erläutern zu lassen. Unter anderem wird Julius Bab über das expressionistische Drama sprechen. Ob durch solche Belehrung nicht die Unmittelbarkeit des Eindrucks gemindert wird, ist immerhin zu bedenken. ◊ Ein vor kurzem gebildeter sogenannter Lichtspielrat soll unter der Ägide des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht die vorhandenen belehrenden und unterhaltenden Films verzeichnen und Spielfolgen für Reformbühnen daraus zusammenstellen. ◊ Am 1. September konnte Marie Goetze ihre 25jährige Zugehörigkeit zum Berliner Königlichen Opernhaus feiern, zu dessen bedeutendsten Mitgliedern sie zählt. Der wundervoll edle Klang ihrer dunklen, meisterhaft kultivierten Altstimme dient einer vergeistigten Leidenschaft der Gestaltung. Ihre größte Leistung ist die ergreifende Darstellung des Orpheus.

Literatur Eine Schriftenserie Deutsche Theaterkultur hat bei Diederichs in Jena zu erscheinen begonnen. Im 1. Heft (Beiträge zur Theaterkulturbewegung) werden 3 Vorträge von W. C. Gerst, C. Th. Kaempf und M. Pfeiffer wiedergegeben, in denen hauptsächlich das Theoretische des Problems erörtert wird. Im 2. Heft (Wege zur Kulturbühne) beschäftigt sich Ernst Leopold Stahl mit der praktischen Seite der Frage. Im Hinblick auf die angestrebte Umwandlung der deutschen Bühne in eine wirkliche Volkserziehungsstätte weist er die Provinztheater als auf ihre Hauptaufgabe auf die zielbewußte Pflege der gütigen klassischen Dichtung, während er die Förderung umstrittener neuer Autoren in erster Linie den spezialisierten Weltstadtbühnen vorbehalten und für die Provinz auf besondere literarische Abende beschränkt sehen möchte. Zur Verwirklichung des aufgestellten Ziels verlangt er mit dem Theaterkulturverband eine grundsätzliche materielle und ideelle Mitarbeit der Städte an den Provinztheatern, tunlichst auch an den Hofbühnen. Dabei ist freilich die Gefahr einer engherzigen Ausübung des Kunstregiments durch die Behörden keineswegs zu unterschätzen; doch beweisen die bisher gemachten Erfahrungen, daß schließlich die Persönlichkeit des Theaterleiters stets ausschlaggebend bleibt. Von Stahls übrigen Forderungen sind die nach Gründung

von Städtebundtheatern, nach organisierter Verbreitung der Wanderbühnen, nach planmäßigen Ensemblekunstreisen mit wichtigen Stücken und nicht zuletzt nach erhöhter Werbearbeit für die künstlerischen Bestrebungen zu registrieren. Die andere Broschüre ist ein interessantes Dokument. Die Vorträge geben nämlich Zeugnis für das an sich durchaus schöne Ziel einer Durchdringung der Theaterkunst mit ethischem Ideengehalt, das sich der Theaterkulturverband gesteckt hat. Aber dies vorurteilsfreie Streben wurde (und eine ähnliche Gefahr bedroht viele öffentlich organisierte Ideen) von engherziger Philistermoral durch- und zersetzt und zu allerlei reaktionären Bestrebungen ausgenutzt. Diese schlimme Bahn soll freilich neuestens verlassen sein. Über die Bewegung selbst wird erst geurteilt werden können, wenn man einigermaßen klar sehen kann, wohin sie steuert.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Photographie: In der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft habe ich in zwei

Vorträgen über meine Untersuchungen berichtet, die ich über die aktinische Wirkung künstlicher Lichtquellen auf photographische Platten angestellt hatte. Hier sei kurz der Zweck dieser Untersuchungen und deren Ergebnis angeführt. Das künstliche Licht hat in von Jahr zu Jahr steigendem Umfang Eingang in die photographische Praxis gefunden. Reproduktionsanstalten, Klichschneidereien, Lichtdruckanstalten usw. arbeiten gegenwärtig fast ausschließlich mit künstlichen Lichtquellen, und auch in Aufnahmeateliers für die Bildnisphotographie sucht man sich von der Unzuverlässigkeit und Inkonstanz des natürlichen Lichts frei zu machen. In der technischen Photographie benutzt man fast ausschließlich Bogenlampen oder Quecksilberdampflampen; in Aufnahmeateliers werden neben Bogenlampen und Quecksilberdampflampen auch überspannte Glühlampen angewandt. Neuerdings finden auch gasgefüllte Glühlampen Beachtung. In sehr bescheidenem Umfang dagegen kommt Gasglühlicht zur Anwendung. Aus diesem Grund ist es von Wert die wichtigsten für die Photographie in Betracht kommenden Lichtquellen in ihrer aktinischen Wirkung direkt mit einander zu vergleichen beziehungsweise auf einen Einheitsstrahler zurückzuführen. Als Einheits-

strahler wurde die genau definierte Hefnerlampe angenommen und deren aktinische Wirkung in 1 Meter Abstand, während der Zeiteinheit ausgeübt, gleich 1 gesetzt. Als Maß für die aktinische Wirkung wurde die Schwärzung photographischer Schichten genommen, die photometrisch ausgewertet wurde. Die einzelnen Lichtquellen rangieren nun in sehr verschiedener Reihenfolge, je nachdem man sie auf die gewöhnliche photographische Platte einwirken läßt oder auf Platten, die durch künstliche Mittel farbenempfindlich gemacht worden sind. Abgesehen von der absoluten Lichtstärke der einzelnen Lichtquellen, die natürlich leicht auf die Einheit zurückgeführt werden kann, hängt das ausschließliche von der spektralen Zusammensetzung des ausgesandten Lichts ab und davon, wie die einzelnen photographischen Platten auf Licht von verschiedener Wellenlänge reagieren. Die gewöhnliche photographische Bromsilberplatte hat ihr Empfindlichkeitsmaximum für Strahlen von etwa $\frac{460}{1,000,000}$ Millimeter Wellenlänge. Die Empfindlichkeit ist noch sehr groß im Violetten und Ultraviolett, dagegen schon sehr klein im Grünen und fast gleich null im Gelben und im Roten. Da das Glas der photographischen Objektive für ultraviolette Strahlen fast undurchlässig ist, so spielt die Plattenempfindlichkeit in diesem Spektralbezirk praktisch eine nur sehr untergeordnete Rolle, und es kommt eigentlich nur die Blauempfindlichkeit in Betracht. Daher die bekannte Erscheinung, daß die Positivkopien von photographischen Aufnahmen, die mit gewöhnlichen Platten gemacht wurden, blau ganz hell, fast weiß wiedergeben, dagegen Gegenstände von gelber Farbe dunkel erscheinen lassen, obwohl das Auge gelb als hell und blau als dunkel empfindet. Die Augenempfindlichkeit ist nämlich am größten im Gelbgrünen und fällt sowohl nach dem blauen als auch nach dem roten Ende des Spektrums ziemlich gleichmäßig ab. Aufnahmen mit gewöhnlichen photographischen Platten sind also nichts weniger als naturgetreu. Daß diese Fälschungen außer bei Aufnahmen von Gemälden und Objekten mit sehr großen Farbenunterschieden nicht noch krasser ausfallen, erklärt sich daraus, daß das von den Objekten reflektierte farbige Licht immer noch einen erheblichen Prozentsatz Weiß beigemischt enthält, der gleichfalls auf der Platte zur Wirksamkeit kommt und die Verschiebung in den Helligkeitswerten der Farben mildert,

Analoge Verschiebungen treten bei der Einwirkung der künstlichen Lichtquellen auf gewöhnliche photographische Platten ein. So hat, auf die Einheit der Lichtstärke bezogen, nach meinen Messungen eine Grätzinpreßgaslampe von 1760 Hefnerkerzen eine aktinische Wirkung von 4,5 Einheiten per Kerze und entspricht hierin etwa der gewöhnlichen Wolframvakuumglühlampe. Die Wolframgasfüllungslampe dagegen (sogenannte Halbwattlampe) von 1230 Hefnerkerzen hat eine aktinische Wirkung von 7,2 Einheiten per Kerze, die gewöhnliche Bogenlampe eine solche von 23,5 Einheiten per Kerze. Bei der Quarzquecksilberdampflampe dagegen steigt die photographische Wirkung bis auf 521,3 Einheiten und bei der Bogenlampe mit eingeschlossenem Lichtbogen sogar bis auf 693 Einheiten per Kerze. Besonders diese letztgenannte Lichtquelle erscheint aber dem Auge durchaus nicht besonders hell, da sie im wesentlichen blaue und ultraviolette Strahlen aussendet. Diese Verhältnisse ändern sich sofort, wenn man anstatt der gewöhnlichen photographischen Platte eine solche anwendet, die künstlich für Gelb und Grün empfindlich gemacht worden ist. Es sind dies die sogenannten orthochromatischen Platten, die in sehr verschiedenen Qualitäten auf den Markt gebracht werden. Die meisten dieser Fabrikate haben 2 ziemlich unvermittelt neben einander stehende Empfindlichkeitsmaxima, eins im Blauen und eins im Gelbgrünen, und gleichzeitig zeigen sie eine nur geringe Empfindlichkeit im Gelben und im Orange und fast gar keine im Roten; sie weichen also sehr stark von der Farbenempfindlichkeit des Auges ab. Dagegen zeigt die Silbereosinplatte Otto Perutz' in München Eigenschaften, die sie für lichttechnische Untersuchungen besonders geeignet macht. Ihr Empfindlichkeitsmaximum liegt bei einer Wellenlänge von $653/1.000.000$ Millimeter, fällt also mit dem des Auges genau zusammen, ein zweites, etwas geringeres Maximum liegt bei $495/1.000.000$ Millimeter. Absorbiert man den blauen Teil des Spektrums durch eine geeignete Filterlösung, so erhält man eine Empfindlichkeitskurve für diese Platte, die fast vollständig mit der des Auges zusammenfällt. Das bedeutet, daß man mit dieser Platte und einem passenden Gelbfilter absolut tonwertrichtige photographische Aufnahmen erzielen kann. Das ist für die praktische Photographie jedenfalls von großer Bedeutung. Aber auch die photometrische Praxis kann aus diesen

Untersuchungen Nutzen ziehen. Bei der Einwirkung der einzelnen Lichtquellen auf die Silbereosinplatte ordnen sie sich annähernd nach ihrer spezifischen Leistung in Lumen per Watt. Deutliche Ausnahmen sind die Quarzlampe und die Bogenlampe mit eingeschlossenem Lichtbogen, die infolge ihres Überreichtums an blauen, violetten und ultravioletten Lichtstrahlen bei der immer noch starken Blauempfindlichkeit der Eosinplatte eine unverhältnismäßige Einwirkung in diesen Spektralbezirken hervorbringen. Wird ein Gelbfilter eingeschaltet, so zeigen die einzelnen Lichtquellen nur noch sehr geringe Unterschiede, bezogen auf die durch das Auge wahrgenommene Helligkeit. Eine Ausnahme bilden nur noch die mit starker Eigenfärbung, wie die gelbe Effektbogenlampe und die Quarzlampe.

Amerikanische Schiffsbaupläne Über Auswüchse der Technik in den Vereinigten Staaten hat sich W. Kaemmerer in der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure ausgelassen. Er führte aus, daß das neue Bauprogramm für die Marine der Vereinigten Staaten in vielen Punkten den Eindruck mache, als ob man sich in erster Linie von amerikanischer Großmannsucht leiten ließe und die Möglichkeit der technischen Ausführung erst in zweiter Linie in Betracht gezogen habe. So sollen die Panzerkreuzer eine derartig hohe Geschwindigkeit und gleichfalls starke Bewaffnung erhalten, daß man mit den Gewichten nicht auskommen könne und infolgedessen auf einen einigermaßen erheblichen Panzerschutz verzichten müsse. Die projektierten hohen Geschwindigkeiten machten außerdem teilweise die Aufstellung der Kessel über dem Panzerdeck erforderlich, wo sie in einer Seeschlacht der Zerstörung gar zu leicht ausgesetzt seien. Zur Bestückung seien durchweg 42 Zentimeter-Geschütze in Aussicht genommen, als ob man solche Geschütze nur einfach zu bestellen brauche, um sofort eine vollwertige Waffe zu erhalten. Ähnlich ergehe es bei den Maschinenanlagen. Die kleinen Kreuzer sollen Maschinen von 90 000 Pferdestärken, die Panzerkreuzer sogar von 180 000 Pferdestärken erhalten. Hierfür habe man zwar keine Vorbilder, dazu lebe man aber im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Die Linienschiffe sollen ausschließlich elektrischen Antrieb erhalten, ebenso die Panzerkreuzer mit ihren 180 000 Pferdestärken. »Als Vorbild soll der Kohlendampfer

Jupiter dienen, mit einer Maschinenanlage von 7000 Pferdestärken (was ja beinahe das selbe ist!), der vor Jahren nach unendlicher Mühe und vielen schwierigen Zwischenfällen zum Fahren gebracht wurde.« Nicht das geringste Kopferbrechen mache die Frage, wie man die geplanten 90 000 Pferdestärken auf den kleinen Kreuzern unterbringen könne. Wozu gäbe es denn die schönen Zwischengetriebe? Folglich werde bestimmt, daß die kleinen Kreuzer Turbinenantrieb mit Zwischengetriebe erhalten. Wie mit den Abmessungen gehe es auch mit der Veranschlagung der Bauzeit. Die Schiffe werden binnen Jahresfrist gebraucht, also müssen sie auch binnen Jahresfrist fertig sein. Geld spiele hierbei keine Rolle. Mit Recht führt Kaemmerer hiergegen an, daß die amerikanischen Regierungswerften sich bisher beim Bau von Kriegsschiffen sehr langsam gezeigt hätten. Aber auch die Privatwerften scheinen diesmal versagen zu wollen, denn keine Werft habe ein bindendes Angebot abgegeben. Keine Firma wollte Gewähr, weder für die geforderten Leistungen noch für die Einhaltung der vom Kongreß bewilligten Bausummen, übernehmen. Die Werften erklären sich nur bereit die Schiffe nach den Angaben der Regierung in Bau zu nehmen und schlagen vor, daß der Staat sich von vornherein zur Zahlung der entstehenden Baukosten zuzüglich eines Gewinns von 12 % verpflichten solle. Die amerikanischen Schiffsbauprojekte seien also ein erster Linie Ausgeburten der amerikanischen Großsucht, die sich schon vor dem Kriege so oft mit ihren *the largest in the world* - Erzeugnissen lächerlich gemacht hat und die besonders auf technischem Gebiet zu Hause ist.«

Kurze Chronik Das Walchenseekraftwerk ist um einen wesentlichen Schritt gefördert worden, indem die wichtigsten Bauarbeiten: das Wehr bei Krünn, der Zulaufkanal bis Wallgau, der Stollen Wallgau-Sachensee, das Einlaufbauwerk in Urfeld, der Tunnel durch den Kesselberg, das Wasserschloß, die Rohrbahn, der Unterwasserkanal und der Unterbau des Kraftwerks vom bayrischen Staatsministerium endgültig vergeben worden sind. ◊ Frankreich hat rund 6 Millionen Pferdestärken Wasserkraft zur Verfügung; mit ihrem Ausbau würde es sich von jeglicher Kohleneinfuhr unab-

hängig machen. Von den verfügbaren Kräften ist aber bisher nur ein kleiner Teil ausgebaut. Im Jahr 1914 ist aber eine industrielle Organisation geschaffen worden, die insgesamt 660 000 Pferdestärken übernehmen und ausbauen will; hiervon sollen 412 000 für Licht- und Kraftstromlieferungen für Gemeinden und 24 800 für rein industrielle Anlagen verwendet werden. Im Jahr 1916 sind Anlagen für 100 000 Pferdestärken im Bau begriffen gewesen; der Ausbau weiterer 70 000 war geplant. ◊ Bei Palembang auf Java sind reiche Kohlen- und Petroleumlager entdeckt worden. Die Kohle soll der englischen Cardiffkohle gleichwertig sein. Kohlenfunde sind auch in Argentinien, nahe dem Espuyensee im Chubutgebiet, gemacht worden. Auch in Santa Cruz ist Kohle gefunden worden. Ob die Funde abbauwürdig sind, steht noch dahin. Da Argentinien Mangel an Brennstoffen hat, so würden erhebliche Kohlenlager für das Land von größter Bedeutung sein. ◊ Bei der Herstellung des Sulfitspiritus kommt neuerdings in Schweden ein Verfahren zur Anwendung, das die Herstellungskosten um etwa 40 % vermindern soll. Zur Entfernung des Wassergehalts der Sulfitlaugen läßt man diese nämlich ausfrieren, wodurch etwa vier Fünftel des Wassers beseitigt werden können.

Literatur

In der von Lietzmann und Witting herausgegebenen Mathematischen Bibliothek /Leipzig, Teubner/ ist ein Bändchen Albert Rohrbergs Theorie und Praxis des Rechenschiebers erschienen. Der Rechenschieber ist für jeden, der berufsmäßig zu rechnen hat, ein ganz unentbehrliches Requisite geworden. Und da seine Anwendung überaus einfach, die erhaltenen Resultate aber für die meisten Zwecke genau genug sind, so sollte der Rechenschieber auch in der Hand des Handwerkers und des qualifizierten Arbeiters nicht fehlen. In bestimmten großindustriellen Betrieben gehen selbst Mädchen mit einfacher Volksschulbildung so sicher mit dem Rechenschieber um wie Ingenieure in den Konstruktionsbüros. Die leicht und faßlich geschriebene Abhandlung Rohrbergs dürfte weiter dazu beitragen die Benutzung des Rechenschiebers, der in brauchbarer Ausführung schon für ein paar Pfennige zu haben ist, zu verallgemeinern.